

28. Sitzung

am Dienstag, dem 14. September 2021

Inhalt

Aktuelle Stunde

Konflikt um Einbahnstraße Am Wall – Umgestaltung darf nicht zulasten von Einzelhändlern und Anwohnern gehen!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1499
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1502
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	1504
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1505
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU).....	1507
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer	1509
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1513
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen)	1516
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	1518
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU).....	1519

Fragestunde

Anfrage 1: Anträge auf Schulrückstellung zum Schuljahr 2021/2022

Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 30. Juni 2021	1520
---	------

Anfrage 2: Wann wird der Schutzstreifen für Radfahrerinnen und Radfahrer in der Gastfeldstraße endlich erneuert?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 30. Juni 2021.....	1521
---	------

Anfrage 3: Unterstützung von Migrantenorganisationen in der Stadtgemeinde Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 2. Juli 2021	1522
--	------

Anfrage 4: Unterricht draußen, in allen Fächern, bei jedem Wetter, an jedem Tag: Die Oberschule Sebaldsbrück geht neue Wege

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Jan Saffe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juli 2021	1523
--	------

Anfrage 5: Junge Menschen mit Suchtproblemen

Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp- Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juli 2021	1524
---	------

Anfrage 6: Digitales Besucherleit- und Informationssystem für die Bremer Innenstadt	Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD)	1539
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU	Abstimmung	1540
vom 6. Juli 2021		1526
Anfrage 7: Verkehrliche Anbindung des Übergangwohnheims Wardamm	Personalsituation im Gesundheitsamt Bremen – Besserung in Sicht?	
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE	Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 31. Mai 2021	
vom 7. Juli 2021	(Drucksache 20/463 S)	
	Dazu	
Anfrage 8: Autoposer nerven die Bürger:innen und gefährden die Gesundheit	Mitteilung des Senats vom 20. Juli 2021	
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	(Drucksache 20/479 S)	
vom 8. Juli 2021	Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1540
	Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen)	1541
Anfrage 9: Elterntaxis vermeiden, Schulwegsicherheit verbessern	Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)	1542
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	Abgeordnete Ute Reimers-Bruns (SPD)	1543
vom 8. Juli 2021	Abgeordneter Rainer Bensch (CDU)	1545
	Abgeordnete Ute Reimers-Bruns (SPD)	1546
Anfrage 10: Barrierefreiheit – wie engagiert sind die Bremer Bäder?	Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)	1546
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD	Senatorin Claudia Bernhard	1547
vom 21. Juli 2021	Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1549
Die schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.	171. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Vegesack innerhalb des Geltungsbereiches der 4. Änderung des Bebauungsplanes 984 nördlich der Hammersbecker Straße, von Hausnummer 161 bis 193, westlich des Spielplatzes an der Johann-Jansen-Straße und südlich der Bahntrasse der Regio-S-Bahn	
Aufhebung der Nachtflugbeschränkung des Hans-Koschnick-Flughafens von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr hier in Bremen	Mitteilung des Senats vom 10. August 2021	
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)	(Drucksache 20/484 S).....	1550
vom 1. März 2021	Bebauungsplan 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)	
(Drucksache 20/414 S)	Mitteilung des Senats vom 24. August 2021	
Abgeordneter Peter Beck (LKR).....	(Drucksache 20/492 S).....	1550
Abgeordnete Susanne Grobien (CDU).....		
Abstimmung		1538
Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-iPads		
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)		
vom 21. Juni 2021		
(Drucksache 20/469 S)		
Abgeordneter Peter Beck (LKR).....		1538

<p>Vorkaufsortsgesetz „Alte Süßwarenfabrik“ Mitteilung des Senats vom 31. August 2021 (Drucksache 20/493 S) 1550</p> <p>Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) durch das Ordnungsamt Bremen als nach § 47 Abs. 2 Bremisches Landesstraßengesetz (BremLStrG) für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 BremLStrG zuständige Ortpolizeibehörde Mitteilung des Senats vom 31. August 2021 (Drucksache 20/494 S) 1551</p> <p>Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 20 vom 10. September 2021 (Drucksache 20/499 S) 1551</p>	<p>Anhang zum Plenarprotokoll Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 14. September 20211552</p> <p>Anfrage 11: Weitergabe diskriminierender Mietangebote durch die Zentrale Fachstelle Wohnen Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 4. August 2021.....1552</p> <p>Anfrage 12: Erschwerter Führerscheinumtausch für Bremen-Norder? Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 23. August 2021.....1552</p> <p>Anfrage 13: Aktueller Stand der Stellenbesetzung beim „Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“ Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. September 20211553</p>
---	--

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Muhammet Tokmak, Dr. Oguzhan Yazici.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 28. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist hiermit eröffnet.

Nach über zwei Jahren Corona sind wir zum ersten Mal hier wieder zurück im Haus. Ich weiß, dass es in diesen Plexiglastischen schwierig ist, aber es ist eben Corona geschuldet. Wir versuchen, den höchstmöglichen Schutz für Sie auch darzustellen, und ich möchte Sie bitten – das ist auch eine Bitte von unserer Technik –, wenn Sie an die Saalmikrofone gehen, rechtzeitig aufzustehen und dann auch Blickkontakt aufzunehmen, weil die Mitarbeiter der Technik auch schlechter sehen können, dass Sie an einem Saalmikrofon stehen, damit sie diese auch einschalten können.

Meine Damen und Herren, ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass als Erstes die Aktuelle Stunde und im Anschluss daran die Fragestunde aufgerufen werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch die Eingänge gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei denen interfraktionell vereinbart wurde, sie nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um die Tagesordnungspunkte 18 und 19.

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 9, 10, 11, 15, 16 und 17.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

(Einstimmig)

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Dagegen Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Jetzt kommen wir zu den interfraktionellen Absprachen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich ihnen noch mitteilen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 12. Juli 2021 ihren Fraktionsvorsitzenden neu gewählt hat. Als Fraktionsvorsitzender ist der Abgeordnete Björn Fecker im Amt bestätigt worden, stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind die Abgeordneten Dr. Henrike Müller und Ilona

Osterkamp-Weber. – Herzlichen Glückwunsch vom ganzen Parlament!

Zudem möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben, dass die Fraktion der CDU am 13. Juli 2021 den Abgeordneten Heiko Strohmann zum Fraktionsvorsitzenden und die Abgeordneten Bettina Hornhues und Christine Schnittker zu seinen Stellvertreterinnen gewählt hat. – Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch vom ganzen Parlament!

Außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion DIE LINKE am 6. September 2021 ihren Fraktionsvorstand neu gewählt hat. Die Abgeordneten Sofia Leonidakis und Nelson Janßen sind erneut als Fraktionsvorsitzende und die Abgeordneten Miriam Strunge und Klaus-Rainer Rupp als stellvertretende Vorsitzende gewählt worden. – Auch hierzu meinen herzlichen Glückwunsch!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Konflikt um Einbahnstraße Am Wall – Umgestaltung darf nicht zulasten von Einzelhändlern und Anwohnern gehen!

Dazu als Vertreterin des Senats Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal freue ich mich, Sie alle hier wiederzusehen. Es ist für mich auch eine Freude, dass wir uns nun nach dieser langen Umbauzeit auch in diesem Parlamentsgebäude wiedertreffen. Das ist ja für die Abgeordneten, die erst seit dieser Legislaturperiode dabei sind, tatsächlich die erste richtige Sitzung. Wir hatten zwar die konstituierende Sitzung hier in diesem Raum, aber es ist die erste richtige Sitzung mit einer parlamentarischen Debatte. Darüber freue ich mich sehr.

Wir haben ja als Abgeordnete in den letzten zwei Jahren viele Turnhallen kennengelernt, viele Hallen, Stadthallen kennengelernt. Davon hatten einige einen ganz besonderen Charme. Wir hatten einige dabei, die so ein bisschen den Charme einer Universitätsklausur versprüht haben, es waren aber auch ganz schöne Räumlichkeiten dabei, wie das Rathaus. Ich freue mich auf jeden Fall, dass wir jetzt hier wieder dauerhaft unsere Sitzungen abhalten, und es ist natürlich auch eine ganz eigene Atmosphäre. Es ist hier alles ein bisschen näher beieinander, und man bekommt die Reaktionen deutlich stärker mit. Das ist sicherlich auch eine neue Herausforderung, macht es aber auch spannend und intensiver.

Wir haben diese Aktuelle Stunde eingereicht, um mit Ihnen heute über den Wall zu sprechen, über das, was dort Am Wall in den letzten Tagen an Umbaumaßnahmen passiert ist, aber das hängt natürlich auch damit zusammen, mit Ihnen darüber zu sprechen, was das für eine Auswirkung auf die Verkehrspolitik in Bremen grundsätzlich hat.

Sie haben im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens entschieden, den Wall einspurig zu machen. Es hieß damals, das wäre unter Beteiligung der örtlichen Anwohner, auch der Einzelhändler geschehen, sie wären miteinbezogen worden, wenn man allerdings mit den Betroffenen spricht, dann hört man dort deutlich andere Töne. Da steht jetzt Aussage gegen Aussage, wer wen zu spät oder gar nicht abgeholt hat, darüber kann man leidlich streiten, aber ich glaube, dass die Politik nicht nur ein Interesse daran haben muss, sondern auch die Verantwortung dafür übernehmen muss, dass diejenigen, die von solchen Maßnahmen betroffen sind, auch aktiv informiert werden. Spätestens dann, wenn sich dort Einzelhändler massiv übergangen fühlen, wenn sie das Gefühl haben, da ist etwas an ihnen vorbeigegangen, und sie wurden massiv überrumpelt, dann hat das zuständige Ressort seine Kommunikationsverantwortung an dieser Stelle nicht wahrgenommen.

(Beifall FDP)

Wenn wir nun über den Wall sprechen und das, was dort passiert ist, dann gibt es ja am Ende zwei Themen, über die man sprechen kann. Das eine ist die Maßnahme, die dort Am Wall grundsätzlich durchgeführt worden ist, dass dort jetzt eine Einbahnstraße existiert, und das zweite ist die Frage, wie eigentlich der Prozess dorthin stattgefunden hat, insbesondere, was dort in den letzten Wochen passiert ist und wer abgeholt worden ist oder nicht.

Wenn wir jetzt über die grundsätzliche Maßnahme einer Einbahnstraße dort Am Wall sprechen, dann wird es Sie, Frau Senatorin, sicherlich nicht überraschen, dass wir diese Maßnahme vollumfänglich ablehnen. Man hätte dort Am Wall viele interessante Dinge machen können, man hätte viele Ideen mit einbringen können, zum Beispiel, den Wall so auf kluge Art und Weise, beispielsweise durch das Anbieten von Umfahrungsangeboten, verkehrsberuhigter zu gestalten. Das hätte machen können. Man hätte beispielsweise auch überlegen können, wie man die Wallanlagen – die zwar leider am Wochenende und abends manchmal einen etwas schmutzigen Eindruck hinterlassen, aber nach wie vor auch zu den schönsten Parkanlagen gehören, die wir in Bremen haben – besser an den Wall anbinden kann, zum Beispiel für die örtliche Gastronomie, indem dort eine Flaniermeile für Cafés und Gastronomie entsteht. Das hätte man machen können.

Da hätte man wirklich etwas Konstruktives auf die Beine stellen und sich überlegen können: Wie können wir eigentlich diesen gesamten Bereich ohne Verbotspolitik, ohne irgendwelche Hauruckmaßnahmen so gestalten, dass er vielleicht von sich aus etwas verkehrssärmer wird und dort mehr Lebensqualität entsteht? Da wären wir dabei gewesen. Dafür hätte man sich allerdings – und das gehört dann auch zur Wahrheit dazu – damit auseinandersetzen müssen. Man hätte schauen müssen, wie verlagern sich eigentlich die Verkehrsströme an dieser Stelle, und wie können wir sie vielleicht auch gezielt in andere Richtungen umlenken.

Man hätte sich damit auseinandersetzen müssen: Was passiert durch diese Maßnahmen eigentlich mit den Geschäften und der Gastronomie dort an dieser Stelle? Man hätte sich mit der Frage auseinandersetzen müssen: In welchem Zeitraum ist das möglich? Reden wir über ein Jahr, drei Jahre, fünf Jahre? Man hätte natürlich auch die örtliche Gastronomie und auch insbesondere den Einzelhandel mit einbinden müssen und einmal fragen müssen: Was braucht ihr eigentlich, wenn wir diese Maßnahmen planen? Was sind eure Sorgen, was sind eure Ängste? Wie können wir euch unterstützen, wie können wir euch auch finanziell unterstützen? Man hätte dort frühzeitig mit den Betroffenen in das Gespräch gehen müssen, und man hätte insbesondere auch die Rückmeldungen ernst nehmen müssen. All das haben Sie, Frau Senatorin, nicht getan.

Mit dem, was dort jetzt passiert, gewinnt letztendlich niemand. Wir haben dort jetzt einen weiteren

Fahrradweg. Ich war einigermaßen überrascht, als ich das gesehen habe, denn an der Stelle gibt es ja schon einen Fahrradweg. Wir haben jetzt zwei Fahrradwege, die nebeneinander liegen. Ich gehe sogar mit, dass der Fahrradweg dort einer Überarbeitung bedurft hätte, dass man ihn hätte instand setzen müssen, aber genau das ist ja nicht passiert. Genau dafür wurde jetzt kein Geld in die Hand genommen, sondern es wurde ein zweiter Fahrradweg geschaffen, der neben dem ersten existiert. Dafür hat man eine Verkehrsstraße gesperrt. Damit ist ja niemandem geholfen.

Wir haben nach wie vor die Situation, dass es eine gewisse Abstufung gibt, wir haben jetzt zwei Fahrradwege nebeneinander. Mir konnte bisher niemand erklären, was daran jetzt besser ist, dass man zwei Fahrradwege nebeneinander hat, wem damit geholfen ist, und insbesondere der Außengastronomie, die dort existiert, ist damit auch nicht geholfen, denn die Autos, die nach wie vor dort entlangfahren, fahren immer noch an der Außengastronomie vorbei. Das heißt, hätte man dieser Außengastronomie einen Gefallen tun wollen, hätte man vielleicht dafür sorgen wollen, dass diejenigen, die draußen in den Cafés oder im Restaurant sitzen, in Zukunft ein bisschen weniger vom Verkehr belästigt werden, dann hätte man die andere Straßenseite wählen müssen, aber selbst da haben Sie sich für die falsche Straßenseite entschieden.

Wenn wir über den Prozess sprechen, dann muss man sagen, dass Sie diese Maßnahme, die ja eigentlich erst in Zukunft hätte stattfinden sollen, nun kurzfristig vorgezogen haben. Den Wall einspurig zu sperren, war eine Nacht- und Nebelaktion, und was man so von den Einzelhändlern und den Anwohnern hört, dort war die Überraschung groß. Da fragt man sich schon: Wie kann es eigentlich sein, dass diejenigen, die am meisten von dieser Maßnahme betroffen sind, so überrascht worden sind von dem, was Sie dort machen? Man fragt sich also schon: Sprechen Sie eigentlich nicht mit denjenigen, die davon betroffen sind? Gehen Sie da nicht ins Gespräch? Ist Ihnen nicht klar, was diese Maßnahmen, die Sie da umsetzen, letztendlich für die Einzelhändler vor Ort bedeuten?

Natürlich, das ist für mich durchaus nachvollziehbar, dass es für jemanden, der vielleicht noch nicht in der freien Wirtschaft gearbeitet hat, der noch nicht weiß, was es bedeutet, als Einzelhändler oder als Unternehmer dafür zu sorgen, dass die Kunden hereinkommen, dass sie auch das Geld in den eigenen Laden bringen, dass man irgendwie am

Markt überleben muss, dass das nicht immer nachvollziehbar ist, aber diese Menschen haben zwei Jahre lang wirklich durch die Pandemie, durch die Schließung der Läden gelitten. Sie haben darunter gelitten, dass sie keinen Umsatz machen konnten, viele sind an die Grenze der Existenz gekommen, und diese Menschen haben jetzt gerade die Möglichkeit, mit ihrem Einzelhandel wieder aufzuatmen, langsam wieder Umsatz zu machen, und diese Menschen kämpfen gerade jeden Tag darum, dass die Kunden in ihre Läden kommen, dass sie dort Geld ausgeben, damit am Ende die Miete gezahlt werden kann und vielleicht am Ende auch noch ein kleines Gehalt übrig bleibt.

Egal, ob wir jetzt über die Martinstraße sprechen mit dieser sonderbaren Surferwelle für über eine Million Euro, bei der niemand so wirklich verstanden hat, was das eigentlich soll, oder ob wir jetzt über den Wall sprechen: Diesen Menschen, die tagtäglich um ihr Überleben kämpfen, treten Sie mit Ihrer Verkehrspolitik seit zweieinhalb Jahren permanent vor das Schienbein, Frau Senatorin.

(Beifall FDP, CDU)

Wenn man sich jetzt anschaut, was eigentlich innerhalb der Koalition passiert ist, dann ist man doch einigermaßen überrascht. Nicht nur uns als Opposition hat das ganze Thema überrascht, sondern offensichtlich auch Ihren eigenen Koalitionspartner so sehr, dass sich sogar der verkehrspolitische Sprecher Herr Wagner bemüht hat, Sie über die Medien zu kritisieren, und da fragt man sich schon: Wie arbeiten Sie eigentlich innerhalb der Koalition? Warum sitzen Sie da nicht zusammen, warum besprechen Sie solche Themen nicht? Wie kann es sein, dass der eigene Koalitionspartner von so einem Thema überrascht wird? Was ist bei Ihnen in Ihrer Koalition eigentlich los, dass sich der eigene Koalitionspartner bemüht hat, den eigenen Koalitionspartner über die Medien zu kritisieren? Das hinterlässt weder bei uns noch in der Bevölkerung einen professionellen Eindruck.

(Beifall FDP, CDU)

Nach dem, was man so hört, scheint sogar auch Innensenator Mäurer davon überrascht gewesen zu sein und damit auch nicht so ganz einverstanden zu sein, weil diese Entscheidung natürlich eine massive Beeinträchtigung mit sich bringt für die Polizei, die dort Am Wall sitzt – ich bin gespannt, wie lange sie dort noch sitzt – und natürlich auch für die Krankenwagen und für die Feuerwehr, die im Notfall jetzt große Umwege fahren müssen. Gestern wollte

ich vom Wall in Richtung in Herdentor fahren. Das ging nicht mehr, also bin ich jetzt außen herum gefahren mit einem großen Umweg über den Bahnhof. Das Klima sagt jetzt danke schön. Der Weg war deutlich weiter als vorher, und das ist natürlich ein Umweg, den auch ein Polizeiwagen, den auch ein Krankenwagen und den auch ein Feuerwehrwagen im Zweifelsfall fahren muss, und das ist ein Umweg, der im Zweifelsfall Leben kosten kann.

Man muss ganz deutlich sagen – egal, ob es der Streit in der Koalition über die Glocke, ob es der Streit in der Koalition über die Straßenbahn in der Obernstraße, der Streit in der Koalition über das Bordell, der Streit in der Koalition über das Chaos jetzt Am Wall ist –, eines hat mir politische Arbeit der letzten Jahre gezeigt: Immer dann, wenn Koalitionspartner offenbar nicht mehr miteinander sprechen, sich gegenseitig nicht mehr informieren, sondern anfangen, sich über die Medien gegenseitig vor das Schienbein zu treten, dann ist eine Koalition am Ende, und ich glaube, diese rot-grün-rote Koalition hat ausgedient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, CDU – Abgeordneter Björn Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine sehr steile These, Herr Kollege!)

Frau Senatorin, ich kann ja sogar nachvollziehen, dass Sie da jetzt irgendwie versuchen, die Dinge zu retten. Sie werkeln sich im Moment durch, ohne Sinn und ohne Verstand und ohne Plan, und irgendwie versuchen Sie, die Verkehrspolitik auf die Beine zu stellen, aber Sie richten mit dem, was Sie dort tun, jeden Tag Chaos an, und ehrlicherweise, Frau Senatorin – und das ist ja auch das, was zum Beispiel aus den Leserbriefen im „Weser-Kurier“ hervorgeht –, drängt sich der Eindruck auf, dass Sie mit Ihrer Rolle heillos überfordert sind.

Ich bin einigermaßen schockiert, muss ich sagen, wenn ich dann sehe, dass Sie, anstatt sich sieben Tage die Woche Tag und Nacht dafür einzusetzen, dass der Verkehr in dieser Stadt fließt, dass die Menschen, egal, ob mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder mit dem ÖPNV oder zu Fuß vernünftig durch diese Stadt kommen, dann ernsthaft bei einer Fahrraddemo mitfahren, die den Verkehr in dieser Stadt lahmlegt. Das ist wirklich unfassbar, und ich glaube, eine bessere Symbolik für Ihre Arbeit gibt es in diesem Fall nicht.

(Beifall FDP, CDU)

Wir werden ab sofort – und das ist nicht nur ein Versprechen, sondern das ist auch eine Ankündigung – jedes Mal, wenn Sie mit ihrer Politik Chaos anrichten und rücksichtslos gegen die Interessen der Bremerinnen und Bremer Politik machen, das Ganze hier zum Thema machen und Sie zwingen, sich dazu zu äußern, sich zu erklären, denn ehrlicherweise hat Bremen eine Verkehrspolitik verdient, die nicht so hauruckartig ständig Menschen vor das Schienbein tritt, sondern die ein Interesse daran hat, für alle Beteiligten einen vernünftigen Verkehrsansatz zu wählen, und das bekommen Sie seit zweieinhalb Jahren ehrlicherweise nicht hin. Diese Stadt hat mehr verdient, als eine Senatorin, die den Verkehr hier zugrunde richtet. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP, CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zwei Vorbemerkungen zur Fahrradfreundlichkeit in dieser Stadt machen! Ich möchte erst einmal den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft sehr loben, dass Sie sehr viele Fahrradparkplätze dort draußen eingerichtet haben. Es ist gut, dass zumindest der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft dieses Thema sehr gut im Blick hat. Da kann man noch Details besser machen, darüber habe ich auch schon mit dem Präsidenten gesprochen, aber erst einmal möchte ich das im Sinne der Fahrradfreundlichkeit ausdrücklich begrüßen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP])

Ich komme dann einmal zu der Fahrradfreundlichkeit meines Vorredners! Er hat sich ja in den sozialen Medien zu der Hochstraßentour am Wochenende geäußert und dann zur Senatorin gesagt, dass sie die halbe Bremer Innenstadt lahmgelegt hätte. Nun ist derjenige Verband, der diese Demonstration beantragt hat – die ja auch erlaubt worden ist –, der ADFC, und auch eine Senatorin kann in diesem Bundesland und in diesem Deutschland demonstrieren, ohne derart unflätig, wie ich finde, angegangen zu werden.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE – Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Darüber habe ich mich wirklich geärgert: Die Senatorin legt die Bremer Innenstadt lahm. Das war schon Spitzenklasse,

(Zurufe FDP)

und das zeigt auch, mit welcher Fahrradfreundlichkeit trotz aller Ankündigung, die Sie vorher einmal gemacht haben, die FDP tatsächlich versucht, die Verkehrspolitik in diesem Bundesland zu gestalten und zu kritisieren.

Für eine umfassende Kritik hätte ich mir gewünscht, dass Sie sich dem Projekt Wallring zumindest einmal ganzheitlich widmen. Es gibt so einen Innenstadtring in Münster. Er heißt Promenade, ist 4,5 Kilometer lang und der einzige Innenstadtring, den wir in Europa haben. Was hat diese Promenade nun für den Radverkehr in Münster bewirkt? Wir haben dort Zahlen von Nutzerinnen und Nutzern von 1 200 pro Stunde, bei der einzigen Unterführung, die es gibt, haben wir 1 750 Nutzerinnen und Nutzer. Der Fußverkehr ist dort nicht so gut gelöst.

Wir haben eine ähnliche Situation – da hätte ich mir gewünscht, dass Sie darauf eingehen! – auch hier in Bremen. Wir wollen einen gesamten Fahrradring entlang der historischen Stadtmauer Bremens machen, und es ist genauso ein Projekt, das sich genauso vorbildhaft für den Radverkehr hier auswirken wird. Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Sie sind überhaupt nicht darauf eingegangen, dass das Bundesumweltministerium bei vielen Sachen, die für das Programm „Klimaschutz durch Radverkehr“ beantragt worden sind, gesagt hat, dieser Wallring in Bremen sei ein besonders vorbildhaftes Projekt. Wir geben 80 Prozent mit dazu, sprich vier Millionen, und wir hoffen, dass das in Bremen so umgesetzt wird. Da waren Sie zwar nicht in der Regierung mit dabei, aber jedenfalls zwei andere Fraktionen, die hier vertreten sind. Das heißt, auf dieses Gesamtprojekt Wallring als vorbildhaftes Projekt sind Sie nicht im Geringsten, wirklich nicht im Geringsten eingegangen.

Die Fahrradbrücken, die hoffentlich irgendwann kommen werden –

(Heiterkeit CDU, FDP)

ja, das hätte schneller gehen können! – sind am Ende das Sahnehäubchen, und wir werden irgendwann alle miteinander froh sein, dass wir so einen Fahrradring in Bremen haben. Über dieses Gesamtprojekt haben Sie gar nicht geredet, nicht ansatzweise.

Sie reden über 700 Meter Einbahnstraße. Was ist nun mit dieser Einbahnstraße? Sie haben gesagt: Oh, die Einzelhändler werden jetzt dadurch ganz

furchtbar benachteiligt. In welche Richtung geht denn die Einbahnstraße eigentlich? Sie sind da ja offensichtlich einmal entlanggefahren. Die Richtung ist von wo? Sie ist vom Ostertor in Richtung AOK-Kreuzung.

Wenn Sie da mit Ihrem Auto, wo Sie ja gestern gewesen sind, auf die andere Seite wollen und dort parken wollen, dann ist das nur illegal möglich. Sie können nur parken, wenn Sie die andere Verkehrsbeziehung machen. Das heißt, wir haben dort eine reine Funktion als Durchgangsstraße. Die Koalition hat viele Sachen angekündigt und manche jetzt schon umgesetzt und wird noch sehr viel mehr in dieser Legislaturperiode umsetzen. In der Koalitionsvereinbarung haben wir miteinander beschlossen, wir wollen eine autofreie Innenstadt bis 2030 haben. Durchgangsverkehr in einer autofreien Innenstadt macht nicht so richtig Sinn, Herr Schäck, das werden Sie mir wahrscheinlich zugestehen können.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Die Koalition hat noch nicht einmal ein einheitliches Verständnis von Innenstadt!)

Die Koalition hat noch mehr geschrieben. Sie hat für die Martinstraße vor zwei Jahren und für den Wall angekündigt, dass das autoarm gestaltet werden soll. Das passiert jetzt, Herr Schäck. Das passiert jetzt, das haben wir vor zwei Jahren angekündigt. Wir haben auch schon – da waren Sie auch nicht mit dabei, aber die CDU war mit dabei! – den Verkehrsentwicklungsplan, Herr Strohmann, den ich zwar in dieser Debatte jetzt sehr vermissen werde, aber ich freue mich schon auf Herrn Eckhoff dann dabei, der dieses Verkehrsthema auch beleuchtet. Der war mit darin.

Wir haben die Radpremiumroute D.15 beschlossen, die läuft da entlang. So eine Radpremiumroute hat leider einen Standard, Herr Schäck, und der Standard ist auf diesem Radweg, der da besteht, nicht darzustellen, es sei denn, Sie greifen in die Substanz eines denkmalgeschützten Ortes ein. Auch da können Sie nicht einmal eben massenhaft Gastronomie hineinbringen. Da müssen Sie sich erst einmal mit dem Landesdenkmalpfleger darüber unterhalten, was er dazu sagt. Das heißt, wenn wir das an der Stelle hätten darstellen wollen – das wäre theoretisch möglich gewesen –, dann wäre das nur möglich gewesen, indem wir tatsächlich an der Stelle Bäume weggenommen hätten. Das will am Ende niemand. Also, ich glaube, wir werden am Ende, wenn wir über das Gesamtprojekt reden und

nicht nur über das, wie Sie es auf ein Detail verkürzen, in Bremen froh sein, dass wir das miteinander hinbekommen haben.

Jetzt haben Sie gesagt, keiner hat davon gewusst. Das kann man doch nun wirklich nicht sagen. Vor 14 Monaten sind diese Planungen, was Am Wall passieren soll, mit Visualisierungen dargestellt worden. Das heißt, jeder hätte wissen können, was da gemacht werden soll. Es sind auch vier Varianten geprüft worden, und es ist eindeutig unter Beteiligung aller auch im Projektbeirat zum Verkehrsentwicklungsplan dargestellt worden, was dort geht und was dort nicht geht. Das ist für Sie mit Sicherheit keine Überraschung gewesen, Herr Schäck.

Sie haben gesagt, wir haben mit den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern zu wenig kommuniziert. Das kann ich tatsächlich nicht beurteilen, denn die einen behaupten es so, die anderen behaupten es so. Sie werden mir vielleicht zubilligen können, dass ich die Nöte von Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern kenne, weil ich selbst einer bin und weiß, wie die Situation dort ist, und natürlich machen solche Veränderungen Am Wall auch erst einmal Angst, und man gibt ihnen auch die Schuld. Das kenne ich auch. Ich weiß, in der Wachmannstraße hatten wir einmal Tempo 50 – ich weiß gar nicht, ob Herr Eckhoff da Senator war –, und dann ist da Tempo 30 eingeführt worden. Für die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler war es wie der Untergang dieses Einkaufsstandorts. Ich habe dann immer gesagt: Wenn sie 50 fahren, dann sehen sie eure Geschäfte ja noch nicht einmal. Solche Prozesse dauern wirklich länger.

Wir müssen die Innenstadt fahrradfreundlich gestalten. Sie haben über den Einzelhandel gesprochen, dafür gibt es natürlich auch Untersuchungen, was das eigentlich mit Innenstadtstandorten macht, wenn man sie auf ein gutes Angebot für den Fuß- und Radverkehr hin orientiert. Die Zahlen sind auch ermittelt worden: Nicht die Autofahrerinnen und Autofahrer sind die Hauptkunden der Innenstädte, sondern je nach Standort sind zwischen 70 und 91 Prozent der Käuferinnen und Käufer in der Innenstadt Leute, die mit dem Rad kommen oder zu Fuß oder eben aus der Tram aussteigen und dort zu Fuß gehen. Da kann man doch nicht sagen, dass das keine relevante Käufergruppe ist, und für die schaffen wir an dieser Stelle ein relevantes Angebot.

Natürlich wird es am Ende so sein, dass wir hier auch Frequenz haben werden. Die Radpremiumroute D.15 wird Frequenz ziehen. Dieser Wallring, wie wir das aus Münster kennen, wird Frequenz ziehen. Das ist meiner Ansicht nach eine Sache, die auch den Kaufleuten Am Wall nützen würde. Mich hat einmal jemand gefragt, ob ich da eine Weinbar machen wollte, da habe ich gesagt, nein, das ist kein so guter Standort. Ich habe dann gesagt, wenn es so kommt, wie es da jetzt geplant ist, dann werde ich das machen oder werde mich dafür interessieren, weil es ein guter Standort gewesen ist. Sie haben weniger Lärm, Sie haben sehr viel weniger Abgase, die da sind. Sie haben eben diese relevante Käufergruppe Fahrradverkehr, die dort hinkommt, und zwar in Scharen hinkommen wird. Das wird diesen Standort Am Wall aufwerten. Ob er dann so sein wird mit den Einzelhandelsgeschäften, das weiß ich nicht.

Wir müssen in dem weiteren Prozess, glaube ich, sicherstellen, dass die Querung in die Innenstadt wie auch in die Wallanlagen sichergestellt wird. Das ist auch ein Stadtentwicklungsthema, und da, das würde ich zugeben, haben wir noch ein paar Hausaufgaben zu machen, um auch darzustellen, nein, das ist nicht nur eine Gängelung des Autoverkehrs oder meinetwegen Hofierung des Fahrradverkehrs, sondern das ist etwas, was der Innenstadt insgesamt nützen wird.

Dann noch etwas dazu, warum das provisorisch gemacht worden ist! Das habe ich mich zuerst auch gefragt, das gebe ich zu, ich habe es dann aber irgendwann verstanden: Wenn wir diesen Verkehrsversuch in der Martinstraße machen, dann kann er nur laufen, wenn dort Bedingungen herrschen, wie sie eben auch nachher sein werden, und nachher wird Am Wall eben eine Einbahnstraße sein. Wenn es dieses Provisorium nicht geben würde, dann wäre dieser Versuch dort Makulatur gewesen, und man hätte keinerlei Erkenntnisse daraus ziehen können.

Für die zweite Runde bin ich auch schon gewappnet, und ich freue mich auf Ihre weiteren Wortbeiträge. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will in meinem Präludium auch so nett anfangen wie der

Kollege Schäck: Ich freue mich auch, hier zu sein in diesen heiligen Räumen. Für mich ist es das erste Mal, dass ich hier stehe nach der Odyssee durch mehrere Locations, und insofern ist es natürlich erst einmal eine schöne Sache, einmal in diesem Haus hier zu stehen und mit Ihnen zu reden. Es ist ein bisschen anders, denn die Tuchföhlung ist etwas näher. Sicherheitsabstände, in denen man sich verkriechen kann, gibt es nicht so, Zwischenrufe hört man sicherlich auch gleich. Das war in Halle 7 immer ein bisschen besser, da hat man es nicht verstanden.

(Heiterkeit – Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Bei Ihren Zwischenrufen stimmt das!)

Ich freue mich auf die Kolleginnen und Kollegen der CDU. Ich höre Sie und sehe Sie mit neuem Gesicht da vorn.

Ja, Herr Kollege Schäck, manchmal ist es so: Wenn man eben immer in der Opposition ist, dann weiß man natürlich nicht, dass es schon einmal passieren kann, dass man als Abgeordneter vielleicht einmal anderer Meinung sein kann, als die Senatorin. Das wissen Sie natürlich nicht. Das geht mir mit meiner Wirtschaftssenatorin auch einmal so.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Beispiele!)

Nun bin ich einer, der das nicht über die Zeitung austrägt. Das kann man bei einer Tasse Kaffee besser machen, aber hier gleich dunkle Wolken an den Himmel zu malen, dass wir nun am Ende sind, ich denke einmal, das gehört auch in Koalitionen, das gehört in Parteien und anderswohin auch, dass man über gewisse Punkte auch einmal streiten kann.

Nun verstecken Sie sich meiner Meinung nach hinter diesen Kaufleuten, um zu verdecken, dass Sie eben doch die Autofahrerpartei sind.

(Beifall DIE LINKE)

Ich bin felsenfest der Meinung, dass Sie da auf ein falsches Pferd setzen. Innenstädte, die heute prosperierend sind, sind weiß Gott schon Schritte weiter als wir. Sie haben den Autoverkehr herausgenommen und hängen nicht wie verrückt an alten Zöpfen, die letztendlich diese Stadt nicht nach vorn bringen.

(Abgeordneter Dr. Thomas vom Bruch [CDU]: Aber die haben das mit Intelligenz gemacht, und das fehlt Ihnen völlig!)

Selbst die Hamburger – die nehmen wir ja immer gern! – haben den Jungfernstieg zugemacht, und es gab keine Palastrevolution, weil sie begriffen haben, dass es Sinn macht, den Autoverkehr herauszunehmen. Nun wird wieder darum gefochten und gefochten, alles so zu lassen, wie es ist, und leider haben die Väter und Mütter in Bremen nach dem Krieg in den Sechzigerjahren, als es um die autogerechte Stadt ging, eben ganze Arbeit geleistet, und der Transformationsvorgang ist schwierig, das wieder in eine andere Richtung zu bringen. Das ist nicht einfach.

Wenn man das Gefühl hat, dass jede Maßnahme von vornherein immer nur schlechtgeredet wird, macht das die Sache auch nicht einfacher. Trotz allem kommen wir nicht drum herum, Veränderungen zu machen,

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

denn auch in dieser Stadtgesellschaft, in dieser Stadtgemeinschaft gibt es viele Menschen, die sagen, wir wollen Flächen, die uns in den Jahren vom Autoverkehr weggenommen wurden, wieder zurückhaben, wir wollen mehr Anspruch auf unsere Flächen haben. Ob es die Fußgängerinnen und Fußgänger sind, ob es die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer sind, sie haben auch einen Anspruch darauf, zu sagen, wir wollen nicht nur immer untergeordnet dem Autoverkehr dienen.

(Beifall DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern macht das noch einmal Sinn.

Herr Saxe hat gesagt, es ist so ein bisschen schwer nachzuvollziehen, wenn man Am Wall entlanggeht oder -fährt oder wie auch immer, dass das gerade in diese Richtung zum Problem geworden ist, denn niemand konnte da vorher rechtens halten. Das hat sich heute nicht geändert, und von der anderen Seite, vom Hohentor Richtung Ostertor hat sich nichts geändert. Das heißt also, wer will, kann da immer noch auf dem Seitenstreifen einen Parkplatz suchen, er muss ein bisschen schauen, dass er seinen Kotflügel nicht beschädigt, gerade, wenn man einen SUV fährt, denn da sind die Poller. Also, da muss er dann ein bisschen schauen, aber es geht heute noch. Insofern kann ich es auch nicht verstehen, dass da jetzt plötzlich so ein wahnsinniger

Aufstand gemacht und gesagt wird, um Gottes willen, das geht gar nicht.

Die Maßnahme selbst, so habe ich es verstanden, ist ja schon in der alten Koalition beschlossen worden. Das heißt, die Maßnahme ist uralte. Ich habe noch einmal nachgesehen. Sie wurde sehr ausgiebig in den Beiräten und so weiter diskutiert, war sicherlich auch Thema im VEP, darin sitzen wir beide ja. Also, die Maßnahme selbst kommt nicht aus heiterem Himmel und ist auch da nicht heruntergefallen, insofern war das eine bekannte Maßnahme, die meiner Meinung nach auch sinnig ist.

Zum Schluss halte ich es trotzdem immer für vernünftig, mit Betroffenen auf Augenhöhe zu reden, um nach besten Lösungen zu suchen. Trotzdem macht die Maßnahme Am Wall Sinn, weil sie ein wichtiges Teilprojekt der autofreien Innenstadt ist. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einer Korrektur dessen beginnen, was der Kollege Schäck gesagt hat! Ich bin nicht der Sprecher für Verkehr meiner Fraktion, ich bin der Sprecher für Stadtentwicklung meiner Fraktion, und da sind wir auch direkt bei des Pudels Kern, worum aus Sicht unserer Fraktion hier geht: Es geht um Stadtentwicklung. Die Frage ist deshalb doch nicht, was kann unsere Innenstadt für die Verkehrspolitik tun, die Frage ist doch: Was kann die Verkehrspolitik für unsere Innenstadt tun? So gehört das doch vom Kopf auf die Füße, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ich glaube nicht, dass die Beteiligten die Zeichen der Zeit verstanden haben, die meinen, dass wir hier eine Symboldebatte um 3,50 Meter für das Auto oder das Fahrrad führen. Wir stehen vor der Herausforderung, einen fundamentalen Strukturwandel unserer Innenstadt erfolgreich zu bewältigen. Es geht um das Herz unserer Stadt. Das ist nicht nur in Bremen so. Viele andere Städte verfügen nicht über Roland, Rathaus und Stadtmusikanten und haben eine schlechtere Ausgangslage als Bremen – daraus müssen wir etwas machen –, aber es ist auch in Bremen der Fall.

Wir wissen, die Innenstadt ist nicht irgendein Versorgungsort, sie ist nicht der Weserpark oder die Waterfront, die Innenstadt erzeugt eine emotionale Bindung der Bremerinnen und Bremer an ihre Stadt, sie erzeugt Identifikation, und wir wissen, daraus entspringt Selbstbewusstsein einer Stadt. Aus diesem Selbstbewusstsein entspringt Attraktivität einer Stadt, und damit ist die Zukunft der Innenstadt entscheidend für die Zukunft der Stadt als Ganze. Wenn die Innenstadt läuft, dann läuft die gesamte Stadt.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Wir wissen drittens, wovon es dafür in der Innenstadt mehr braucht – auch das ist, glaube ich, ein breiter Konsens in diesem Haus –: Es braucht das, was die Einkaufszentren am Stadtrand fast gar nicht bieten können, das, was der Onlinehandel überhaupt nicht bieten kann, es braucht Aufenthaltsqualität. Ausgehend von diesem, glaube ich, breiten Konsens wissen wir aber auch, alle Maßnahmen, die wir machen müssen, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen – und das betrifft auch den Verkehr –, weil wir hier im Herzen der Stadt sind, ist alles, was wir machen, immer eine Operation am offenen Herzen. Deshalb hat meine Fraktion Kritik geübt an der Art und Weise – und für alle, die gern nur halb lesen, sage ich es noch einmal –, an der Art und Weise, wie man die Teilspernung Am Wall um fünf Monate vorgezogen hat angesichts der Kommunikation mit den Geschäftsleuten.

Da ist übrigens auch eine für die Entwicklung unserer Innenstadt nicht ganz unerhebliche Baustelle, die auch einen Baustellenverkehr hat, das Wallkontor, mit dem wir uns eine Frequenzverbindung von den Wallanlagen zur Einkaufslage ab Schlüsselkorb in Richtung Weser erhoffen, und da haben wir gesagt – das sagen wir auch immer noch –: So, wie man das fünf Monate vorgezogen hat, von Dienstag auf Samstag angekündigt und gemacht, ist das nicht besonders glücklich. Ich glaube, das muss jeder feststellen und zugeben, der sich den Sachverhalt angesehen hat. Wir geben das auch zu, wir bedauern das, und da bricht einem, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch kein Zacken aus der Krone.

(Beifall SPD, FDP)

Strich darunter! Vergangenheitsbewältigung bringt einen immer nur bis zu einem bestimmten Punkt. Deshalb der Blick nach vorn, und aus meiner Sicht – das, finde ich, ist das Produktivste, was man mit dieser Aktuellen Stunde machen kann,

wissend, dass sie natürlich auch mit Blick auf die nahende Bundestagswahl angemeldet worden ist, aber das heißt ja nicht, das wir nicht noch etwas Gutes daraus machen können! – können wir uns der Frage widmen: Wie gelingt in der Innenstadt Aufenthaltsqualität, und was kann denn die Verkehrspolitik für die Innenstadtentwicklung tun?

Ich glaube, es ist kein Zufall, dass wir über Verkehrsfragen in der Innenstadt immer besonders reden, weil wir einen Zielkonflikt zwischen Verkehr und Aufenthaltsqualität haben. Wo viel Verkehr ist, gibt es weniger Aufenthaltsqualität, niemand trinkt gern Kaffee da, wo es viel Verkehr gibt. Wenn wir aber auf der anderen Seite keinen Verkehr haben, haben wir keine Frequenz, der Verkehr bringt ja schließlich die Menschen erst in die Innenstadt. Deshalb haben wir ein Spannungsfeld aus Aufenthaltsqualität und Verkehr, das wir immer wieder neu austarieren müssen. Wir müssen dieses Spannungsfeld immer wieder neu auflösen, und zwar so, dass es nicht einer Symboldebatte, sondern der Zukunft unserer Innenstadt dient.

Am Wall – aus unserer Sicht – kann man das wie folgt auflösen: Erstens, die Radpremiumroute muss eine Route sein, die gut querbar ist. Das ist etwas, was wir in den bisher gezeigten Bildern vermisst haben. Wir wollen ja eine bessere Verbindung – wir haben eben über das Kontorhaus Am Wall gesprochen – von den Einkaufslagen zu den Wallanlagen. Das ist etwas, das erfüllt sein muss. Es hilft uns ja nicht, wenn wir eine zerschneidende Verkehrsart herausnehmen und etwas neu bauen, das dann dieselbe zerschneidende Wirkung hat. Das kann man lösen, das muss man dann tun.

Zweitens sollten wir aus unserer Sicht die Chance nutzen, wenn wir den Straßenquerschnitt anpassen, dass wir auch gleich den Fußweg verbreitern, mehr Boulevardcharakter für mehr Leben Am Wall schaffen, für mehr Leben vor den Geschäften und der Gastronomie. Falls sich das Innenressort entscheidet, mit der Polizei umzuziehen, wäre es sogar möglich, einen vollständigen Boulevard zu errichten und die Adresse Am Wall aufzuwerten, eine ganz neue Adresse Am Wall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Letzte Bemerkung, die ich gern machen würde: So, wie wir Am Wall unterwegs sind, bringt es natürlich nichts, weder die Verkehrsarten noch eine Adresse wie den Wall isoliert zu betrachten, sondern wir wollen die Innenstadt als Ganze entwickeln, und dann kann man auch das Ziel gar nicht erreichen, durch isolierte Maßnahmen den Wall oder

die Obernstraße oder die Balgebrückstraße oder was auch immer zu attraktivieren, sondern das funktioniert nur, wenn sich am Ende ein kohärentes Gesamtkonzept für die Innenstadt ergibt. Da werden wir dieses Spannungsfeld zwischen Aufenthaltsgüte und verkehrlicher Erschließung immer wieder neu auflösen müssen.

Deshalb noch ein Satz zum Thema, weil uns diese Debatte noch häufiger begegnen wird, zum eigens angebrachten Stichwort „Art und Weise“! Ich habe schon gesagt, Maßnahmen in der Innenstadt sind immer eine Operation am offenen Herzen, das ist das eine, und das andere ist, wir haben bei der Innenstadt so ein bisschen, was wir von der Fußball-WM kennen, dieses 83-Millionen-Bundestrainer-Phänomen: 570 000 Bremerinnen und Bremer und ungefähr noch einmal so viele Menschen im Bremer Umland – da kommen wir 1,1 Millionen – wissen alle ganz genau, wie die Innenstadt aussehen soll, wie sie sie gern haben möchten, und das ist auch gut so, weil das ein Zeichen der Identifikation mit dieser Innenstadt ist. Es bedeutet aber eben auch, dass man in der Innenstadt nicht mit dem Kopf durch die Wand kann, sondern man es immer nur so machen kann, indem man eine breite Mehrheit mitnimmt, und das ist auch gut so, denn das ist unser aller Innenstadt, diese Innenstadt gehört uns allen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Ja, es werden nie alle 570 000 Bremerinnen und Bremer restlos zufrieden sein, das gehört, glaube ich, zur Entwicklung der Innenstadt ein Stück weit dazu, aber es gibt in sehr vielen Bereichen – nicht nur Am Wall, da fallen mir auch noch andere Straßen ein – eine Einigkeit von bestimmt 80 Prozent darüber, was man tun sollte. Es ist nicht unsere Aufgabe – jedenfalls nicht, wenn man mehr vorhat als Schaustellerei, sondern wenn es einem tatsächlich um die Zukunft der Innenstadt geht –, die Lust an den 20 Prozent Uneinigkeit zu kultivieren, sondern es ist unsere Aufgabe, uns auf die 80 Prozent Einigkeit zu konzentrieren und in die Umsetzung zu kommen.

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Unsere Innenstadt hat keine Lust an Symbolstreitigkeiten verdient, wie sie heute hier in dieser Aktuellen Stunde kultiviert wird, unsere Innenstadt hat unsere Zusammenarbeit verdient, damit dieser historische Kern, der so viele Menschen aus ganz Deutschland und Europa in diese Stadt lockt und

begeistert zurückschickt, zu der Geltung kommt, die er verdient. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss erst einmal sagen, ich finde es schön, dass wir wieder hier zu Hause sind. Das ist doch eine schöne Atmosphäre, die Spaß macht, und in der Herzkammer der Demokratie können wir sicherlich auch einmal kontroverse Debatten führen. Deshalb ist es eigentlich eine schöne Debatte, über die man sich streiten kann, mit unterschiedlichen Aspekten.

Ich will es ganz deutlich sagen: Die Innenstadt hat eine hohe Bedeutung, eine zentrale Bedeutung, und deshalb steht sie so im Fokus, da kann ich dem Kollegen Wagner nur zustimmen. Deshalb gibt es aber natürlich auch besonders kritische Anmerkungen, und man muss sich mit den Beschlüssen, die man fällt, auch hier intensiv auseinandersetzen. Wäre es der Wall allein in den letzten Wochen und Monaten gewesen, dann hätte vermutlich keiner eine Aktuelle Stunde dazu beantragt, aber es ist ja eine Fortsetzung von Diskussionen über die Innenstadt, die wir in den letzten Monaten geführt haben.

Ich meine, muss ich Sie als SPD daran erinnern, wie Sie sich vor wenigen Wochen zur Martinstraße zu der Frage der Gleisverlegung eingelassen haben und wie Sie dort auch die Senatorin entsprechend angegriffen haben?

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Ein Angriff sieht anders aus, Herr Eckhoff!)

Sie haben dort, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich den Finger in die Wunde gelegt. Wir haben uns hier vorher über die Frage der Nachnutzung des Sparkassengebäudes unterhalten. Da gab es auch berechtigte Kritik an der Senatorin, dass sie die Investoren nicht so behandelt hat, wie sie es sich vielleicht vorgestellt haben und sie sich zurückgezogen haben. Der Fehler war vermutlich schon vorher, man hat sich sozusagen um die Nachnutzung der Sparkasse nicht rechtzeitig gekümmert.

Dann, über die Sommermonate, hatten wir uns natürlich auch mit der Martinstraße beschäftigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das,

glaube ich, auch zu Recht. Lieber Herr Saxe, ich stehe auf dem Standpunkt, mit diesen 1,3 Millionen Euro, die dieser Versuch dort kostet, hätte man in den Stadtteilen viele Radwege sanieren können, und wir hätten dies deutlich vorgezogen.

(Beifall CDU, FDP)

Ehrlich gesagt, ich lasse mir das auch nicht in so einer Debatte nach dem Motto, da sitzen die Fahrradfreunde, und hier auf der Seite sitzen die Autofreunde – -. Wir als CDU haben regelmäßig – sowohl die Fraktion als auch die Partei – immer wieder Vorschläge gemacht, wie die Innenstadt umzugestaltet ist. Leider ist keiner dieser Vorschläge vernünftig aufgegriffen worden. Wie lange diskutieren Sie in der Koalition schon über diese Martinstraße? Wenn wir uns einig gewesen wären, wäre sie schon lange zweispurig, mit Aufenthaltsqualität, aber wir haben zehn Jahre verloren. Warum? Weil Sie lieber bunte Malereien auf der Martinstraße machen, als dort tatsächlich die Aufenthaltsqualität zu steigern, lieber Herr Saxe, und damit verschenken Sie systematisch Chancen für die Innenstadt.

(Beifall CDU, FDP)

Wir haben übrigens auch schon in allen möglichen Schattierungen über den Wall gesprochen. Was macht man denn dann, Frau Senatorin? Man macht ein Gesamtkonzept mit einem Zeit- und Maßnahmenplan, und das diskutiert man mit den Beteiligten, mit der Deputation, mit den Vertretern der Innenstadt, mit den politischen Vertretern in den Beiräten, und dann wickelt man dies auch entsprechend ab.

(Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das machen wir!)

Nein, das machen Sie ja nicht!

(Zuruf Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer)

Frau Senatorin, wenn Sie das gemacht hätten, würde es doch keine Kritik geben! Deshalb, ich verstehe auch manchmal nicht die – -. Selbst wurde ja noch einmal deutlich gemacht, Sie haben diesen Versuch dort jetzt fünf Monate vorgezogen. Der Einzelhandel kommt aus einer Situation mit erheblichen Umsatzeinbrüchen wegen Corona. Da freut man sich, nachdem das letzte Weihnachtsgeschäft wegen des Lockdowns ausgefallen ist, jetzt auf das Weihnachtsgeschäft, und dann wird einfach so eine

Maßnahme vorgezogen, und man behindert zusätzlich die Erreichbarkeit der Innenstadt neben dem völlig überflüssigen Versuch auf der Martinstraße. Das sind falsche Prioritäten, die Sie setzen.

Was ich das Allerschlimmste finde, diese Klimaveränderungen, die Veränderungen, die der Klimawandel mit sich bringt: Wir alle wollen mehr Fahrradverkehr, aber mit diesen Versuchen, die so misslingen, behindern Sie die langfristige Umgestaltung der Innenstadt, weil Sie sie mit den Versuchen ruinieren. Lesen Sie doch die Leserbriefe! Wir müssen aber die Menschen mitnehmen für eine neue Innenstadt, für eine andere Innenstadt, auch für eine autoärmere Innenstadt, aber mit Ihren Sandkastenspielchen, liebe Frau Senatorin, werden wir das beim besten Willen nicht erreichen.

(Beifall CDU, FDP)

Wir haben ja immer schon wieder kritisiert, dass Sie das mit dem ÖPNV nicht so richtig schaffen. Ich dachte ja immer, beim Fahrradverkehr wäre das besser, da habe ich auf Herrn Saxe gesetzt. Nun habe ich mir aber noch einmal den VEP angesehen und den Umsetzungsstand der Maßnahmen. D.6, Programm zur Zukunftsperspektive von Radwegen: nicht in Bearbeitung. D.7, mehr Markierungen für Radverkehr: nicht in Bearbeitung. D.8, Fahrradstraßen: nicht in Bearbeitung. D.9, zeitweise Freigabe der Fußgängerzone Vegesack für den Radverkehr: nicht in Bearbeitung. D.11, Mängelbeseitigung im Radverkehrsnetz: nicht in Bearbeitung. D.12, Fahrradwegweisung: nicht in Bearbeitung. D.13, in Einbahnstraßen in Gegenrichtung Radfahren – das wundert mich! – steht: nicht in Bearbeitung. Da dachte ich, das wäre an der einen oder anderen Stelle – -. Das kann ich jetzt bis D.21 so fortsetzen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist ja wie beim Klimaschutz!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so wird das nichts mit der Bekämpfung des Klimawandels.

(Beifall CDU, FDP)

Da müssen wir ein höheres Tempo bekommen. Das ist das, was ich am schlimmsten finde: Dass Sie immer das Thema Klimaschutz für sich vereinbaren und sagen, wir sind die Größten, aber wenn es konkret um die Maßnahmen geht, sowohl im ÖPNV als offensichtlich auch im Radverkehr, dann schaffen

Sie es nicht. Wenn es konkret wird, schaffen Sie es nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Beifall CDU, FDP)

und das muss sich deutlich verbessern.

Insofern will ich an dieser Stelle sagen, ich glaube, wir brauchen für die Umgestaltung der Innenstadt einen Konsens. Mit den bisherigen Maßnahmen wird dieser Konsens gefährdet, und deshalb ist es leider nicht positiv. Vor diesem Hintergrund hoffen wir, dass Sie aus den Reaktionen, die Sie bekommen, auch den öffentlichen Reaktionen, lernen und zu einem vernünftigen Zeit- und Maßnahmenkatalog kommen, der dann auch gemeinsam mit den Betroffenen in der Innenstadt entsprechend umgestaltet und umgesetzt werden kann. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Verkehrspolitik ist ein emotionales Thema, wir haben das vorhin gehört: Herr Eckhoff hat von der Herzkammer gesprochen, Herr Wagner hat von der Operation am offenen Herzen gesprochen. Da geht bei ganz vielen der Puls hoch, nicht nur in Bremen, sondern überall, aber, Herr Schäck, dass Sie sich so gar nicht für den Radverkehr interessieren und damit auch die Interessen von 25 Prozent der Bremerinnen und Bremer, die das Fahrrad jeden Tag als Hauptverkehrsmittel benutzen,

(Abgeordnete Lenke Wischhusen [FDP]: Sie sind doch nicht die Einzigen, die das Fahrrad nehmen, das Narrativ ist doch albern! – Zurufe FDP, CDU)

eigentlich mit Füßen treten, das, will ich einmal sagen, ist heute ziemlich klar und deutlich geworden. Ich will auch eines sagen: Leserbriefe sind das eine, aber wir bekommen auch sehr, sehr viele positive Zuschriften, nämlich von Bürgerinnen und Bürgern, die sich freuen, dass endlich etwas beginnt.

Eines will ich trotzdem sagen, Herr Eckhoff, auch wenn Sie versucht haben, uns das jetzt gerade abzusprechen: Es sollte klar sein, wir können nicht auf der Stelle treten und so tun, als ob es keine Klimakrise gäbe, als ob es in den meisten Innenstädten große Leerstandsprobleme gäbe und als ob wir keinen Handlungsbedarf hätten.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Doch, haben wir!)

Alles immer so zu lassen – und so höre ich das zum Teil heraus und lese es heraus –, das bedeutet Stillstand, und was diese Stadt nicht gebrauchen kann, das ist Stillstand. Das Motto, alles soll so bleiben, wie es ist, nur irgendwie besser, das funktioniert nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn wir über Klimaschutz reden, dann reicht es eben auch nicht, nur über die Energiewende zu sprechen, nein, dann braucht es auch eine Verkehrswende, aber diese Feststellung allein reicht eben auch nicht aus, wenn wir nicht auch danach handeln. Die Verkehrswende darf eben auch nicht zu einem Lippenbekenntnis werden, und ich habe das Gefühl, Herr Schäck, das ist bei einigen hier der Fall. Es reicht eben nicht aus, zu sagen, wir sind doch alle für Klimaschutz, aber wenn wir dann ernsthaft konsequent handeln – und das tun wir jetzt hier –, dann doch wieder Angst vor der eigenen Courage zu haben.

Klimaschutz darf nicht zum Feigenblatt werden – und das sage ich auch an viele, die immer wieder damit kommen, der Autoverkehr darf nicht aus der Stadt, aus der Innenstadt verdrängt werden –, hinter dem man sich dann doch mit einer rückwärts-gewandten Autopolitik der Neunzigerjahre versteckt, weil man dann eben dem Autoverkehr doch den Vorrang geben möchte.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Wenn wir uns die verheerenden Auswirkungen der Klimakrise anschauen – in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen, jüngst in New York die Starkregenereignisse, überall mit vielen Toten, denen unser Mitgefühl gilt –, dann weiß man, die Klimakrise ist auch bei uns in unseren Breiten angekommen. Dann reicht es auch nicht mehr, betroffen und berührt zu sein oder hinterher Millionenbeträge zur Verfügung zu stellen, um die schlimmsten Schäden wieder zu reparieren – das ist ein Herumdoktern an den Symptomen –, sondern wir müssen die Ursachen kämpfen, und da bleibt uns eben nach allen wissenschaftlichen Studien nicht mehr viel Zeit, sonst ist es zu spät.

Ich will auch einmal denjenigen sagen, die die Martinstraße gern vierspurig oder den Wall weiter für den Autoverkehr behalten möchten – siehe Leserbrief! –: Andere Städte sind da viel weiter vorn,

sie handeln bereits. Was können wir von den anderen Städten lernen? Dass eine Verkehrswende, ein Herausnehmen von Pkws aus den Zentren, aus den Innenstädten, eine Stärkung des ÖPNV und des Radverkehrs den Innenstädten eben nicht schadet, sondern es ihnen im Gegenteil guttut. Das sehen wir in vielen Städten, in den das längst geschehen ist: ob Kopenhagen, Wien, London, Paris, Genf, Groningen und so weiter. Leiden dort die Geschäfte darunter? Nein, im Gegenteil: Die Aufenthaltsqualität ist höher, es gibt weniger Autolärm, weniger Abgase, mehr Menschen, die beim Flanieren – das dann ja auch überhaupt erst wieder möglich ist – die Schaufenster wahrnehmen und dann auch in die Geschäfte gehen oder in der Außengastronomie sitzen. Das stärkt den Einzelhandel und hat natürlich auch den positiven Nebeneffekt, dass weniger CO₂ ausgestoßen wird.

Jetzt erwähne ich einmal die Berliner Flaniermeile Friedrichstraße: Von August 2020 bis Oktober 2021, dazu gibt es Aussagen – das kann man nachlesen – vom Kaufhaus Lafayette. Sie hatten am Anfang gesagt: Lasst uns bitte die Autos in der Straße, wir verlieren Kunden. Das ist das Gleiche, was die Geschäftsleute im Moment Am Wall sagen, das konnte man ja prominent im „Weser-Kurier“ nachlesen. Jetzt, nach dieser Zeit, kann man lesen – Kaufhaus Lafayette! –, die Zahl der Kunden hat ständig zugenommen. Ein positives Signal! Da können wir doch lernen, und dieses Signal wollen wir auch in die Geschäftswelt in Bremen immer wieder signalisieren: Wir verstehen, dass es Angst gibt, aber wir wollen euch zeigen, nein, es gibt keinen Grund für diese Angst, im Gegenteil, es gibt mehr Kunden.

Die Innenstadt in Paris soll bis 2022 autofrei werden.

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Bürgermeisterin, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Lenke Wischhusen zulassen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Gern!

Präsident Frank Imhoff: Bitte schön, Frau Wischhusen, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Lenke Wischhusen (FDP): Vielen Dank, Frau Senatorin! Sie haben gerade die Friedrichstraße als positives Beispiel erwähnt, und ich frage mich, ob Sie sich das jemals vor Ort angesehen haben, denn die Friedrichstraße ist voll mit

kleinen innovativen Cafés. Auf der Friedrichstraße gibt es seither überall Sitzgelegenheiten, es ist es ein völlig anderes Konzept, und das können Sie in keiner Weise mit den Sperrungen Am Wall vergleichen, was Sie hier versucht haben.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Dann sage ich Ihnen, Frau Abgeordnete, dass wir mit dem Wall ja nun gerade erst angefangen haben, wir haben es noch nicht einmal umgesetzt, aber das, was Sie gerade sagen, dass man mehr Aufenthaltsqualität braucht, ist genau das, was wir in der Martinistraße machen.

(Heiterkeit CDU)

Ehrlich gesagt, wenn Sie sich ansehen, Am Wall gibt es auch Außengastronomie. Worunter leidet sie? An vorbeifahrenden Autos! Deswegen ist es richtig, den Wall auch verkehrszuberuhigen.

Wichtige Verkehrsachsen in London, in der Londoner Innenstadt – eine 2,5 Kilometer lange Strecke von Old Street nach Holborn – sollen für den Autoverkehr komplett gesperrt werden. Der Bau von Fahrradwegen, die bereits in der Planung sind, soll auch dort schneller vorangetrieben werden. Der Times Square

(Heiterkeit CDU, FDP – Zurufe)

in New York ist inzwischen autofrei, und jetzt geht für viele in Bremen ganz offensichtlich die Welt unter, weil ein Kilometer Am Wall noch nicht einmal autofrei wird, sondern in eine Radpremiumroute umgewandelt wird,

(Heiko Strohmann [CDU]: Was ist eigentlich mit dem Roten Platz?)

bei der immer noch eine Fahrspur für den Autoverkehr reserviert ist, und zwar auf der Seite mit den Geschäften. Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, wir müssen die Interessen der Geschäftsleute wahrnehmen, dann sage ich, das ist genau der Grund, warum die Autospur an den Geschäften weiterhin für den Pkw reserviert ist, weil das nämlich der Wunsch der Geschäftsleute war, den wir jetzt auch ernst genommen haben und so verwirklichen.

Wir brauchen die Verkehrswende, wir brauchen sie jetzt, und daran möchte ich auch in aller Deutlichkeit erinnern: Die Koalition hat in ihrem Koali-

tionsvertrag beschlossen, dass der Wall zur Radpremiumroute umgewandelt wird, dass wir eine autofreie Innenstadt bis 2030 wollen.

Wenn ich Ihnen aus dem Koalitionsvertrag einmal zitieren darf: „Wir werden geschützte Radwege, sogenannte Protected Bike Lanes bauen und in Modellversuchen zeitnah umsetzen. Radverkehr wird eine feste Größe in der Planung von Straßenbaumaßnahmen. Die Radpremiumrouten werden wir in dieser Wahlperiode weiter ausbauen, und zwar vor allen Dingen die Radpremiumroute Hemelingen – Blumenthal, D.15, in die Umsetzung bringen.“ Das Geld kommt übrigens größtenteils vom Bund, und der Abschnitt Am Wall ist ein Teil dieser D.15.

Zur autofreien Innenstadt heißt es: „Wir werden unsere Innenstadt bis 2030 autofrei gestalten. Damit steigern wir die Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Innenstadt ebenso wie die ökonomische Situation in der Innenstadt und leisten zudem einen Beitrag zum Klimaschutz und sauberer Luft.“ Weiter heißt es: „In dem Gebiet zwischen Wall und Martinistraße werden wir in einem ersten Schritt zur Attraktivitätssteigerung –.“

(Abgeordnete Birgit Bergmann [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Frau Senatorin, würden Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann zulassen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Nein, ich lasse jetzt keine weitere Frage zu, weil Sie sich ja gleich noch einmal melden können und Frau Bergmann ja gern gleich noch die Gelegenheit ergreifen kann, hier zu reden.

Präsident Frank Imhoff: Frau Bergmann, die Frau Senatorin möchte es nicht. – Danke schön!

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: „Weitere verkehrsberuhigende Maßnahmen aus dem VEP werden wir zur Zielerreichung einer autofreien Stadt umsetzen. In einem Schritt werden wir insbesondere die Straßen Wall und Martinistraße autoarm gestalten, wobei Anlieger weiterhin ihre Parkplätze erreichen können.“ Meine Damen und Herren, das setzen wir jetzt um, das, was der Koalitionsvertrag uns als Ressort in unser Aufgabenheft geschrieben hat: Wir liefern jetzt, und das ist keine Überraschung, für niemanden.

Im Übrigen, und das möchte ich noch einmal an die Adresse der CDU geben, haben ja auch andere schon längst die Verkehrsberuhigung Am Wall vorgeschlagen. In dem Positionspapier für eine – ich habe es hier noch einmal, Sie kennen es, Sie nicken, Herr Eckhoff! –

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Da sind sogar Bilder dabei!)

lebendige und grüne Innenstadt der CDU heißt es: „Unsere Vision ist es, den Wall zur Flaniermeile umzugestalten. Dazu wird der einspurige Verkehr von der Polizeistation in Richtung Herdentor auf der Parkseite gelegt. Die andere Fahrspur wird zur reinen Fahrradstraße, die beidseitig befahrbar ist. Parkplätze für Autos wird es dank der zahlreichen Parkmöglichkeiten rundherum und der Erreichbarkeit durch den ÖPNV nicht mehr geben, sodass der gesamte Bürgersteig für Gastro und den Zugang zum Einzelhandel für Fußgänger nutzbar ist.“

(Abgeordneter Rainer Bensch [CDU]): Und was haben Sie gemacht?

Genau, wir haben das nicht gemacht. Und warum nicht?

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Genau das ist der Unterschied! Weil die Geschäftsleute, Herr Strohmann, uns gesagt haben, wenn ihr uns die Autos an den Geschäften und die Parkplätze wegnehmt, dann haben wir ein Problem. Sie wollten es genau andersherum. Sie sagen, Sie reden mit den Geschäftsleuten. Die Geschäftsleute haben den Wunsch bei uns platziert, und wir haben das berücksichtigt, was die Geschäftsleute uns in das Aufgabenheft geschrieben haben.

Die Martinistraße muss zusammen mit dem Wall der Ringschluss für Fahrrad und Autofahrer um die Innenstadt bleiben, aber auch hier werden die Fahrbahnen verengt auf jeweils eine Spur in beide Richtungen. Gerahmt werden diese durch jeweils eine breite Fahrradspur auf jeder Seite. Das lässt am Ende noch eine zum Wallring analoge Verbreiterung des Gehwegs zur Flaniermeile auf beiden Seiten zu, in die eine Mischung aus Einzelhandel und Gastronomie einzieht. Diese Mischung setzt am Ende wiederum den Rahmen für eine verbesserte Wegführung. Statt eine nicht nutzbare Inselfläche in der Mitte aufzubauen, verbreitern wir also die Gehwege und ermöglichen eine zügige Querung der Martinistraße.

Damit eine erste Umgestaltung schnell umgesetzt werden kann, öffnen wir die Martinistraße provisorisch und temporär als Durchgangsort für Fußgänger und Fahrradfahrer, und das geht kurzfristig mit Farbe, Bauzäunen und so weiter. Das haben Sie von der CDU vorgeschlagen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist aber etwas ganz anderes als das, was Sie hier erzählen!)

Sie haben selbst die Farbe in Ihrem Positionspapier genommen, jetzt tun Sie nicht so, Herr Strohmann, als ob Sie sich davon distanzieren müssen! Das, was Herr Eckhoff uns gerade vorgeworfen hat für die Martinistraße, das haben Sie selbst mit Farbe und Bauzäunen vorgeschlagen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Vergleichen Sie Ihren Unsinn nicht mit dem Positionspapier!)

Also, wir sind eigentlich gar nicht so weit auseinander, aber ich will zum Wall etwas sagen! Wir haben bei der Abwägung, wie die Radpremiumroute angelegt werden soll, welche Spur wir herausnehmen, ja gerade auf die Geschäftsleute Rücksicht genommen. Die Geschäfte können durch die Parkplätze vor den Geschäften ja immer noch direkt angefahren werden. Diese Spur existiert ja weiterhin, und die Pkws auf der Gegenrichtung, auf der Spur, die jetzt zur Protected Bike Lane wird, sind doch in Wahrheit noch nie gezielt dort entlanggefahren, um Am Wall zu einem Geschäft zu fahren. Das ist eine reine Durchfahrtsspur vom Osterdeich zum Herdentor. Mit den Wallanlagen auf der Seite, auf der keine Geschäfte sind, war das auch noch nie eine Spur, die interessant für die Geschäfte war.

Eine Fußverkehrsachse war der Wall auch noch nie, anders als die Sögestraße. Er war auch noch nie eine Avenue, die sich die Buchhändlerin wünscht. Es gibt Arkaden, flexible Gehwege, die direkt und barrierefrei in die Parkplätze übergehen und die für Gastronomie in Richtung Fahrbahn genutzt werden.

Die Geschäfte der Innenstadt, meine Damen und Herren – da möchte ich zum Schluss noch einmal das aufgreifen, was Herr Wagner gesagt hat – haben doch ein ganz anderes Problem, das Problem heißt nicht Verkehrswende, es heißt Onlinehandel. Der Feind – und ich nenne ihn jetzt beim Namen, weil er sich ja sehr prominent im „Weser-Kurier“ geäußert hat! – des Porzellanladens ist nicht die

Radpremiumroute. Der Feind heißt Porzellantreff.de, er heißt Tischwelt.de, er heißt Porzellanhandel 24.de. Der Feind der Buchhändlerin heißt nicht Radpremiumroute, sondern Amazon. Die City war schon vor Corona schwer im Absturz, obwohl sie zu 100 Prozent für Autos gemacht war, und Studien sowie andere Städte zeigen, wie Ökonomie und Ökologie somit ohne Autos besser funktioniert.

(Abgeordneter Strohmann [CDU]: Genau!)

Jetzt will ich noch einmal etwas zu der Mär sagen, dass jetzt alle nach Hamburg fahren! Ich finde das absurd, das sage ich einmal ganz ehrlich. Sind Sie jetzt einmal in letzter Zeit mit dem Auto nach Hamburg gefahren?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: 50 Minuten!)

Sie kommen gar nicht hinein, weil Sie ewig in Baustellen stehen, im Stau stehen, bevor Sie überhaupt nach Hamburg hineinkommen. Herr Schumann hat es gesagt, der Jungfernstieg ist autofrei. Auch Hamburg nimmt den Autoverkehr heraus.

(Zurufe CDU)

In Kassel wird gerade vierspurig der Autoverkehr herausgenommen für ein Pilotprojekt, das war sehr prominent in der letzten Woche in der „Tageschau“. Warum machen das alle Städte? Weil sie merken, dass wir etwas ändern müssen!

Ja, es fällt Menschen manchmal schwer, wenn Veränderungen ins Haus stehen, aber je öfter Geschäftsleute wiederholen, dass man nicht mehr in die Bremer Innenstadt hineinkommen könnte, was de facto nicht stimmt, desto eher wird es zu einer self-fulfilling prophecy, weil die Menschen anfangen, es zu glauben. Ich bin überzeugt, es wäre sinnvoller, auch als Geschäftswelt die positiven Seiten einer ruhigeren Straße mit Flair für den eigenen Laden nach vorn zu stellen.

Ja, es stimmt, viele Menschen fahren in den Weserpark und in die Waterfront. Das tun sie aber auch jetzt schon und all die anderen Jahre, obwohl die Straßen noch nicht für den Autoverkehr gesperrt waren, und man muss sich auch nicht wundern, wenn solche Shoppingcenter in die Peripherie gebaut werden, wenn dann die Menschen gar nicht mehr in die Innenstadt fahren, weil die gleichen Geschäftsketten eben auch in diesen Shoppingcentern sind. Fazit: Die Menschen kommen noch zum

Wall, aber sie steuern dort eben auch nur die interessanten Ziele an, wie zum Beispiel Restaurants.

Jetzt möchte ich zum Schluss noch einmal etwas zur Kommunikation sagen. Die Protected Bike Lane Am Wall ist Teil der Radpremiumroute D.15 von Mahndorf bis Bremen-Nord. Die Strecke am Wall schließt an die Übergangsstelle an, an der wir mit Hochdruck die Radbrücke zwischen der Innenstadt und der Neustadt planen, und das Ganze ist im letzten VEP schon lange beschlossen worden.

Grundlage für die Wegeführung der Radpremiumroute D.15 im Bereich Wall bildet eine Machbarkeitsstudie, die am 10. April 2018 in der Deputation für Umwelt, Bau und Verkehr beschlossen wurde.

Im April 2019 beziehungsweise Mai 2019 ist einstimmig von SPD, CDU, Grünen, der LINKEN und der FDP, Herr Schäck, die Finanzierung für die Umgestaltung des Wallrings in eine Radpremiumroute beschlossen worden. Im Rahmen des Förderprojekts Wallring wird seit dem 1. Oktober 2019 unter anderem der Teilabschnitt Am Wall geplant und umgesetzt. Es erfolgten ab Mitte 2020 bis Anfang 2021 diverse Abstimmungen mit den Trägern öffentlicher Belange, übrigens auch mit der Polizei, bei einigen Besprechungen war ich dabei. Wir sind immer noch im engen Austausch, auch darüber, was die Poller angeht, und insofern, Herr Schäck, kann man nicht von einer Hauruckaktion sprechen.

Wir haben die Rückmeldungen der Geschäftsleute ernst genommen, sind darauf eingegangen, haben sie in die Planungen mit hineingenommen, und deswegen will ich sagen, dieser Vorwurf, es wäre nicht genug kommuniziert worden, stimmt einfach nicht. Die Pop-up-Bike-Lane ist der Beginn der Maßnahme für die Protected Bike Lane, sie ist an den Verkehrsversuch Martinistraße gekoppelt.

Ich will auch einmal sagen, weil Sie es auch wieder gerade gesagt haben, Herr Eckhoff, weil es vielleicht auch es so skandalisiert, aber es entspricht nicht der Wahrheit: Der Verkehrsversuch kostet nicht 1,3 Millionen Euro. Das sind die Maßnahmen, die im Innenstadtkonzept auch eingefordert worden sind. Damit die Menschen nach Corona, nach den Lockdowns wieder in die Innenstadt kommen, waren alle Ressorts aufgefordert, Attraktionen in die Innenstadt zu bringen. Wir haben unsere mit dem Verkehrsversuch gekoppelt, aber der Verkehrsversuch kostet nicht allein 1,3 Millionen Euro, das stimmt einfach nicht.

Also, meine Damen und Herren, wir starten jetzt, wir handeln, wir liefern. Um Bürgermeister Boven-schulte im Februar dieses Jahres im „Weser-Kurier“ zu zitieren – er saß auf dem Podium der Architektenkammer, kann man lesen –: „Einfach einmal machen!“ Das hat er zu den Fahrradbrücken und den Radpremiumrouten gesagt.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, jedes Mal, wenn in Bremen oder auch anderswo etwas entschieden wurde, mit dem sich die Autolobby eingeschränkt fühlte – ich erinnere an die Einführung von Tempo 120 auf der Autobahn, an die drei barrierefreien Ampeln auf der Kurfürstenallee mit Tempo 50 statt 70, an den Concordia-Tunnel, damals die Einführung der Umweltzone und auch die Fahrradspur am Herdentorsteinweg –, jedes Mal wurde gestöhnt, und man hatte das Gefühl, in Bremen ginge die Welt unter. Das ist sie aber nicht, meine Damen und Herren. Sie wird es aber wirklich, wenn wir nichts für den Klimaschutz tun. Deswegen müssen wir die Verkehrswende konsequent und zügig umsetzen, und der Wall ist eine von vielen Baustellen hierfür; die Klimakrise pausiert nicht, meine Damen und Herren. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen mitteilen, dass sich aufgrund der Redezeit von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer die Redezeit in der zweiten Runde bei den Abgeordneten um 4:40 Minuten erhöht hat.

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man ist ja doch einigermassen überrascht, was hier teilweise für Argumente kommen, wenn es um das Thema Wall geht. Was immer wieder herausgeholt wird, ist das Totschlagargument Klima. Alles ist am Ende ein Thema des Klimas.

Ich bin so ein bisschen irritiert, weil letztendlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, können wir ja davon ausgehen, oder es ist ja nicht ganz unwahrscheinlich, dass Sie Teil der nächsten Bundesregierung werden. Sie haben dann die Chance, im Bund dafür zu sorgen, dass wirklich etwas für den Klimaschutz getan wird. Dann haben Sie die Chance, dafür zu sorgen, dass nicht irgendwie an Preisen herumgedoktert wird, sondern dass

durch einen vernünftigen CO₂-Deckel dafür gesorgt wird, dass wir dort, wo wir ein Problem haben – wir haben ja kein Preisproblem, sondern ein Mengenproblem –, eine Reduktion hinbekommen, und der Rest regelt sich über den Markt. Das können Sie machen.

Sie können auch dafür sorgen, dass die Technologien, die wir hier in Deutschland haben, in andere Teile der Welt exportiert werden, damit man dort auch einen Technologiesprung machen und viele Jahre der Forschung und Entwicklung vielleicht abkürzen kann. Das können Sie tun. Sie können hier in Bremen dafür sorgen, dass das Stahlwerk grün wird, Sie können dafür sorgen, dass Fotovoltaik auf den öffentlichen Gebäuden installiert wird. Wir haben gerade im letzten Haushalts- und Finanzausschuss gesehen, wie erbärmlich das ist, was Sie dort bisher hinbekommen oder auch nicht hinbekommen haben.

Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich, in einer Zeit, in der China pro Jahr 40 neue Kohlekraftwerke baut, in der 1 300 neue Kohlekraftwerke jedes Jahr geplant werden, werden Sie das Klima nicht mit ein paar 100 Metern Fahrradweg hier in Bremen Am Wall retten. Das muss Ihnen auch klar sein, auch hier in Bremen.

(Beifall FDP – Zurufe SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich ärgere mich ein bisschen darüber, dass immer noch diese Totschlagargumente kommen, wir seien eine Partei, die sich ausschließlich für das Auto einsetzt. Ich habe Ihnen schon in einer letzten Rede vor der Sommerpause deutlich gemacht, dass wir, ich würde sagen, 30 Prozent unserer Anträge und Redebeiträge zum Thema Fahrrad hatten, wahrscheinlich 30 bis 40 Prozent zum Thema Fußgängerverkehr, der von Ihnen hier in Bremen völlig vernachlässigt wird, und ein Bruchteil war zum Thema Auto. Ich erinnere noch einmal an den Antrag von uns, den wir gestellt haben, um das Fahrradfahren in Bremen attraktiver zu machen. Wir haben damals gefordert, dass man hier in Bremen mehr sichere, mehr saubere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder schafft, das ist übrigens ein Antrag, den Sie von den Grünen damals abgelehnt haben. So viel zur Ehrlichkeit Ihrer Politik hier in Bremen!

Um es noch einmal deutlich zu machen: Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass es gerade kein Gegeneinander der verschiedenen Verkehrsarten gibt. Das ist nämlich etwas, was gerade von einem Kollegen hier am Rednerpult ins Feld ge-

führt wurde, dass man doch keine ideologische Debatte möchte. Das ist aber genau das, was Sie hier tun: Sie spielen hier permanent, und das schon seit Jahren, Autofahrer gegen Fahrradfahrer aus, und es entspricht nicht der Realität in unserem Bundesland. Die meisten Menschen sind ja nicht entweder Fahrradfahrer oder Autofahrer, sondern die meisten Menschen freuen sich über vernünftig ausgebaute Fahrradwege, sie haben auch für die längeren Strecken ein Auto vor der Tür stehen, sie freuen sich über einen attraktiven ÖPNV und legen wahrscheinlich die meisten Wege am Tag zu Fuß zurück. Es gibt nicht den Autofahrer, und es gibt nicht den Fahrradfahrer, und deswegen sind Sie auf dem völlig falschen Weg, wenn Sie anfangen, diese beiden Verkehrsarten gegeneinander auszuspielen.

Wir haben damals gesagt, wir tragen diese Premiumrouten deswegen nicht mit, weil wir der Meinung sind, dass das Geld im Erhalt der vorhandenen Fahrradwege besser investiert ist. Bevor wir neue Fahrradwege schaffen, ist es doch viel sinnvoller, die Infrastruktur, die wir im Moment haben und die völlig zerfällt, einmal instand zu setzen. Wir haben Fahrradwege an der Parkallee, wir haben Fahrradwege, zum Beispiel der, über den wir jetzt gerade reden, Am Wall, der ist auch nicht sonderlich gut erhalten. Wir haben Verkehrsinfrastruktur hier in Bremen, auch für das Fahrrad, die vorhanden ist, aber sie verfällt, und stattdessen gönnen Sie sich eine neue Fahrradpremiumroute. Das ist nicht unser Ansatz. Wir sind sehr dafür, die Fahrradwege hier in Bremen attraktiv zu halten, aber bevor man etwas Neues schafft, bitte erst einmal das, was man hat, zu erhalten, und da versagen Sie leider auch in diesem Punkt seit Jahren auf ganzer Linie.

Sie vergleichen sich gern – und das hat der Kollege Saxe eben auch gemacht – mit Münster, Sie vergleichen sich dann auch teilweise mit Amsterdam. Das kann man machen, aber es ist nicht zielführend. Das sind völlig andere Städte. Schauen Sie sich einmal Amsterdam an! Das ist dort kreisrund, da kann man wunderbare Kreisverkehre machen und so weiter. Das haben wir hier in Bremen nicht, Bremen ist ein lang gezogener Schlauch, und wir werden manche Dinge, die man in Amsterdam oder vielleicht in Münster machen kann, hier in Bremen nicht umsetzen können.

Wir als FDP-Fraktion sind immer dafür, dass man in die Höhe baut, aber wir vergleichen uns auch nicht mit und orientieren uns auch nicht an New York, sondern wir orientieren uns an dem, was hier in Bremen machbar ist. Ich glaube, das würde

Ihnen auch gut zu Gesicht stehen, wenn Sie sich ein Stück weit daran orientieren und versuchen, das umzusetzen, was hier in Bremen notwendig und realistisch ist. Ich glaube, das ist mit Ihrer Fahrradpolitik, die Sie hier in Bremen machen, im Moment nicht gegeben.

In diesem Sinne, ich bin sehr gespannt. Sie sagen, Sie haben Rücksprache mit den zuständigen Einzelhändlern gehalten. Ich habe von dem Kollegen Wagner, auch vom Kollegen Saxe, wenig darüber gehört, wie es sein kann, dass offensichtlich der eigene Koalitionspartner gar nicht informiert war. Es wurde dann so ein bisschen versucht, das irgendwie zurechtzurücken und zu sagen, na ja, in einer Koalition gibt es ja auch verschiedene Meinungen. Ich kenne es eigentlich so, dass man das entsprechend hinter verschlossenen Türen klärt, dass man sich auf eine gemeinsame Richtung einigt und nicht anfängt, sich permanent gegenseitig über die Medien anzuschließen.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Aus welcher Koalition kennen Sie das denn? – Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Schäck, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Wagner zulassen?

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Selbstverständlich!

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter Wagner, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Kollege Wagner, ich bin gespannt.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Schäck, Sie haben eben gesagt, dass die FDP immer dafür ist, in die Höhe zu bauen. Als es um das Stadtquartier in Vegesack ging, war da ein neungeschossiges Gebäude für Sie zu hoch, oder zu niedrig?

(Heiterkeit – Beifall SPD)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Kollege Wagner, das, was Sie hier gerade versuchen, populistisch ins Feld zu führen, ist natürlich falsch, denn wir haben immer gesagt, wir sind dafür, in die Höhe zu bauen, aber an der richtigen Stelle.

(Heiterkeit SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen keine zweite Grohner Düne, das ist ja etwas, was Sie jeden Tag bei Instagram feiern und sagen, wie toll es dort ist. Wir sagen, das ist nicht das Ziel, wie Bremen in Zukunft aussehen soll. Wir möchten natürlich in die Höhe bauen, aber an den richtigen Stellen. Wir hatten zum Beispiel die Idee, dass Am Brill in die Höhe gebaut werden soll. Das ist etwas, wo Sie komplett versagt haben, wo die Brüder Schapira hier investieren wollten, wo es wieder zu einem jahrelangen Stillstand gekommen ist. Dort wollten wir in die Höhe bauen, und das war Ihnen zu viel. So viel zu Ihren Ansätzen, in Bremen höher zu bauen!

Dieser Einwurf war tatsächlich etwas unsachlich, und ich glaube, Sie sind sich im Klaren darüber, dass die Frage, ob man in die Höhe bauen will oder nicht, nicht immer davon abhängt, dass man grundsätzlich in die Höhe bauen will, sondern natürlich von der Frage, passt es dort, oder passt es dort nicht? Da haben wir in Bremen leider auch einige Bausünden aus den letzten Jahrzehnten, bei denen wir, glaube ich, gemeinsam auch feststellen müssen, dass es dort nicht gepasst hat, und bei dem Punkt, den Sie angesprochen haben, waren wir dagegen, genau deshalb, weil es dort an diesem Punkt in Bremen nicht gepasst hat. So viel dazu!

Ich glaube, grundsätzlich kann man festhalten, Frau Senatorin, Sie sagen, Sie waren informiert. Sie haben mit den Anwohnern dort und mit den Gewerbetreibenden gesprochen. Die Rückmeldung, die wir dort jetzt bekommen, ist eine andere. Ich persönlich bin der Überzeugung – -. Hier wurden ja auch so ein paar Scheindebatten ins Feld geführt, Herr Kollege Wagner, Sie haben auch ganz viel erzählt, es geht darum, irgendwie die Stadt gemeinsam zu entwickeln, das ist alles richtig, aber es geht ganz konkret um das, was dort auf dem Wall jetzt passiert.

Wenn Sie sagen, na ja, das ist ja nur eine Maßnahme, und das fügt sich ja ein in ein größeres Bild, dann kann man das so sehen, aber vielleicht zeigt das auch, wie weit Sie mittlerweile von der Realität derjenigen weggerückt sind, die dort jeden Tag Geld verdienen müssen, denn für sie ist das nicht nur eine kleine Maßnahme, die sich in einen großen Plan einfügt, sondern für sie ist das, was dort gerade passiert, eine Katastrophe. Ich kann Ihnen auch ehrlich sagen, wenn man mit den Leuten dort spricht und wenn man sich anhört, wie überrascht sie waren, dass das jetzt vorgezogen worden ist, habe ich nicht den Eindruck, dass sie vernünftig mit eingebunden worden sind. So kann man eine

Innenstadt auch zugrunde richten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ja ein bisschen in der Verkehrspolitik sozialisiert worden, in Debatten mit Herrn Strohmann, der jetzt hier vorn sitzt, und eine der ersten Debatten, die ich dabei gehabt habe, neben den Gigalintern, die wir beide immer so gemocht haben, war die über die Ampeln in der Kurfürstenallee.

Ich weiß noch, ja, Herr Strohmann, es zählt eben mit zu den Jugendsünden dieser CDU dazu, wie vehement das dann abgelehnt worden ist, wirklich als Untergang Bremens, weil man dann eben öfter einmal anhalten muss. Ich glaube, Sie erkennen an, dass die CDU hier nicht immer, auch beim Concordiatunnel, gute Positionen bezogen hat.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das war ich nicht!)

Ja, auch beim Concordiatunnel nicht! Ich bleibe einmal dabei!

Einige von Ihnen sitzen ja in der Enquetekommission zum Klimaschutz, und sie werden auch dieses ifeu-Gutachten zur Kenntnis genommen haben, was wir denn eigentlich hier in Bremen machen sollten, wenn wir die Klimaziele für den Sektor Verkehr erreichen wollen. Auch Herr Schäck sollte das wissen. Darin steht: Reduzierung des Autoverkehrs von 55 Prozent bis 2030.

Da geht es nicht einfach so, dass wir dieses Problem nur mit einem freundlichen Miteinander lösen können, sondern dass wir eine deutliche Reduktion des Autoverkehrs brauchen. Wir brauchen bessere Angebote für den Umweltverbund, aber wir brauchen bestimmt nicht mehr Angebote für den Autoverkehr, sondern wir brauchen weniger, weil wir die Flächen umverteilen müssen. Das zählt einfach zur Klimakrise mit dazu.

Sie sagen, wir können das Problem der Klimakrise doch nicht lösen, weil wir 700 Meter Am Wall machen. Natürlich nicht! Wir brauchen ganz viele solcher kleinen Projekte. Das ist nur ein kleiner Mosaikstein. Warum denken wir Autofreiheit oder Autoarmut von den Innenstädten und nicht aus dem

Bremer Osten? Das ist auch vollkommen klar: weil es so ist, dass wir in den Innenstädten die Infrastrukturen schon liegen haben, um beispielhaft zu zeigen, dass eine andere Art von Mobilität möglich ist. Deswegen fangen wir nicht im Bremer Osten an. Wir machen auch Maßnahmen im Bremer Osten, aber wir fangen an der Stelle nicht an. Dann kommen Sie ganz unselig, finde ich, mit diesem Beispiel von den 40 Kohlekraftwerken daher, und da könnten wir doch sowieso nichts machen.

(Zuruf Abgeordneter Thore Schäck [FDP])

Ja, wir hören nach Ihrer Logik auf mit dem Kampf gegen die Klimakrise, weil wir immer auf die anderen zeigen! Lassen Sie uns hier machen, was wir machen können, und unseren Beitrag dazu leisten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Dann reflexartig kommt es: Münster! Münster kann man ja auf Bremen überhaupt nicht übertragen, Bremen ist ja viel länger. In Amsterdam sind ganz andere Bedingungen, da sind viel mehr Grachten, in Kopenhagen, was weiß ich, sind mehr hohe Häuser, das kann man auch nicht miteinander vergleichen. Das stimmt doch alles nicht! Natürlich ist Bremen einzigartig. Ich bin stolz auf unsere Freie Hansestadt Bremen und auf meine Heimatstadt, aber natürlich müssen wir von anderen Städten lernen, die besser sind als wir. Natürlich sind Kopenhagen, Amsterdam und Münster in vielen Sachen besser, und wir schauen sie uns an. Wir fahren dahin, wir lernen von denen. Nur so kann die Klimakrise gelingen, indem wir uns eben auch diese Best-Practice-Beispiele tatsächlich anschauen.

Zum Ansatz der FDP, immer zu sagen, na ja, wir machen ein bisschen Technik, ein bisschen mehr Elektromobilität, das wird so nicht funktionieren: Wir reden hier auch über Fragen des Lebensstils. Ich habe das ein paarmal erlebt, auch wenn wir über Ernährung reden, darum gab es bei uns intern in der Fraktion auch eine Debatte. Das sind Fragen des Lebensstils, weil wir tatsächlich –. Wenn dieses gemeinsame Projekt Kampf gegen die Klimakrise gelingen soll, dann müssen wir auch über unsere Lebensstile nachdenken. Da kommen Sie dann immer mit Ihrer Verbotskeule. Das ist gar nicht gemeint. Wir müssen reflektieren und darüber nachdenken, dass das so nicht geht. Dazu zählen eben auch 55 Prozent weniger Autoverkehr in der Stadt, das ist doch vollkommen klar, und wenn wir damit nicht anfangen, dann wird es einfach nicht gelingen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber doch nicht an dieser Stelle!)

Herr Eckhoff hat dann gesagt: Sie bekommen das ja alles hier nicht zustande, wir würden das ja viel besser machen. Ich schaue dann aber einmal, wo Sie in der Regierung sind: Ich schaue einmal nach Nordrhein-Westfalen, und ich schaue einmal auf den Bund, und dann sage ich, die Beispiele der CDU, dass sie in einer Regierung vernünftige Klimapolitik gemacht hat, kenne ich nicht.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stimme ihm trotzdem zu, da geht noch mehr. Wir müssen, das sagt ja auch die Enquetekommission zum Klimaschutz, das sagen ja fast alle Fraktionen aus der Klima – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Aber wer zahlt denn die Straßenbahnlinien, die Sie nicht bauen? Der Bund!)

Dazu sage ich gleich auch noch etwas.

(Zuruf Heiko Strohmann [CDU])

Die zahlt auch der Bund! Ja, Sie wissen ganz – –.

(Zuruf Heiko Strohmann [CDU])

Ja, du weißt ganz – –. Wir müssen jetzt nicht alles, was es an Themen gibt, hier abhandeln! Wir können gern auch noch einmal über die Straßenbahnlinie reden. Das haben wir plakativ schon, glaube ich, zu oft getan, das ersparen wir uns hier jetzt hierbei, glaube ich, denn wir reden ja über den Wall.

Wir haben jetzt über Hochhäuser gesprochen. Dazu habe ich auch eine bestimmte Meinung, Jan Gehl zum Beispiel, den werden viele hier kennen, sagt, Hochhäuser kann man einmal bauen, aber es ist nicht die Lösung, um eine Stadt zu entwickeln, ganz eindeutig nicht. Ich glaube, da bin ich auch mit der Senatorin relativ einig darin, dass man bei Hochhäusern genau hinschauen muss, ob das wirklich die richtige Art der Stadtentwicklung ist.

Herr Wagner hat, finde ich, um wieder einmal beim Wall zu landen, zu Recht erwähnt, das ist auch ein Thema der Stadtentwicklung, das wir hier machen. Wir haben gestern vorher darüber gesprochen, ganz freundschaftlich, wie wir es eigentlich immer

tun, und wir waren eigentlich ziemlich einig darüber. Natürlich ist es wichtig, dass wir hier auch Stadt entwickeln, dass diese Querungen dort möglich sind. Ich habe auch gesagt, es ist Am Wall nicht notwendig, auch wenn da eine Radpremiumroute liegt, dass die Elektrofahrräder dort mit Durchschnittsgeschwindigkeiten von 25 Kilometer pro Stunde den Wall hochsauen. Das muss nicht sein. Die können einmal, wenn kein Fußgänger da ist, Frau Dr. Müller, auch mit 25 Kilometern pro Stunde da fahren, aber sie können auch einmal Rücksicht auf die Fußgängerinnen und Fußgänger dort nehmen und sie queren lassen.

Ich glaube, das bekommen wir alle miteinander hin. Ich glaube wirklich, lassen Sie uns versuchen, hier konstruktiv – das geht 14 Tage vor der Wahl nicht, das weiß ich auch! – über Mobilitätswende zu reden. Ich habe ja manche Redebeiträge, die Herr Schäck dann auch vorher gebracht hat, auch durchaus geschätzt. Die Einlassungen in sozialen Medien haben mich ehrlich gesagt geärgert. Das ist auch dem geschuldet, dass man natürlich schaut, wer ist meine Klientel. Da müssen Sie allerdings bei der AfD aufpassen, denn ich habe gelesen, dass Autos AfD wählen würden. Da müssen Sie sich, glaube ich, noch ein bisschen anstrengen,

(Heiterkeit Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Sie sollten sich manchmal so schämen!)

aber ich verstehe es, dass man erst einmal schaut: Wo sind die Leute, die einen potenziell wählen? Das sind die Radfahrerinnen und Radfahrer, also die, die sich darüber identifizieren, eben nicht, aber ich begreife zumindest bei Ihnen – und das, finde ich, ist eine Veränderung –, dass es eine Offenheit solchen Themen gegenüber gibt. Dazu habe ich auch meinen Respekt schon geäußert. Zu dem Beitrag hier, wie gesagt, habe ich Verständnis, aber das muss man so nicht machen.

Zur Mobilitätswende noch einmal ganz eindeutig gesagt: Auch da hätten wir gern miteinander mehr gemacht. Wir haben aber jetzt auch wirklich mehr Geld dafür eingestellt, das weiß auch Herr Eckhoff. Wir haben die Mittel für den Radverkehr vervierfacht, auch Herrn Bruck ist es zu verdanken, dass wir eine Menge mehr Geld an Klimamitteln für den Klimaschutz eingestellt haben. Das reicht Ihnen nicht, das reicht mir nicht, das reicht der Senatorin auch nicht, aber man muss es eben in Abwägung zu Konkurrenzen bei anderen Mitteln in der Koalition freundschaftlich miteinander hinbekommen. Wir werden dafür kämpfen, dass es mehr wird.

Ich sehe auch die CDU bei diesem Thema zumindest teilweise an unserer Seite, weil Sie schon begriffen haben, dass zum Erhalt der Schöpfung dann eben auch der Kampf gegen die Klimakrise gehört. Spät kam diese Erkenntnis, immerhin, aber sie kam, und deswegen werden wir hier heute die Uneinigkeit, denke ich, betonen.

Dann würde ich Herrn Eckhoff bitten, wenn Leute Ihnen Sachen aufschreiben und Sie sie dann ohne Pausen aufzählen, was wir alles im Verkehrsentwicklungsplan nicht gemacht haben – -. Ich habe mir nur drei Stichworte aufgeschrieben, bei denen ich gedacht habe: Was, Fahrradstraßen haben wir nicht geschafft? Wir haben gerade ein paar Fahrradstraßen gebaut! Markierungen haben wir nicht gemacht, Fahrradwegweisungen haben wir nicht gemacht? Ich weiß nicht, wer das aufgeschrieben hat, man kann auch nicht alles wissen. Sie haben recht, wir haben nicht alles gemacht, was im Verkehrsentwicklungsplan steht. Da sind ja auch drei Pfade formuliert worden, und wir haben eben nicht den maximalen Pfad und das entsprechende Geld dafür zur Verfügung, aber lassen Sie uns da doch bitte versuchen, an einem Strang zu ziehen!

Wir sind uns doch einig darüber, dass wir die Innenstadt weiterentwickeln wollen. Wir sind uns doch weitgehend einig darüber, dass dem Standort Autofreiheit/Autoarmut nützt und dass der Standort trotzdem erreichbar sein muss. Warum sind denn die Mieten in Fußgängerzonen am teuersten? Weil die Geschäftsleute dort den besten Umsatz machen! Lassen Sie uns da ein bisschen beieinanderbleiben, denn das ist wirklich eine existenzielle Aufgabe. Natürlich retten wir auch damit das Weltklima nicht, aber wir müssen in Bremen unseren Beitrag dazu leisten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe das große Glück, dass ich sowohl für Verkehr als auch für Stadtentwicklung zuständig bin und kann also auch beide Themen hier bearbeiten. Was ich als Zugereister, solange ich schon hier in Bremen lebe – und das sind quasi 40 Jahre – an Bremen nie verstanden habe, ist, dass diese wunderbare Innenstadt immer, sage ich einmal, schlechtgeredet wird.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir haben so viele Alleinstellungsmerkmale dieser Stadt, wofür uns andere wirklich enorm loben und worüber sie glücklich wären, wenn sie das hätten. Ob es der Roland ist, ob es die Böttcherstraße ist, ob die Schlachte oder der Marktplatz: Es kommen oder es kamen Millionen von Menschen im Jahr hier nach Bremen, um diese wunderbare kleine Stadt zu sehen, und natürlich stelle ich mir da auch die Frage, warum denn von diesen Millionen, die in dieser Stadt waren, so wenige eingekauft haben. Die Menschen waren ja da, aber sie haben irgendwie nicht den Weg in die Geschäfte gefunden.

Wenn man jetzt über die Entwicklung der Innenstadt redet, muss man ehrlicherweise auch einmal konstatieren, dass jeder irgendwo auch Täter ist. Es geht nicht immer nur um Täter und Opfer. Es gibt nicht immer die, die es klug wissen und die, die keine Ahnung haben, auch die CDU nicht, Herr Eckhoff, denn die Waterfront haben Sie zu verantworten, das war auch ein riesiger Sargnagel für die Entwicklung der Innenstadt, und den Fehler haben Sie gemacht, so wie jeder einmal Fehler macht.

(Beifall DIE LINKE – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Völliger Schwachsinn!)

Wenn die Handelskammer auf uns schimpft, muss man leider feststellen, dass sie auch ein Teil des Problems ist, denn sie hat es auch in Jahrzehnten nicht geschafft, ihren Handel zu entwickeln, sondern durch zu hohe Mieten den unternehmerischen Handel letztendlich vertrieben und nur aus Profitgier – wer am meisten zahlt, kommt hinein! – die Filialisten in diese Stadt hineingebracht, die uns heute auch auf die Füße fallen. Insofern ist es mir zu einfach, das immer nur in Schwarz und Weiß oder in Schwarz und Rot zu sehen, nein, jeder hat irgendwo ein Stück Schuld auf sich geladen.

Wenn man das einmal für sich begriffen hat, bin ich Herr Saxe auch ein Stück weit nahe und sage: Nun lassen Sie uns doch endlich einmal zusammen diese Stadt entwickeln, weil wir es wollen und weil sie Potenzial hat und weil wir das auch können, und dann gibt es Konzepte, über die kann man ja reden. Nun ist es leider so, dass der Autoverkehr nicht die Zukunft hat, denn wenn es so wäre, es ist ja alles in dieser Stadt so wunderbar gelaufen in den Sechzigerjahren – -. Bremen ist heute noch eine sehr autofreundliche Stadt, und trotzdem haben wir die Probleme, also kann das nicht die Lösung sein. Also muss es andere Lösungen geben, also muss Attraktivität geschaffen werden, und Attraktivität schafft man durch gute Läden. Frau Wischhusen fährt nach Hamburg und kauft ein.

(Abgeordnete Lencke Wischhusen [FDP]: Was erzählen Sie denn da, Herr Schumann?)

Na, die Gucci-Treter gibt es hier in Bremen ja nicht! Insofern muss das schon Am Wall sein, nein, Neuer Wall heißt das dann in Hamburg! Das heißt also, viele Leute gehen eben woanders einkaufen.

Wir müssen eben den Mix, den Branchenmix, wir müssen Attraktionen im Handel schaffen. Wir müssen die Gastronomie verbessern, wir müssen Aufenthalte schaffen, die diese Stadt liebenswert machen. Vom Grund her hat sie das, eigentlich hat sie das, wir müssen nur einmal an ein paar Stellschrauben drehen, und dann bin ich auch der Meinung, dass die Innenstadt Bremen auch aus ihren grauen Wolken herauskommt und wieder so richtig scheint wie ein Juwel, wie sie es eigentlich vom Grundsatz her auch ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednern machen! Wir haben viel gehört über New York, Rio, Tokio, insbesondere von der Senatorin, ich möchte allerdings feststellen, das meiste dieser Städte lässt sich nicht mit Bremen vergleichen. Das ist ja völliger Quatsch! Vorgestern habe ich von Herrn Saxe gelesen: Toronto! Da hatte ich nun selbst das große Vergnügen, vor der Coronazeit in einem Jahr, glaube ich, neunmal dagewesen zu sein – also mein persönlicher CO₂-Fußabdruck war eine Katastrophe –, aber die Stadt –. Wenn man aus vier, fünf Spuren eine für den Fahrradverkehr herauslöst, ist es eine andere Situation, als wir sie hier in Bremen zum Beispiel vorfinden, genauso in New York et cetera. Die meisten kennen das, glaube ich, selbst.

Das, was aber am meisten hier gelobt wurde und am ehesten vergleichbar ist, ist Münster. Herr Saxe, weil Sie die Frage gestellt haben: Was kann eigentlich die CDU? Wer regiert denn in Münster? Die CDU! CDU-geführt, seit Jahren, einen vernünftigen Fahrradverkehr organisiert, so werden wir das hier auch machen, lieber Herr Saxe.

(Beifall CDU)

Um einmal ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen zu finden, darum geht es uns ja: Wir möchten, dass

die Leute gut mit allen Verkehrsmitteln in die Innenstadt kommen. Was ist denn eigentlich Ihr Problem? Ihr eigentliches Problem ist, dass Sie seit 14 Jahren – also auch zwölf Jahre vor Corona – hier die Verantwortung haben und im Endeffekt für andere Verkehrsarten viel zu wenig gemacht haben und viel zu langsam waren. Das ist Ihr Problem!

(Beifall CDU)

Wir haben über die Linie 1 gesprochen, wir haben über die Linie 8 gesprochen. Wo sind denn zusätzliche Park-and-Ride-Plätze und so weiter? Jetzt merken Sie: Ach ja, wir tragen ja schon so viele Jahre hier die Verantwortung, und nun kommt das Thema mit dem Klima völlig überraschend. Das wirft man uns auf Bundesebene ja immer vor, aber in Bremen trifft es Sie ja. Vor diesem Hintergrund meinen Sie jetzt, Sie müssen sofort auf die Panikmaßnahmen reagieren, und das ist einfach falsch.

Diese fünf Monate Vorziehen Am Wall bringen überhaupt nichts, und deshalb mache ich für heute einen konkreten Vorschlag: Lassen Sie dies, Frau Bürgermeisterin jetzt in der Weihnachtszeit so laufen mit zwei Spuren, wie es ist! In dieser Zeit setzen wir uns alle zusammen, machen uns Gedanken, wie man insgesamt ein vernünftiges Konzept für den Wall, für die Martinistraße machen kann. Wir sind übrigens auch bereit, mit Ihnen zusammen – eigentlich mehr mit der SPD von der Thematik! – eine Entscheidung zur Martinistraße zu treffen. Wir können das auch ohne diese Holzbauten und diese Kreide auf den Straßen. Wir sind dazu in der Lage.

(Beifall CDU)

Wir können uns unterhalten, wie die Bürgermeister-Smidt-Straße auch vernünftig zurückgebaut wird, weil sie überdimensioniert ist, wo wir einen vernünftigen Übergang in das Stephaniviertel haben wollen. Sie zitieren ja schon aus unserem Papier. Wir sind bereit, das mit Ihnen gemeinsam und mit der Koalition umzusetzen. Wir möchten gern, das können wir dann alles im nächsten Frühjahr vernünftig –. Dann machen wir das mit einem Zeit- und Maßnahmenplan. Vielleicht bekommen wir dann auch die Fahrradbrücken etwas schneller hin. Ich dachte, groß angekündigt im Koalitionsvertrag, dass diese Fahrradbrücken wenigstens den Grundstein vor der nächsten Wahl hinbekommen, aber die Erwartungen waren zu hochgeschraubt, wie ich jetzt aus den Konzepten lese, wahrscheinlich ja doch erst 2025 oder 2026!

Sie versuchen immer, viele Sonntagsreden zu halten und nichts Konkretes zu beschließen. Wir reichen Ihnen die Hand. Wir möchten, dass die Innenstadt vernünftig für alle Beteiligten erreichbar ist, schnell erreichbar ist, dass es ein interessantes Angebot für den ÖPNV, für die Fußgänger und für die Fahrradfahrer gibt, und auch, lieber Herr Schumann, das Auto ist nicht völlig weg. Die Antriebsart wird sich ändern, aber trotzdem wird es natürlich auch noch immer ein paar Autofahrer geben, die auch in die Innenstadt kommen wollen, und vor diesem Hintergrund ist das ein schwieriger Prozess. Den würden wir auch mit Ihnen gemeinsam organisieren wollen, liebe Frau Bürgermeisterin und liebe Koalition, aber für den Moment bringt diese Maßnahme überhaupt nichts, genauso wie dieser Verkehrsversuch dort auf der Martinstraße. Machen Sie lieber eine vernünftige Simulation!

Ich meine, jetzt haben Sie eine Einbahnstraße, und die Leute halten sich gar nicht daran. Ich stand da heute Mittag noch einmal, von einer Einbahnstraße ist da nichts zu merken. Sie fahren weiter in beide Richtungen, gestern bei „buten un binnen“ konnte man es sehen. Sie nehmen die Leute nicht mit. Sie fördern mit solchen Maßnahmen Anarchie, und das wollen wir doch nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir möchten doch die Menschen mitnehmen. Vor diesem Hintergrund hätte dann die Debatte, wenn wir das gemeinsam verabreden könnten, schon eine ganze Menge erreicht. Wir sind dazu bereit. Wir wollen vor dem Hintergrund des Klimawandels, lieber Herr Saxe, gemeinsam –. Deshalb arbeiten auch alle in der Enquetekommission für Klimaschutz so engagiert mit unter der Leitung des Kollegen Michalik, weil wir das Problem, glaube ich, alle erkannt haben.

Wir können uns auf jeder Ebene gegenseitig auch Verfehlungen und Versäumnisse vorhalten, da können wir uns alle an die eigene Nase fassen, aber wir wollen es in der Zukunft besser machen, und besser macht man es nur, wenn man die Menschen mitnimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist hiermit geschlossen.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Anträge auf Schulrückstellung zum Schuljahr 2021/2022

Anfrage der Abgeordneten Petra Krümpfer, Gönül Bredehorst, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD

vom 30. Juni 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge auf Schulrückstellung wurden in Bremen zum Schuljahr 2021/2022 gestellt und wie viele auf Grundlage eines fachärztlichen Gutachtens positiv beschieden?
2. Wie hat sich die Zahl der Schulrückstellungen absolut und prozentual in den vergangenen fünf Jahren entwickelt, und sind in diesem Jahr signifikante Veränderungen zu den Vorjahren festzustellen?
3. Wie wirkt sich dies auf den Bedarf an Kitaplätzen aus, und welche Vorkehrungen hat der Senat getroffen, um diese Kinder – in der Kita oder in der Schule – aufzufangen und gegebenenfalls intensiver zu begleiten?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Für das Schuljahr 2021/2022 wurden 253 Anträge auf Schulrückstellung gestellt, wovon bisher 249 Anträge auf Rückstellung positiv beschieden wurden. Das bedeutet, 5,1 Prozent der schulpflichtigen einzuschulenden Kinder wurden vom Schulbesuch zurückgestellt.

Zu Frage 2: Anzahl und Anteil der Rückstellungen haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht: von 122 beziehungsweise 2,7 Prozent der Kinder in 2017/2018 auf vorläufig 249 beziehungsweise 5,1 Prozent in 2021/2022 der nach § 53 Absatz 1 Satz 1 Bremisches Schulgesetz schulpflichtigen Kinder. Der Anstieg in diesem Jahr entspricht absolut in etwa dem Anstieg der Vorjahre. Die Zah-

len steigen seit 2017/2018 um etwa 30 bis 40 Rückstellungen pro Jahr bei ab 2018/2019 steigenden Einschulungen von schulpflichtigen Kindern an.

Zu Frage 3: Kinder, die von der Schule für ein Jahr zurückgestellt werden, werden für ein weiteres Jahr in der Kita betreut. Dies ist in die Planungen für den Kitausbau einberechnet. Kinder, die aufgrund eines schulärztlichen Gutachtens von der Einschulung zurückgestellt werden, erhalten neben der für sie angemessenen und vorgesehen Förderung und Unterstützung in der Kita ein weiteres Jahr zusätzliche Sprachförderung. Diese Kinder müssen nicht erneut am Primo-Sprachtest teilnehmen, sondern erhalten automatisch weiterhin Sprachförderung auf Grundlage von § 36 des Bremischen Schulgesetzes. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Gibt es Überlegungen, inwieweit die Rückstellungen prozentual reduziert werden können?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Da die Rückstellungen ja aufgrund von Einzelfalluntersuchungen auch mit ärztlichen Gutachten unterlegt sind, gehen wir davon aus, dass es tatsächlich Einzelfallentscheidungen sind, die zunächst einmal Veranlassungen dafür treffen, die erforderliche Planung bei der Kita zu berücksichtigen, damit diese Kinder in der Kita weiter betreut werden können.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Petra Krümpfer (SPD): Können Sie uns – entweder in der Deputation oder im Unterausschuss – ausführen, in welchen Stadtteilen die Kinder von Rückstellungen betroffen sind?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Das kann ich Ihnen nicht aus dem Kopf sagen, das reichen wir selbstverständlich gern nach.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Bevor ich die zweite Anfrage aufrufe, möchte ich die Gelegenheit nutzen, unsere ehemalige Kollegin Frau Rosenkötter herzlich auf der Tribüne zu begrüßen! Schön, dass Sie da sind!

(Beifall)

Anfrage 2: Wann wird der Schutzstreifen für Radfahrerinnen und Radfahrer in der Gastfeldstraße endlich erneuert?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Thore Schäck, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 30. Juni 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhler (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Wann werden die Markierungen des Schutzstreifens für Radfahrerinnen und Radfahrer in der Gastfeldstraße erneuert?

2. Laut Protokoll der Fragestunde aus dem Mai 2020 ist von einer „Erneuerung bis 2021 auszugehen“. Warum ist die Erneuerung des Schutzstreifens bis heute nicht umgesetzt worden?

3. Welche Maßnahmen ergreift der Senat zukünftig, damit sichergestellt wird, dass Erneuerungsarbeiten von Fahrbahnmarkierungen sich nicht über Jahre hinwegziehen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer (SPD): Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Bestand der vorhandenen abgängigen Markierung in der Gastfeldstraße ist vom ASV bereits aufgenommen. Formale verkehrsunsichere Zustände liegen nicht vor, dennoch ist es ein Zustand, der aus Sicht der Radfahrer:innen als unzureichend angesehen werden kann. Es ist geplant, dass die Markierung noch im Jahr 2021 erneuert wird.

Zu Frage 2: Zurzeit ist das ASV in Abstimmung bezüglich der Aktualität der Betriebspläne, um diese auf die verkehrlichen Belange abzustimmen und alles Weitere zu veranlassen.

Zu Frage 3: Das ASV hält die Verkehrssicherheit, auch in Bezug auf Fahrbahnmarkierungen, aufrecht. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden

Haushaltsmittel ist das ASV zudem bestrebt, diesbezüglich vorbeugende Maßnahmen zur Verbesserung einzuleiten. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Seit wann ist dem ASV denn die Abgängigkeit dieser Schutzstreifen bekannt gewesen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das kann ich Ihnen jetzt nicht beantworten, aber das liefere ich Ihnen gern nach, beziehungsweise wir können das dann gern bilateral noch einmal klären. Die Frage hätten Sie mir vielleicht auch vorher stellen können, dann hätte ich das schon für Sie recherchiert.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Es muss ja mindestens im Mai 2020 schon bekannt gewesen sein, wo ich die Frage schon einmal in ähnlicher Weise gestellt hatte. Mich interessiert aber: Wie bewerten Sie denn diese Schutzstreifen für die Sicherheit von Radfahrerinnen, und ist es bei der ganzen Morbidität von Radfahrerinfrasturktur nicht ein Zeichen, wenn man das hier auch so mardode sein lässt?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Dr. Buhlert, erst einmal dazu, wie ich die Schutzstreifen generell bewerte! Wenn wir uns anschauen, wie eng zum Teil Bürgersteige und Fahrradwege beieinander sind, das ist ja die Debatte, warum wir im Übrigen Radpremiumrouten und „Protected Bike Lanes“ wollen, damit alle wieder ein bisschen mehr Platz haben, dann ist das eine Möglichkeit, das will ich wirklich sagen, um für die Fahrradfahrenden etwas zu tun.

Warum sind sie nicht immer in einem guten Zustand? Hauptsächlich hat das immer etwas mit der Finanzierung zu tun. Sie kennen das: Man muss es dann eben auch regelmäßig erneuern, das kostet Geld und hängt vom Haushalt ab. Deswegen gibt es eine Prioritätenliste, und so verfährt das Amt für Straßen und Verkehr.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie weitere eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Ich verstehe das, ich denke nur – und da frage ich Sie: Wenn man so etwas einrichtet, unterstützt das ja im

Prinzip die Straßenverkehrsordnung darin, dass innerorts 1,5 Meter Abstand zu Radfahrern gehalten werden müssen, dass dann auch diese Wirkung erhalten werden muss, indem man die Prioritäten entsprechend setzt. Teilen Sie das?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Das teile ich, absolut! Die 1,5 Meter haben wir ja schon lange gefordert, jetzt sind Sie umgesetzt in der Straßenverkehrsordnung – also das, was für uns alle jetzt 1,5 Meter Coronahygieneabstand wirklich im Kopf ist –, das ist ja eine schon lange bestehende Forderung, dass es diesen Sicherheitsabstand zwischen Autos und Radfahrenden geben muss und dass man ihn möglichst auch gewährleisten muss. Das hängt manchmal auch von der Straßenbreite ab, das wissen Sie auch. Deswegen noch einmal: Ich teile die Auffassung, wenn man diese Radspuren hat, dass wir auch für die Sicherheit der Radfahrenden zu sorgen haben und dass sich das dann auch in Prioritätenlisten widerspiegeln muss, wenn es um die Erneuerung geht.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Unterstützung von Migrantenorganisationen in der Stadtgemeinde Bremen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Juli 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Seit wann ist Bremen ein Standort der „Houses of Resources“, und in welcher Trägerschaft liegt das Projekt?
2. Welche Maßnahmen und Angebote werden im Rahmen des Projekts für Migrantenorganisationen in Bremen angeboten, und wie wird das Projekt bislang angenommen?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, das Angebot noch bekannter zu machen, um bürgerschaftliches Engagement und Teilhabeprozesse in migrantischen Communities zu stärken?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Verein Toleranz, Jugend und Verständigung e. V. ist Träger des Projekts House of Resources in Bremen (HOR), der das Projekt seit dem 1. Januar 2021 umsetzt. Die Ansiedlung des Projekts ist in den Räumlichkeiten des Kulturzentrums Lagerhaus, Bereich Migration.

Zu Frage 2: Das Programm unterstützt Migrantinnen- und Migrantenorganisationen, aber auch andere integrativ wirkende Organisationen und Ehrenamtliche in ihrer Arbeit auf lokaler Ebene. In diesem Projekt erhalten Migrantinnen- und Migrantenorganisationen flexible Unterstützung in Form von Beratung, Räumen zur Nutzung oder finanzielle Mittel durch die Förderung von Mikroprojekten. Zudem wird die Vernetzung untereinander gestärkt und werden lokal nachhaltige Strukturen für zivilgesellschaftliches Engagement geschaffen. Das Angebot des HOR wird bisher gut angenommen. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 4: Unterricht draußen, in allen Fächern, bei jedem Wetter, an jedem Tag: Die Oberschule Sebaldsbrück geht neue Wege
Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Jan Saffe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den seit dem Frühjahr dieses Jahres gestarteten pädagogischen Ansatz an der Oberschule Sebaldsbrück, an der der fünfte Jahrgang weitgehend komplett und weitere Jahrgänge zu bestimmten Zeiten bis zum Ende des Schuljahres auf dem Gelände der ehemaligen Galopprennbahn unterrichtet werden?

2. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, dass die Schule dieses Schulkonzept auch über die zwei Jahre, für die sie derzeit ein Sondernutzungsrecht auf dem Gelände der ehemaligen Galopprennbahn hat, fortführen und verstetigen kann?

3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat grundsätzlich, wenn Schulen sich in Bremen vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Coronapandemie, aber auch allgemein, auf den Weg machen wollen, solche oder ähnliche neue Wege zu gehen, und in welcher Form unterstützt er sie dabei?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat bewertet den pädagogischen Ansatz sehr positiv. In den letzten Jahren konnten Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer bereits im Rahmen von Projekten und Wandertagen in den verschiedenen Klassenstufen erste Erfahrungen sammeln. Die Zeit auf dem Gelände wurde von allen Beteiligten als äußerst positiv und gewinnbringend bewertet.

Es ist festzustellen, dass der Ansatz allen Beteiligten sehr zugutekommt. Dies gilt insbesondere für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die sich in einer klassischen Beschulungssituation mitunter schwertun. Diese Gruppe profitiert besonders von der abwechslungsreichen und interaktiven Beschulung. Hier ist die Mischung von Anspannung und Entspannung besonders gut zu erreichen.

Im kommenden Schuljahr wird die Schule das pädagogische Konzept noch weiterentwickeln und dies gemeinsam mit der senatorischen Behörde abstimmen.

Zu Frage 2: Grundsätzlich hängt die Entscheidung der weiteren Nutzung von der Fortschreibung des entsprechenden Ortsgesetzes ab. Weiterhin hat der Runde Tisch „Galopprennbahn“ in einem Beteiligungsprozess einen Vorschlag für die aktuelle Nutzung des Areals erstellt. Dieser Runde Tisch ist mit Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten senatorischen Ressorts, der lokalen Wirtschaft, der Bürgerinitiative, Vertreterinnen und Vertretern der lokalen politischen Repräsentanten und der Ortsämter sowie weiterer Interessenverbände und Initiativen besetzt.

Aufgrund der Vielzahl der beteiligten Akteure und ihrer jeweiligen Interessen ist eine seriöse Aussage über die langfristige Nutzung des Geländes zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Zu Frage 3: Unterrichtskonzepte, die den handlungsorientierten Ansatz in den Fokus rücken, sind zu begrüßen. Das gilt sowohl für Grundschulen als auch für die weiterführenden Schulen. Dabei können Projektwochen oder auch Projektphasen, wie sie die Oberschule Sebaldsbrück umsetzt, eine äußerst sinnvolle Ergänzung beziehungsweise Unterstützung des Regelunterrichts sein.

Die Unterstützung durch die Senatorin für Kinder und Bildung ist auf vielfältige Weise gesichert. Insbesondere die Schulaufsicht kann solche Vorhaben koordinieren und beratend begleiten. Weiterhin können Schulen durch SKB im Hinblick auf die Erfüllung der verbindlich geltenden Stundentafeln und die Einhaltung der Bildungspläne durch das dortige Referat 21 sowie fachlich durch die jeweiligen Fachberaterinnen und -berater unterstützt und beraten werden. Dies geschieht in der Regel in enger Kooperation mit der Schulaufsicht.

Weitere Unterstützungsangebote bietet das Landesinstitut für Schule. Hier wäre beispielsweise die Agentur Schulentwicklung zu nennen, welche in Fragen zur Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie zu weiteren Themen begleitend berät.

Darüber hinaus sind die begleitenden Evaluationen durch das Referat 20 und/oder auch die Universität sehr gut vorstellbar und im Falle der Oberschule Sebaldsbrück auch schon konkret in der Planung. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich freue mich zu hören, dass der Senat so ein Unterrichtskonzept, das ja die Freiräume, die Schulen haben, ausnutzt, begrüßt, und Sie haben angesprochen, dass das Fortbestehen jetzt noch von den Ergebnissen des runden Tisches zur Galopprennbahn abhängt. Können Sie denn zusichern, dass der Senat sich dafür einsetzen wird, dass dieses innovative Unterrichtskonzept der Oberschule Sebaldsbrück auf der Galopprennbahn auch darüber hinaus fortbestehen kann?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich glaube, ich kann Ihnen dazu sagen, dass daran kein Zweifel besteht, da – das haben Sie ja meiner Antwort entnehmen können – dieses Konzept sehr nachdrücklich unterstützt wird.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Junge Menschen mit Suchtproblemen
Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Ilona Osterkamp-Weber, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. Juli 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sahhanim Görgü-Philipp (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse liegen dem Senat vor, dass es während der Coronapandemie zu einer Zunahme von Drogenkonsum unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen kam beziehungsweise kommt?

2. Verzeichnete die Escape-Ambulanz für junge Menschen mit Suchtproblemen einen Anstieg an Hilfe- und Ratsuchenden, und wie lange beträgt die Wartezeit bis zu einer Beratung?

3. Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in der Escape-Ambulanz, und wie viele Stellen sind derzeit unbesetzt?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Gesicherte Daten für Bremen zum Umfang und zur Art des Drogenkonsums während der Coronapandemie bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen können erst mit Abschluss der SCHULBUS-Studie und des Epidemiologischen Suchtsurveys, ESA, geliefert werden, die in diesem Jahr in Bremen durchgeführt werden. Erste Auswertungsergebnisse der Studien werden für Sommer 2022 erwartet.

Aus dem Bremer Hilfesystem werden folgende Einschätzungen gegeben: In den Projekten der Suchtprävention des Landesinstituts für Schule ergab sich der Eindruck, dass ohnehin substanzgebrauchende Schüler:innen mehr konsumiert haben, aber kein drastischer Anstieg an Neueinsteiger:innen beim Substanzkonsum zu verzeichnen ist.

Die Ambulante Suchthilfe Bremen meldet eine deutlich steigende Beratungsnachfrage bei jungen Cannabiskonsument:innen. Außerdem gab es eine um mehr als 30 Prozent gestiegene Nachfrage an Beratungsgesprächen in der Fachstelle Medienabhängigkeit.

Auch im kinder- und jugendpsychiatrischen Bereich wurden vielfältige psychische Störungen und Belastungsreaktionen deutlich, darunter eine Zunahme von Suchtmittel- und Medienkonsum. Dies schlägt sich auch in den Anfragen bei der Jugendsuchtberatungsstelle [Esc]ape nieder.

Dass sich die Lebensqualität und die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Verlauf der Coronapandemie zunehmend verschlechtert hat und fast ein Drittel ein knappes Jahr nach Beginn der Pandemie unter psychischen Auffälligkeiten litt, belegt die sogenannte COPSY-Studie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf. Belastungen dieser Art erhöhen das Risiko für experimentellen, selbstmedikamentös intendierten Gebrauch von Suchtmitteln und Medikamenten wie Beruhigungs- und Schmerzmitteln auch bei jungen Menschen. Die Gefahr dabei ist, dass aus dem vermehrten Konsum während einer schweren Phase eine Gewohnheit wird und dadurch ein noch höheres Risiko für eine Abhängigkeit entsteht.

Eine von der Kaufmännischen Krankenkasse in Auftrag gegebene „forsa“-Umfrage zeigt eine Konsumzunahme bei Zigaretten, Alkohol und Cannabis bei 16- bis 29-Jährigen in Deutschland an. Nach aktuellen Studien des Universitätskrankenhauses Hamburg-Eppendorf und der DAK Gesundheit stieg die Nutzungsdauer von Onlinespielen und von sozialen Medien während der Pandemie und besonders während der Lockdowns deutlich und verstärkte sich auf hohem Niveau.

Zu Frage 2: Leider liegen keine konkreten Daten zur Inanspruchnahme der Jugendsuchtberatungsstelle [Esc]ape vor, da die entsprechende Geschäftsstelle im Gesundheitsamt seit einem Jahr wegen anderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Coronapandemie nur mit sehr wenigen Stunden besetzt war und daher keine statistischen Auswertungen erfolgen konnten.

Bei der Anfrage an die Beratungsstelle Jugendsuchtberatungsstelle [Esc]ape beobachten die Ärztinnen und Ärzte und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten einen Anstieg an Hilfesuchenden bezüglich Drogen- und/oder Medienmissbrauch.

Während der coronabedingten reduzierten personellen Ausstattung von [Esc]ape wurden die Jugendlichen/Familien entweder – wenn auch andere psychische Auffälligkeiten genannt wurden – in der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratungsstelle KIPSY versorgt oder an die schulbezogenen Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, ReBUZ, oder an die Ambulante Suchthilfe Bremen verwiesen. Dazu wurden kooperative Absprachen mit den beteiligten Institutionen getroffen. Die Wartezeit auf ein reguläres Erstgespräch in der KIPSY beträgt derzeit neun Wochen.

Hier wird dringender Handlungsbedarf gesehen. Das Gesundheitsressort hat im Rahmen des Corona-Kindergipfels ressortübergreifende Gespräche aufgenommen, um niedrigschwellige stadtteilbezogene Angebote zur psychischen Stärkung der Jugendlichen und eine entsprechende Finanzierungsperspektive zu entwickeln. Zu klären ist noch, ob das Gesundheitsressort Mittel aus dem bereitgestellten Budget erhalten wird.

Zu Frage 3: [Esc]ape ist aktuell mit einer halben ärztlichen Stelle und einer Vollzeitstelle Sozialpädagog:in ausgestattet. Die ärztliche Stelle ist seit Anfang dieses Jahres unbesetzt. Eine Nachbesetzung konnte im ersten Verfahren aufgrund mangelnder ärztlicher Bewerbungen nicht erfolgen. Die Stelle ist aktuell erneut ausgeschrieben mit der Option, auch einen Psychologen oder eine Psychologin einzustellen. Die Vollzeitstelle Sozialpädagog:in ist besetzt, jedoch wegen einer Weiterbildungsbeurlaubung seit Juni nicht im Dienst. Eine Vertretungskraft wurde mit Dienstbeginn zum 16. August eingestellt.

Auch bei voller Dienstbesetzung der 1,5 Stellen bleibt der Handlungsspielraum von [Esc]ape jedoch begrenzt. Deshalb wurde seitens des Ressorts die Prüfung von Möglichkeiten einer Stellenerweiterung aus Ressortmitteln zum Ausbau des Behandlungsangebots veranlasst. Außerdem setzt sich das Ressort im Rahmen des Corona-Kindergipfels für niedrigschwellige stadtteilbezogene Angebote zur psychischen Stärkung der Jugendlichen ein, unter anderem, damit aus einem gesteigerten Suchtmittelkonsum keine Abhängigkeitserkrankung wird.

Die Durchführung der SCHULBUS-Untersuchung in diesem Herbst wird die Konkretisierung der auf Suchtmittel bezogenen Datenlage bei jungen Menschen ermöglichen. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 6: Digitales Besucherleit- und Informationssystem für die Bremer Innenstadt

Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juli 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Welche Ergebnisse und Empfehlungen ergeben sich aus der seit März dieses Jahres vorliegenden Machbarkeitsstudie zu dem geplanten digitalen Besucherleit- und Informationssystem für die Bremer Innenstadt, und wie sieht die weitere Umsetzungsplanung dafür aus?

2. Welche Elemente soll dieses System beinhalten, wer soll es betreiben, wie hoch sind die Kosten dafür, und wann soll es in Betrieb gehen?

3. Wann gedenkt der Senat, die parlamentarischen Gremien mit diesem Thema zu befassen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Sven Wiebe.

Staatsrat Sven Wiebe: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ergebnisse und Empfehlungen der Machbarkeitsstudie: Trotz eines Wandels von analogen zu digitalen Informationssystemen wird noch für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren von einer notwendigen Zweigleisigkeit der Informationen ausgegangen, nämlich analog und digital. Das bestehende analoge Fußgängerleitsystem für Besucher:innen der Stadt Bremen, in den Neunzigerjahren vom Atelier Theo Ballmer mit solider Konstruktion entwickelt und seinerzeit hochwertig ausgeführt, ist mittlerweile in die Jahre gekommen und sollte modernisiert und mit digitalen Elementen punktuell ergänzt werden.

Umsetzungsplanung: Die Konkretisierung des Gesamtkonzepts erfolgt im zweiten Halbjahr 2021 in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts, Ämtern und Beiräten, insbesondere mit SWAE und SKUMS sowie dem ASV. Die WFB Wirtschaftsförderung Bremen wurde im Juli 2021 mit der Projektleitung

und der Umsetzung inklusive Durchführung der Vergabeverfahren beauftragt, finanziert aus dem Aktionsprogramm Innenstadt. Bis Ende 2022 sind in der Bremer Innenstadt eine nachhaltige Erneuerung bestehender analoger Stelen, eine Ergänzung digitaler Elemente sowie die Verbindungsmöglichkeiten zu digitalen Endgeräten der Besucherinnen und Besucher für die eigene Routenführung zu den Sehenswürdigkeiten geplant.

Zu Frage 2: Elemente: Das neue System sieht moderne digitale Welcome- und Abholpunkte vor. Displays an ausgewählten Standorten können für Veranstaltungshinweise genutzt werden. Zusätzliche WLAN-Accesspoints stärken das freie öffentliche WLAN. Fußgängerstelen sollen erneuert und mit sogenannten Digibuttons ausgestattet werden, um eine Verbindung mit den digitalen Endgeräten der Besucherinnen und Besucher für die eigene Routenführung zu den Sehenswürdigkeiten zu ermöglichen.

Kosten: Die WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH hat einen Zuwendungsbescheid für die Förderung des Projekts „(D2) Besucherinformationssystem“ aus dem Aktionsprogramm Innenstadt mit Mitteln von bis zu 500 000 Euro erhalten. Von den bewilligten Mitteln stehen 116 000 Euro im Jahr 2021 und 384 000 Euro im Jahr 2022 bereit.

Zu Frage 3: Das Projekt „Besucherinformations- und Leitsystem“ steht in der 2018 beschlossenen Tourismusstrategie 2025 im Handlungsfeld touristische Infrastruktur. Die Maßnahme steht weiterhin in der Vertiefung des Innenstadtkonzepts 2025. Mittel für die Umsetzung des Projekts für die Bremer Innenstadt wurden durch den Haushalts- und Finanzausschuss am 11. September 2020 über das Aktionsprogramm Innenstadt beschlossen. Die Konkretisierung des Gesamtkonzepts und Umsetzung erfolgt in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts, Ämtern und Beiräten. Eine weitere Befassung parlamentarischer Gremien ist derzeit nicht in der Planung. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Carsten Meyer-Heder (CDU): Sie sagten, im zweiten Halbjahr 2021, das haben wir schon, und Ausschreibungen sind erfolgt. Sind auch schon die Zuschläge erfolgt? Wissen Sie das?

Staatsrat Sven Wiebe: Das weiß ich gerade nicht, ob die Zuschläge schon erfolgt sind. Ich glaube

nicht, kann Ihnen das aber noch einmal im Nachhinein bestätigen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

**Anfrage 7: Verkehrliche Anbindung des Übergangwohnheims Wardamm
Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 7. Juli 2021**

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Wir fragen den Senat:

1. Wie lang ist der Fußweg vom Übergangwohnheim Wardamm zur nächsten Haltestelle des ÖPNV?

2. Wie viele Personen leben im Übergangwohnheim Wardamm, und wie viele davon sind Kinder im Kita- und Schulalter?

3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, das Übergangwohnheim Wardamm besser an das ÖPNV-Netz anzubinden?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Übergangwohnheim Wardamm 117 befindet sich rund 800 Meter Luftlinie von der nächsten Haltestelle „Zum Huchtinger Bahnhof“ der Linien 57/58 entfernt. Der Fußweg zur Haltestelle beträgt circa 1 000 Meter, was einer Fußwegdauer von circa 13 bis 14 Minuten entspricht.

Zu Frage 2: Im Übergangwohnheim Wardamm lebten mit Stand vom 12. Juli 2021 72 Personen, davon 15 Personen im Alter zwischen drei und 17 Jahren. Hinzu kommen noch acht Zweijährige, die in absehbarer Zeit das Kitaalter erreichen.

Zu Frage 3: Entlang des Wardamms beziehungsweise der Warturmer Heerstraße befinden sich vorwiegend Kleingärten sowie vereinzelt Gewerbebetriebe, die nur eine äußerst geringe Nachfrage ge-

nerieren. Eine Ansiedlung mehrerer Gewerbebetriebe im nördlichen Bereich der Warturmer Heerstraße wird durch die gleichnamige Haltestelle der Linie 63 erschlossen. Weiterhin ist das Nachfragepotenzial für eine Tangentiallinie zwischen den Stadtteilen Huchting und Woltmershausen vergleichsweise gering, was Nachfragemodellierungen in der Vergangenheit bereits gezeigt haben. Entsprechend gibt es aktuell für eine ÖPNV-Verbindung entlang des Wardamms keine Planungen.

Im Rahmen der Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans ist eine Angebotsoffensive vorgesehen. In Stufe fünf dieser Angebotsoffensive wird ein on-demand-Quartiersshuttle für Huchting vorgeschlagen. Mit diesem Angebot könnten die genannten Erschließungslücken geschlossen werden. Derzeit ist unklar, ob und wann diese Angebotsstufe umgesetzt werden könnte.

Aufgrund der geringen Nachfrage werden daher unter Maßgabe des wirtschaftlichen Mitteleinsatzes keine Möglichkeiten gesehen, die ÖPNV-Erschließung weiter zu verbessern. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Würden Sie sagen, dass 13 bis 14 Minuten Fußweg bis zur nächsten ÖPNV-Haltestelle üblich oder zumutbar sind?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Angestrebt sind ja maximal 600 Meter und nicht 800 Meter, wir haben aber etliche Bereiche, wo es 800 Meter sind. Das ist also insofern nicht erstrebenswert, aber auch kein Einzelfall, auch nicht üblich, das muss man auch sagen, aber es gibt verschiedene Bereiche, wo wir leider nicht die 600 Meter, gerade in der Peripherie, in den Stadtteilen einhalten können.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Wenn ich es richtig verstanden habe, handelt es sich hier aber um 1 000 Meter Fußweg. Ist das zutreffend?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau! 800 Meter Luftlinie, 1 000 Meter zu Fuß!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Würden Sie mit mir mitgehen in der Aussage, dass es sich bei den Personen des bis zu 140 Plätze umfassenden Übergangwohnheims um eine Personengruppe handelt, die eben meistens nicht über einen eigenen Pkw verfügen und die mit den 1 000 Metern Fußweg auch relativ abgeschnitten sind und zudem auch noch Fragen der Sicherheit für die Kinder für den Schulweg und auch Fragen der Sicherheit der Frauen, die dort entlanggehen, in einem sehr dunkel beleuchteten Gebiet – Kleingärten, Industrie et cetera – anfallen?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Im Moment sind es ja 72 Personen – ich habe ja die Personenanzahl vorhin genannt –, auch noch einmal differenziert im Alter, und natürlich, ich kann das gut nachvollziehen, auch Ihr Ansinnen. Deswegen ist ja die Frage: Was ist die Lösung? Für den ÖPNV und die BSAG ist aber natürlich auch eine Frage, das ist ein Unternehmen, das eigentlich schwarze Zahlen schreiben sollte. Das macht es im Moment nicht, weil wir aufgrund der Coronakrise Mindereinnahmen von 22 Millionen Euro haben, die auch erst einmal ausgeglichen werden müssen; also auch eine BSAG muss schauen, ob sich so etwas wirtschaftlich darstellt.

Ich hatte ja vorhin gesagt, es gibt ansonsten kaum weitere Nutzerinnen und Nutzer, außer denen aus dem Übergangwohnheim. Deswegen habe ich große Sympathien dafür, also ich teile alles, was Sie sagen, dass das nicht optimal ist, dass es ein langer Fußweg ist, dass es gerade in so einem nicht urbanen Gebiet gerade auch in dunklen Abendstunden eine schwierige Situation ist, aber deswegen ist es schwierig für die BSAG zu sagen, dann machen wir eine extra Linie. Dann muss das irgendwie gegenfinanziert werden.

Die BSAG kann das nicht aus eigenen Stücken. Deswegen habe ich ja darauf hingewiesen, eigentlich ist die Lösung genau für solche Fälle, wo man nicht regelmäßige Linien einführen kann, zum Beispiel einen on-demand-Shuttlebus. Das ist etwas, was wir in Lesum ja auch irgendwie eingeübt haben. Da hat sich aber herausgestellt – das war ein Altersheim –, dass er auch nicht genutzt wurde und dass es am Ende günstiger war, dann ein Taxi zu rufen, als dort Shuttlebusse einzusetzen, die dann auch nur sehr sporadisch genutzt werden.

Also, ich teile Ihre Einschätzung, ich teile, dass das nicht optimal ist, ich teile, dass das eine schwierige Situation ist, und ich teile, dass wir da Lösungen

finden müssen, aber einen Linienbusverkehr einzurichten, scheint nicht die optimale Lösung zu sein; vielleicht auch das Angebot, dass wir uns gern noch einmal zusammen mit der BSAG oder mit dem Übergangwohnheim hinsetzen, um zu schauen, was denn eine finanzierbare Lösung sein könnte!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sofia Leonidakis (DIE LINKE): Das Angebot nehme ich sehr gern an und frage jetzt auch noch einmal konkret nach: Den Antworten war ja zu entnehmen, dass in Stufe fünf ein on-demand-Shuttlebus vorgesehen ist, aber eben noch nicht klar ist, wann und wie das realisiert werden kann. Insofern fasse ich das richtig als Angebot auf, auch darüber noch einmal zu sprechen und über verschiedene Modelle wie einen Quartiersbus, einen on-demand-Shuttle oder eben einen Taxiser vice, wie auch immer, um da die verkehrliche Anbindung zu verbessern?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Genau, das fassen Sie richtig auf! Ich finde, da müssen wir mit dem Übergangwohnheim gemeinsam reden, denn es bringt nichts, wenn wir uns etwas überlegen, und sie sagen, nein, in den Stunden, wo wir irgendetwas einrichten, wird es gar nicht genutzt.

Sie haben ja auch nach den Kindern gefragt. Schul- und Kitazeiten werden ja wahrscheinlich eine Zeit sein, vielleicht dann weniger in den Abendstunden, aber das wird man dann gemeinsam eruieren müssen, um dann zu schauen, welches ist die perfekte Lösung, und die muss dann auch noch finanziert werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 8: Autoposer nerven die Bürger:innen und gefährden die Gesundheit
Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juli 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie sind die Erfahrungen mit der Kontrollgruppe Autorennen/Autoposer, und wie viele Bußgelder

und Fahrzeugstilllegungen wurden inzwischen er-
wirkt?

2. Wie werden die Beamtinnen und Beamten für
diese anwachsende Problematik geschult, und wie
ist die technische Ausrüstung?

3. Hat sich die temporäre Sperrung des Sielwalls
bewährt, sind weitere Maßnahmen geplant, und
können Bundesratsinitiativen des Senats die recht-
liche Situation verbessern helfen?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird
beantwortet von Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrte Frau Präsidentin,
meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den
Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Kontrollgruppe „Posing“ der Poli-
zei Bremen hat festgestellt, dass das Phänomen Po-
sing vorwiegend in den Sommermonaten auftritt.
Im Jahr 2020 führten insbesondere auch die pande-
miebedingt geschlossenen Lokalitäten sowie das
insgesamt weitestgehend ruhende öffentliche Le-
ben zu einem Rückgang der Fallzahlen. Seit Ein-
führung der Kontrollgruppe im Jahr 2019 wurden
insgesamt 148 Bußgeldverfahren eingeleitet, da-
von 46 im Jahr 2019, 37 im Jahr 2020 und 65, mit
Stand Juni, im Jahr 2021.

Insgesamt wurde in 16 Fällen die Weiterfahrt un-
tersagt. Zwei Sicherstellungen manipulierter Fahr-
zeuge erfolgten durch die Kontrollgruppe „Posing“
erstmalig in diesem Jahr.

Zu Frage 2: Mitarbeitende der Kontrollgruppe „Po-
sing“ erhalten eine Spezialschulung an der Polizei-
akademie Hessen. Neben polizeilichen Aus- und
Fortbildungsmaßnahmen erfolgen Weiterbildun-
gen der Mitarbeitenden in Kooperation mit hiesi-
gen Überwachungsorganisationen wie TÜV Nord
und Dekra. Neue Mitarbeitende erhalten zudem
eine interne Schulung.

Für die Mitarbeitenden im Einsatz- und Revier-
dienst sowie die der Einsatzzüge in der Bereit-
schaftspolizei bietet die Verkehrsüberwachung
Schulungsveranstaltungen zu technischen Mani-
pulationen und zur Bekämpfung aggressiver Ver-
haltensweisen im Straßenverkehr an. Darüber hin-
aus werden von der Verkehrsüberwachung der Po-
lizei Bremen zusätzliche Seminare zum Erwerb und
Erhalt einer Messberechtigung für das Laserhand-
messgerät angeboten.

Die Kontrollgruppe „Posing“ verfügt über zwei zi-
vile Einsatzfahrzeuge. Ein Fahrzeug ist mit entspre-
chender Videomesstechnik ausgerüstet. Dieses
kann ausschließlich von dafür ausgebildeten Mit-
arbeitenden eingesetzt werden. Die Fahrzeuge
sind entsprechend motorisiert. Zusätzlich verfügt
die Kontrollgruppe „Posing“ über sogenannte Ac-
tionkameras, die das Verkehrsverhalten aufzeich-
nen können. Zusätzlich ist jedes Fahrzeug mit ei-
nem kalibrierten Schallpegelmessgerät und be-
leuchtetem Hohlraumunterbodenspiegel ausge-
stattet.

Zu Frage 3: Die Sperrung der Sielwallkreuzung
wurde vom Amt für Straßen und Verkehr am
24. Juni 2021 angeordnet. Erste Erfahrungen ha-
ben gezeigt, dass allein die Anordnung von Ver-
kehrszeichen nicht zu einer Veränderung des Ver-
kehrsverhaltens führte. Kraftfahrzeugführerinnen
und -führer haben das Verbot der Einfahrt entwe-
der nicht wahrgenommen oder ignoriert. Aus die-
sem Grund wurden zusätzliche Maßnahmen zu-
nächst durch die Polizei Bremen getroffen. Mit po-
lizeilichen Einsatzmitteln wurden ab dem Gel-
tungsbereich der Verkehrszeichen Sperren einge-
richtet. Die Kontrollstellen wurden durch Polizei-
beamtinnen und -beamten besetzt. Durch diese zu-
sätzlichen Maßnahmen ist es gelungen, die Siel-
wallkreuzung frei zu halten und das Verbot der
Einfahrt durchzusetzen. Da diese Maßnahme zu-
sätzliche Kräfte der Polizei Bremen gebunden hat,
die dann in anderen Einsatzbereichen fehlten,
wurde die Aufgabe der Firma elko & Werder
Security GmbH übertragen.

Trotz intensiver medialer Berichterstattung scheint
das Durchfahrverbot noch immer nicht flächende-
ckend bekannt zu sein. Deshalb wurden und wer-
den durch die Polizeikräfte weiterhin Aufklärungs-
gespräche zur neuen Verkehrssituation geführt.
Das Beschwerdeaufkommen für die Monate Juni
und Juli kann als erhöht beschrieben werden. Dies
bezieht sich insbesondere auf die Ausweichver-
kehr. Ob sich das Verkehrsaufkommen im Stein-
tor- beziehungsweise Ostertorviertel durch die
Sperrung tatsächlich reduziert hat, kann nicht be-
antwortet werden, da keine Zahlen zur vorherigen
Verkehrsfrequenz vorliegen. Nach erster
Einschätzung und Bewertung der dort regelmäßig
eingesetzten Polizeikräfte hat die Sperrung jedoch
insgesamt zu keiner wesentlichen Reduzierung des
motorisierten Individualverkehrs geführt.

Zum Erfolg der ergriffenen Maßnahmen kann auf-
grund der kurzen Zeitdauer noch keine belastbare

Aussage getroffen werden. Die Vorgänge im Bereich der Sperrung werden im Rahmen eines Monitorings erfasst. Über die Ergebnisse kann zu einem späteren Zeitpunkt berichtet werden.

Das Posinggeschehen hat sich aufgrund der Sperrung verstärkt auf den Osterdeich, die Schlachte, den Innenstadtbereich und die Überseestadt verlagert. Die Polizei Bremen hat dies zur Kenntnis genommen und ihre Maßnahmen in diesem Phänomenbereich entsprechend verlagert.

Bundesratsinitiativen, die sich auf die Eindämmung des zugrunde liegenden Phänomens positiv auswirken könnten, werden unterstützt. Hierzu könnte eine Initiative zur Reduzierung von Verkehrslärm beitragen, aber auch eine Altersgrenze für das Ausleihen von Sportwagen. Auf eine Erhöhung der Bußgelder für unter anderem unnützes Hin- und Herfahren wird gewartet. Eine Änderung der Bußgeldkatalog-Verordnung ist noch für dieses Jahr zu erwarten.

Die Polizei Bremen startet im Monat September mit dem Ausstellen von Unterlassungsverfügungen. Mit diesen Verfügungen wird Kraftfahrzeugführerinnen und -führern bei mehrfach wiederholten Belästigungen anderer durch unnützes Hin- und Herfahren in einem bestimmten Zeitraum ein Zwangsgeld auferlegt, das deutlich höher als das Verwarnungsgeld angesetzt wird. – So weit die sehr ausführliche Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ich begrüße diese sehr ausführliche Antwort des Senats, was zeigt, dass der Senat auch zu Recht verstanden hat, dass Verkehrslärm auch gesundheitsschädlich und sogar tödlich sein kann. Trügt trotzdem mein Eindruck, wenn ich nach Hamburg oder Mannheim sehe, dass andere Städte weiter sind, und befinden Sie sich im Austausch mit ihnen?

Staatsrat Olaf Bull: Am Beispiel der sogenannten Unterlassungsverfügung zeigt sich, dass Hamburg weiter ist, insofern muss ich Ihnen zur Hälfte recht geben.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Gibt es Hinweise zu weiteren Hotspots in Bremen, also wo tummeln sich die Raser und Raserinnen und Poser und Poserinnen? Haben Sie das identifizieren können? Meine zweite Frage lautet: So ein bisschen höre ich bei Ihnen heraus, dass Sie skeptisch sind, dass das nach ersten Eindrücken am Sielwall richtig etwas gebracht hat, und Sie haben auch dargelegt, dass es eher zu Verlagerungen geführt hat, als zu einer Lösung des Problems. Ist mein Eindruck richtig?

Staatsrat Olaf Bull: Ich fange von hinten an: Hinsichtlich des Sielwalls ist Skepsis angebracht wegen der Verlagerung. Zu Ihrer zweiten Frage: Ja, ein weiterer Hotspot scheint sich in Osterholz-Tenever zu etablieren, wo wir auch aus den Reihen von Ihnen weitere Hinweise aufnehmen mussten.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Damit meint er uns!)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, zu der Bundesratsinitiative! Sie haben gesagt, Sie würden das unterstützen. Wenn Sie und auch die Senatorin für Mobilität, die ja erfreulicherweise jetzt auch noch im Raum sitzt, der Meinung sind, dass der Verkehrslärm gerade durch unsachgemäßes Fahren von Fahrzeugen, die eigentlich zugelassen sind, einfach zu hoch und gesundheitsschädlich ist, können Sie sich vorstellen, zusammen mit dem Ressort für Mobilität proaktiv Bundesratsinitiativen zu ergreifen, wenn Sie die Gefahr schon erkannt haben?

Staatsrat Olaf Bull: Der Innensenator und die Senatorin können sich das sehr gut vorstellen. Das ist ein schwieriges Unterfangen bei diesen Lärmesswerten. Man muss auch immer bedenken, dass es da eine hohe Anzahl an Personen gibt, die auch eine Besitzstandswahrung für sich beanspruchen können. Eine Initiative ist aber sehr gut vorstellbar.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn jetzt eine Bürgerin oder ein Bürger auf so ein deutlich zu lautes Auto trifft und sich die Ohren zuhält und davon genervt ist, was kann so ein Bürger oder so eine Bürgerin machen?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Steine werfen!)

Wenn die Auffassung besteht, es handelt sich hier um ein grob verkehrgefährdendes Verhalten, kann man dann mit der Nummer zum Polizeirevier gehen und sagen, schauen Sie sich das einmal an?

Staatsrat Olaf Bull: Herr Abgeordneter, ich empfehle, es so zu tun, wie der Abgeordnete Güngör, der am vergangenen Freitag die 362-0 gewählt hat,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Verfolgen!)

und ich bin gerade dabei, nachzuhalten, was aus der Beschwerde geworden ist.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie ermutigen aber durchaus auch Bürgerinnen und Bürger, das dann zu tun?

Staatsrat Olaf Bull: Abgeordnete auch!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Kevin Lenkeit. – Bitte sehr!

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Auch von mir vielen Dank für die sehr umfangreiche Beantwortung der Anfrage! Sie haben die Hotspots angesprochen, und Sie haben eben noch weiter ausgeführt, dass sich auch neue Hotspots durch Verdrängung bilden. Wäre es möglich, dass das Ressort uns vielleicht einmal eine Übersicht gibt, wo die Kontrollgruppe in den vergangenen 18 bis 24 Monaten diese Kontrollen durchgeführt hat, denn als Bewohner aus Bremen-Nord, aus dem Bremer Norden in Hörweite der Bremerhavener Heerstraße weiß ich, dass das wahrscheinlich ein Problem ist, dass alle Stadtteile, vielleicht nicht in der gleichen Intensität, befasst, aber dass das in allen Stadtteilen eine Problemstellung ist. Deshalb wäre es ganz gut, wenn Sie vielleicht in der nächsten Sitzung der Innendeputation einmal eine Tabelle vorlegen könnten, in welchen Stadtteilen die Kontrollgruppe kontrolliert hat und wo vielleicht einfach normale Zivilstreifen beziehungsweise normale Funkstreifenwagen auch Kontrollen von Autos durchgeführt haben, die sich komisch anhörten.

Staatsrat Olaf Bull: Wenn ich zu Frau Bergmann schaue, dann würde ich sagen, wir machen es in

der übernächsten Sitzung, denn die Tagesordnung ist voll. Wir legen das gern vor, und Bremen-Nord darf nicht vergessen werden. Gestern Abend hat die Polizei Bremen zwei Fahrzeuge in Bremen-Nord aufgebracht, einem Fahrzeug musste auf der Stelle wegen Tunings die Weiterfahrt untersagt werden.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 9: Elterntaxis vermeiden, Schulwegsicherheit verbessern

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. Juli 2021

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie fördert der Senat das Ziel, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler zu Fuß oder mit dem Rad zur Schule kommen, was auch förderlich für den Lernerfolg ist?
2. Warum wurde der bereits mehrfach angedachte Versuch, zum Beispiel im VEP 2025, mit Schulstraßen, bei denen es temporäre Sperrungen für den Autoverkehr vor geeigneten Schulstandorten geben soll, bisher nicht durchgeführt, und gibt es dafür Planungen?
3. Ist Tempo 30 vor allen Schulen umgesetzt, und plant der Senat weitere Maßnahmen und Kampagnen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Verkehrssicherheit ist eine Querschnittsaufgabe. Deshalb sind verschiedene Ressorts auch in Zusammenarbeit mit der Landesverkehrswacht Bremen mit dem Thema Schulweg befasst. Neben Infrastruktur und Verkehrsorganisation sind Verkehrsüberwachung sowie Mobilitäts- und Verkehrserziehung wesentliche Handlungsfelder der Verkehrssicherheitsarbeit. Der Senat teilt dabei die Auffassung der Fragestellenden, dass Kinder in die Lage versetzt werden sollen, den

Schulweg und auch andere Wege im Alltag selbstständig und zu Fuß oder mit dem Rad zurückzulegen.

Die Verkehrserziehung ist im Bildungsplan Sachunterricht der Grundschule verankert. In allen Jahrgangsstufen der Grundschule setzen sich die Kinder mit Themen auseinander, die sie zu sicheren, kompetenten und verantwortlichen Verkehrsteilnehmenden werden lassen. Die Radfahrausbildung an Schulen, die gemeinsam von der Senatorin für Kinder und Bildung und dem Senator für Inneres mit Unterstützung der Landesverkehrswacht durchgeführt wird, bildet am Ende der vierten Klasse den Abschluss einer zielgerichteten Präventionsarbeit an Schulen in Bremen.

An den Bremer Grundschulen gibt es vielfältige Aktionen, die dem Ziel dienen, „Elterntaxis“ von den Schulen fernzuhalten. Damit verbessert sich zum einen die Sicherheit der Kinder vor dem Schulgebäude, zum anderen haben die Kinder so die Möglichkeit, sich schon vor der Schule zu bewegen, sich mit anderen Kindern auf dem Weg zu unterhalten und entspannter den Tag zu beginnen.

Dazu dient auch die jährliche Aktion „Aktiv und sicher zu Schule“, bei der im Aktionszeitraum von drei Wochen Schulen Aktivitäten rund um die Verkehrserziehung, die Gesundheit und die Bewegung durchführen, um die Vorteile des Zufußgehens beziehungsweise der Fortbewegung mit dem Rad für die Kinder deutlich zu machen. Neben den vielfältigen inhaltlichen Angeboten sollen in diesem Zeitraum möglichst viele Kinder zu Fuß oder, ab der vierten Klasse, verstärkt auch mit dem Fahrrad kommen. Die überzeugendsten Aktivitäten und auch die höchsten Teilnehmerzahlen werden prämiert: Die Gewinnerschulen erhalten vom Bündnis „aber sicher!“ Fahrradhelme.

Die Polizei Bremen übernimmt in dieser Zielgruppe ebenfalls zahlreiche Maßnahmen. So werden sichere Schulwege mit der Aktion „Gelbe Füße“ begleitet, die Puppenbühne bringt schon den Kleinsten das Thema Straßenverkehr näher, und Geschwindigkeitsmessungen vor Schulen runden das Thema hier ab.

An vielen Bremer Grundschulen gibt es den Schul-express: An Fußgängerhaltstellen treffen sich die Kinder, um von dort aus gemeinsam zu Fuß zur Schule zu gehen. Zu Beginn des Schuljahres werden die Kinder dabei oft noch von Eltern auf dem Weg begleitet, bis auch die Erstklässlerinnen und

Erstklässler den Weg sicher und selbstständig gehen können.

Auf Elternabenden, besonders auf denen der neuen ersten Klassen, werden die Eltern auf die Vorteile des Zufußgehens hingewiesen. Sie erhalten Hinweise, wie sie den Weg mit ihrem Kind gemeinsam üben können. Auch die gefährlichen Situationen, die sich aus den an- und abfahrenden Autos vor den Schulen ergeben, werden thematisiert, um die Eltern für die Problematik zu sensibilisieren. Alle Eltern von Erstklässlern erhalten vor Schulbeginn eine Broschüre, die das Bündnis „aber sicher!“ in Kooperation mit dem „Weser-Kurier“ herausgibt und in der alle relevanten Informationen rund um den sicheren Schulweg zusammengefasst sind. Bei Bedarf nehmen auch Kontaktpolizistinnen und -polizisten an ersten Elternabenden teil, um auch hier zielgerichtet Präventionsarbeit zu leisten. Dennoch kommt es an vielen Schulen noch immer zu einem beträchtlichen Bring- und Holverkehr, sodass die Kontaktpolizistinnen und -polizisten auch regelmäßig vor Ort sind, um Sicherheit zu gewährleisten, zu informieren und auch ein Umdenken der Eltern zu erreichen.

Damit die Kinder lernen, sicher mit dem Rad zu fahren und die Verkehrsregeln lernen, beschäftigen sie sich im vierten Jahrgang mit der Teilnahme am Straßenverkehr als Radfahrende.

Zu Frage 2: Schulen sind diesbezüglich bisher nicht aktiv vorstellig geworden, sodass bislang noch kein geeigneter Straßenzug identifiziert wurde, auf den die rechtlichen Anordnungsvoraussetzungen zuträfen und eine temporäre Sperrung möglich ist. Ein Problem ist in der Regel, dass davon betroffene Anliegerinnen und Anlieger ihre Grundstücke nicht würden erreichen können. Zudem sind immer noch die Einschränkungen für die Anliegerinnen und Anlieger und Mehrbelastungen auf benachbarten Straßen in die Abwägung miteinzubeziehen.

Bremen aber als Vorsitzland der Verkehrsministerkonferenz wirkt darauf hin, dass mit der geplanten Fußverkehrsnovelle der Straßenverkehrsordnung Modellversuche zur Erprobung neuer Verkehrsregeln einfacher ermöglicht werden können.

Zu Frage 3: Die Streckengeschwindigkeit Tempo 30 ist vor nahezu allen Schulen umgesetzt. An zwei Schulen steht die Umsetzung noch unmittelbar bevor. Hier erfolgt derzeit die Schlussabstimmung mit der BSAG, um die Auswirkungen auf den ÖPNV zu minimieren.

Vor einer Vielzahl von Grundschulen werden durch das Präventionszentrum der Polizei Bremen in Kooperation mit ADAC und Verkehrswacht Banner zum Schuljahresbeginn aufgehängt, um Verkehrsteilnehmende für die Beachtung der Schulkinder zu sensibilisieren. Im Rahmen des in Arbeit befindlichen „Integrierten Verkehrssicherheitskonzepts“ wird auch das Thema Schulwegsicherheit bearbeitet. – So weit die, wie mir nun erscheint, auch recht ausführliche Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Erst einmal möchte ich mich bedanken. Die beiden Antworten waren ähnlich lang, und sie zeigen dann eben auch, wie ernst der Senat dieses Problem, das es dort gibt, nimmt, dass er es lösen möchte und sich dort anschaut.

Ich habe noch eine Frage zu diesen temporären Schulstraßen. Das sind ja wirklich temporäre Schulstraßen, das heißt, man sperrt nur für eine halbe Stunde, und Sie haben gesagt, es gebe keine Schulen, die sich dafür interessieren würden. Das entspricht nicht ganz meinen Informationen. Ich würde Sie, wenn Sie mögen, dann mit den Namen dieser Schulen im Nachgang noch beglücken. Ich kann schon einmal sagen, beim Baumschulenweg wird schon seit zehn Jahren versucht, eine temporäre Schulstraße zu werden, und der Schulleiter war damit auch schon im Fernsehen und hat sich dafür eingesetzt. Ich hoffe, dass Sie, weil Sie das ja positiv bewertet haben, dann diese Vorschläge, die ich Ihnen mache, wohlwollend prüfen werden.

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Herr Abgeordneter, darauf können Sie sich verlassen. In der Tat, ich glaube, das haben Sie richtig verstanden, dass die senatorische Behörde diesem Ansinnen sehr positiv gegenübersteht. Ich werde Ihnen auch anbieten, dass wir den Sachstandsbericht, den wir vom Amt für Straßen und Verkehr dazu bekommen haben, auch detailliert zur Kenntnis bringen werden. Dort ist der Baumschulenweg auch aufgeführt. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass aktuell kein Beiratsbeschluss vorliegt, die Thematik werde im Beirat aber diskutiert. Also, wir können uns dazu gern weiterhin austauschen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Herr Staatsrat, ich glaube, es wird

sich machen lassen, dass es einen Beschluss dieses Beirats dafür gibt. Ich habe noch eine Frage – ich möchte bei Ihnen da jetzt auch nicht so sehr nachfragen, weil das gar nicht Ihr Bereich ist – zum „Integrierten Verkehrssicherheitskonzept“. Derjenige, der das einmal beantragt hat, spricht gerade zu Ihnen. Wären Sie in der Lage, mir einmal mitzuteilen – es sind ja drei Ressorts, also auch das Ressort Inneres natürlich, und auch SKUMS –, wie der weitere Fortgang bei diesem „Integrierten Verkehrssicherheitskonzept“ sein wird? Wir warten ja schon ein bisschen darauf, und ganz unwichtig ist es nicht!

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Bei Ihrer Frage, die darauf abzielt zu sagen, wären Sie in der Lage, mir das zu erzählen, meinen Sie wahrscheinlich nicht jetzt. Deshalb kann ich Ihre Frage mit „sehr gern“ beantworten.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues. – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Herr Staatsrat, es ist auch für Beiräte häufig schwierig, zumindest in Verbindung mit dem Amt für Straßen und Verkehr Lösungen zu finden, um Schulwegsicherheit zu machen. Wie bewerten Sie es, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen des Beirats immer wieder von der Behörde abgelehnt werden, weil zum Beispiel die Verkehrszahlen für Zebrastreifen nicht eingehalten werden und deswegen keine Rechtfertigung, zum Beispiel für einen Zebrastreifen in Höhe einer Grundschule, eingesetzt werden kann?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass ich die Zusammenarbeit da nicht als defizitär empfinde, jedenfalls nicht zwischen der senatorischen Behörde und dem Amt für Straßen und Verkehr. Im Gegenteil, mein Kollege Meyer und ich stehen zu diesen Fragen im Austausch und hoffen, ganz, wie eben festgestellt wurde, dort auch weiter Fortschritte erzielen zu können.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Darf der Beirat sich dann noch einmal direkt an Sie wenden, um vielleicht eine Lösung für eine Grundschule in St. Magnus herzustellen?

Staatsrat Dr. Jan Stöß: Ich glaube, das ist eine Frage, die ich hier kaum verneinen könnte, also selbstverständlich gern!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 10: Barrierefreiheit – wie engagiert sind die Bremer Bäder?

Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 21. Juli 2021

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, inwieweit sich die Bremer Bäder als Schwimmorte verstehen, die Menschen mit Behinderungen die gleiche Teilhabe wie allen anderen Besucherinnen und Besuchern ermöglichen wollen und an der Umsetzung auch engagiert arbeiten?

2. Ist dem Senat bekannt, inwieweit die Bremer Bäder GmbH die Schließzeiten im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Coronapandemie für Überprüfungen hinsichtlich Sanierungsnotwendigkeiten bei der Herstellung von Barrierefreiheit genutzt hat?

3. Inwiefern arbeitet die Bremer Bäder GmbH an der Herstellung der Barrierefreiheit, und in welchem zeitlichen Rahmen soll diese realisiert werden?

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Jan Fries.

Staatsrat Jan Fries: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bäder sind wichtige Sport-, Freizeit und Begegnungsstätten, in denen jeder Mensch unabhängig von geistigen oder körperlichen Fähigkeiten oder Einschränkungen willkommen ist. Es wird großer Wert darauf gelegt, dass niemand ausgegrenzt und benachteiligt wird. Die Mitarbeitenden sind entsprechend geschult und sensibilisiert und unterstützen die Gäste bei ihrem Aufenthalt im Bad.

Unabhängig von den baulichen Gegebenheiten, die in den Bädern unterschiedlich sind, können alle Bäder auch von Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen besucht werden. Die Zugänge sind barrierefrei, es stehen Umkleidekabinen und WC-Bereiche, die auch von Rollstuhlfahrenden genutzt werden können, zur Verfügung. An den Becken des Freizeitbades Vegesack Fritz Piaskowski, des Südbades und des Westbades sind Lifter installiert. Auch die anderen Bäder sollen möglichst zeitnah entsprechend ausgestattet werden. Bis dahin sind in allen Bädern mobile Hilfsgeräte im Einsatz.

Ein Informationsblatt zur Barrierefreiheit der Bäder ist in Arbeit. In Planung ist ebenfalls die Neugestaltung der Homepage, bei der die Barrierefreiheit einen wichtigen Aspekt darstellt.

Zu Frage 2 und 3: 2017 wurde von der Bremer Bäder GmbH ein Sanierungsgutachten in Auftrag gegeben, mit welchem unter anderem die Herstellung der Barrierefreiheit untersucht wurde. Die Bremer Bäder sanieren die Bäder im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten anhand einer daraus resultierenden Prioritätenliste und nach Dringlichkeit.

Bei allen Neubauprojekten und Teilsanierungen werden die aktuellen „Richtlinien für barrierefreies Bauen in Schwimmbädern“ sowie die DIN-Normen beachtet. Zudem befindet sich die Bädergesellschaft seit vielen Jahren in einem engen Kontakt und konstruktiven Austausch mit dem Landesbehindertenbeauftragten und konnte bereits diverse Lösungsvorschläge umsetzen.

Aufgrund von baulichen Voraussetzungen – insbesondere in den alten Bädern – kann jedoch nicht mit jeder Sanierung eine Barrierefreiheit erreicht werden. So können die Bäder mitunter lediglich barrierearm beziehungsweise behindertengerecht umgestaltet werden. Trotzdem wurden in allen Bädern gute Lösungen gefunden, und alle Bäder werden von Menschen mit unterschiedlichen Einschränkungen und Handicaps genutzt.

Bei allen Sanierungsmaßnahmen wird überprüft, ob gleichzeitig Verbesserungen der Barrierefreiheit möglich sind. Das gilt auch für diejenigen Maßnahmen, die während der Coronapandemie erfolgten oder geplant wurden. So werden beispielsweise aktuell die Umkleiden im OTe-Bad erneuert und damit auch die Umkleiden für Menschen mit Behinderungen an die aktuellsten Standards angepasst. – So weit die Antwort des Senats!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Meine erste Nachfrage bezieht sich auf die Antwort 1, da sprechen Sie von einem Informationsblatt, das in Arbeit ist, und einer Neugestaltung einer Homepage. Wären Sie bereit, der Deputation einen Zeitplan vorzulegen, bis wann das absolviert werden kann?

Staatsrat Jan Fries: Dazu bin ich gern bereit.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Die zweite Nachfrage bezieht sich auf die Prioritätenliste nach Dringlichkeit. Wären Sie auch da bereit, der Deputation die Prioritätenliste, die die Bremer Bäder GmbH entwickelt hat, und deren Dringlichkeitsbewertung vorzulegen?

Staatsrat Jan Fries: Auch das werde ich gern tun. Das Sanierungsgutachten ist seinerzeit der Deputation zur Verfügung gestellt worden, und einen Umsetzungsstand und eine Bewertung der Dringlichkeit nach aktueller Bewertung legen wir gern vor.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (SPD): Eine weitere Nachfrage bezieht sich auf die Frage 2, die sich ja auch stärker auf die Zeit von Corona und die Schließungszeiten der Bäder bezogen hat. Da würde mich schon noch einmal sehr interessieren, was denn in dieser Zeit – es sind ja eineinhalb Jahre – dann auch von den Bremer Bädern saniert werden können. Vielleicht könnten Sie uns auch das in der Deputationssitzung vorliegen?

Staatsrat Jan Fries: Auch das können wir gern berichten.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Maja Tegeler. – Bitte sehr!

Abgeordnete Maja Tegeler (DIE LINKE): Herr Staatsrat, Sie hatten das Schwimmbad Vegesack ja eben schon erwähnt. Können Sie noch einmal ein bisschen deutlicher darstellen, inwieweit da im Zuge der Sanierung, die da ja stattfindet, möglich-

erweise noch im Rahmen der Barrierefreiheit nachgesteuert wird – etwa in Richtung Hubböden oder Handläufen an den Schwimmbadrändern, was den Zugang zu Umkleidekabinen und auch zum Saunabereich beispielsweise angeht – und inwieweit da bei Vorschlägen möglicherweise auch die Landesbehindertenvertretung mit eingebunden wird?

Staatsrat Jan Fries: Sehr gern! In Vegesack wird ja der Bereich, wo die Schwimmbäder sind, komplett neu gestaltet, der Eingangsbereich und die Sauna neu gestaltet, sodass wir hier eine Möglichkeit haben, die Barrierefreiheit grundlegend mit zu denken und umzusetzen. Schon beim Horner Bad und jetzt auch bei den Planungen des Westbades haben wir sehr gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten und seinem Team gemacht, die auch gute Vorschläge gemacht haben, wie man nicht nur die rechtlichen Standards umsetzt – beim Neubau ist ja sowieso Barrierefreiheit rechtlich vorgeschrieben –, sondern auch pragmatisch gute Lösungen hat. Beim Vegesacker Bad ist das zum Beispiel durch eine Neugestaltung der Eingangssituation erfolgt, die den Eingang dann auf der unteren Ebene und nicht mehr auf der ersten Ebene ermöglicht.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Claas Rohmeyer. – Bitte sehr!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Herr Staatsrat, ich weiß nicht, ob die Frage der Kollegin Frau Professor Dr. Quante Brandt auf die Petition S 20/42 zurückgeht, die Ihnen bekannt sein dürfte, die die Bremische Bürgerschaft vor der Sommerpause beschlossen hat. Dort wurden eklatante Mängel in der Barrierefreiheit der Bäder festgestellt, und die Bremische Bürgerschaft hat dann auch beschlossen, dies nicht nur dem Landesbehindertenbeauftragten, sondern auch allen Fraktionen zur Kenntnis zu geben. Im Rahmen dieser Petition haben wir aber festgestellt, dass es große Schwierigkeiten gibt, Sie sind eben im Wesentlichen auf mobilitätseingeschränkte Menschen eingegangen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, kommen Sie bitte zu Ihrer Frage!

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Ich versuche, zur Frage zu kommen, Frau Präsidentin! Es gibt aber auch sehbehinderte und blinde Menschen, darauf sind Sie bisher wenig eingegangen, weil hier ja auch der Anspruch besteht, dass sich diese selbstständig mit Hilfsmitteln durch die Bäder

bewegen wollen. Hat dort mittlerweile ein konstruktives Umdenken bei den Bremer Bädern eingesetzt, dass man diesen Menschen dies auch ermöglichen möchte?

Staatsrat Jan Fries: Erstens, die Einschätzung, wie groß die Mängel sind und ob das ein Umdenken suggeriert, dass es dort eine ablehnende Haltung der Bremer Bäder gibt, das würde ich zurückweisen! Das Alter oder das Baujahr der Bäder schafft Schwierigkeiten in der Ausgestaltung und Darstellung der Bäder. Bei allen Neubauten sind genau diese Frage der Sehbehinderungen oder auch da entsprechende Beeinträchtigungen – sowohl im Farbkonzept, wenn noch eine Sehfähigkeit vorhanden ist, aber hohe Kontraste erforderlich sind, aber auch zum Beispiel durch ein Blindenmodell im Eingangsbereich, das eine Orientierung ist – umgesetzt, auch schon deutlich vor der Petition. Ansonsten ist es aufgrund der wirtschaftlichen Lage so, dass immer dann, wenn wir ein Bad anpacken, diese Fragen mit bedacht werden, zum Beispiel sind jetzt gerade die Umkleidekabinen im OTeBad umgebaut, wo diese Fragen Berücksichtigung finden. Im Schlossparkbad steht die Neugestaltung der Eingangssituation unmittelbar bevor, und so werden schrittweise diese Fragen angegangen.

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Ich hätte jede Menge, aber ich bin jetzt nicht Herr Hinners, und darum beende ich es an dieser Stelle und komme auf einem anderen Weg noch einmal zu dem Thema zurück!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Damit ist die Fragestunde beendet. Die vom Senat schriftlich beantworteten [Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 1552](#).

Aufhebung der Nachtflugbeschränkung des Hans-Koschnick-Flughafens von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr hier in Bremen
Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 1. März 2021
(Drucksache [20/414 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Peter Beck.

Abgeordneter Peter Beck (LKR): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Diesen Antrag hatte ich bereits im März gestellt. Er wurde in der interfraktionellen Abstimmung immer weiter nach hinten verschoben. Somit haben wir jetzt September, und ich bin endlich einmal an der Reihe.

„Aufhebung der Nachtflugbeschränkung des Hans-Koschnick-Flughafens von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr hier in Bremen“! Sachverhalt: Seit Jahren werden die Lärmbelästigungen durch den Flugverkehr aufgrund moderner Triebwerke immer geräuschärmer. Ungeachtet dieser erfreulichen Entwicklung besteht in Bremen weiterhin eine Nachtflugbeschränkung von 22:30 Uhr bis 6:00 Uhr. Auch wenn es sich bei dem Nachtflugverbot für viele Bürger und Bürgerinnen um eine „heilige Kuh“ handelt, muss dieses Nachtflugverbot zeitnah neu überdacht werden, ob es überhaupt noch zeitgemäß ist.

Aufgrund der wirtschaftlichen Notlage des Flughafens muss dieses Thema, auch wenn dadurch viele Bürger und Bürgerinnen aufgeschreckt werden, dennoch vor der im September anstehenden Bundestagswahl debattiert werden. Ohne Strukturveränderungen wird der Flughafen zum bodenlosen Loch, in dem auch künftige staatliche Millionenhilfen schlichtweg bar jeglicher wirtschaftlichen Nachhaltigkeit versickern werden.

Wie ich in meinem Antrag vom 15. Februar 2021 beschrieb, befand sich der Bremer Flughafen bereits weit vor der Coronapandemie in den roten Zahlen. Eine Verbesserung der Chancen für eine positive Entwicklung der Wirtschaftlichkeit des Flughafens könnte die Aufhebung eines Nachtflugverbots nach sich ziehen, zumal die Aufhebung des bestehenden Nachtflugverbots den Hans-Koschnick-Flughafen für potenzielle Fluglinien attraktiver machen würde. Meine Familie und ich wohnen selbst in der südwestlichen Einflugschneise des Bremer Flughafens, und als Familie hätten wir überhaupt kein Problem damit, wenn auch nächtens Starts und Landungen auf dem Bremer Flughafen stattfinden.

Deshalb meine Beschlussempfehlung: Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, das Nachtflugverbot für den Bremer Flughafen nach den neuesten wissenschaftlichen Kriterien zum Thema Lärm-

belästigung überprüfen zu lassen, um dies gegebenenfalls aufheben zu können. – Vielen Dank, sehr geehrte Damen und Herren!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Susanne Grobien.

Abgeordnete Susanne Grobien (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, der Antrag des Kollegen Herrn Beck datiert schon vom März. Wir können ihn nun endlich behandeln, und genau, wie Sie in Ihrem Antrag auch schon erbeten haben, auch noch rechtzeitig vor der Bundestagswahl, wobei das eine mit dem anderen, glaube ich, nicht so richtig viel zu tun hat.

Die meisten Bremer und Bremerinnen sind stolz auf ihren Flughafen, liegt er doch für eine Stadt unserer Größenordnung sehr zentral, und er erfüllt wichtige logistische Funktionen für unseren Wirtschaftsstandort, aber natürlich auch für den Tourismusstandort im Nordwesten. Unabhängig von der wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bedeutung unseres Flughafens gehen aber von Flughäfen auch immer Emissionen aus. Lärm- und Schallschutz sind daher Themen, denen der Flughafen eine besondere Bedeutung beimisst und für die es zu Recht politische Rahmensetzungen gibt. Besonders für einen derart citynahen Flughafen ist das zum Schutz der Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner unumgänglich.

Schon aufgrund des Luftverkehrsgesetzes des Bundes ist auf die Nachtruhe der Bevölkerung in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen. In der Betriebsgenehmigung für den Flughafen Bremen wird das dadurch konkretisiert, dass zwischen 22:00 Uhr und 7:00 Uhr im Grundsatz keine Starts und Landungen stattfinden dürfen. Für besonders leise Luftfahrzeuge wie Homecarrier verkürzt sich dieses Fenster auf die Zeit zwischen 23:00 Uhr und 6:00 Uhr. Im Verspätungsfall dürfen auch Homecarrier sogar bis 24:00 Uhr landen. Weitere Ausnahmen gelten für medizinische Hilfsflüge, Notfälle sowie hoheitliche Flüge.

In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Luftfahrtbehörde bei der Senatorin für Wissenschaft und Häfen weitere Ausnahmegenehmigungen erteilen. Ich denke, bei allen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie diese Ausnahmeregelungen in der Praxis konkret gehandhabt werden sollen, haben wir uns als CDU-Fraktion immer für

eine flexible Handhabung ausgesprochen, dennoch tragen alle demokratischen Fraktionen in diesem Parlament diese Regelung im Prinzip mit.

Die bestehenden Mobilitätsbedarfe auf der einen Seite und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner auf Ruhe und Erholung auf der anderen Seite sind gerade in den Tagesrandzeiten so weit wie möglich in Einklang zu bringen. Das geschieht unter anderem über finanzielle Anreize wie zusätzliche Nachtfluggebühren und Verspätungszulagen.

Nun liegt uns dieser Antrag von Herrn Beck vor, in dem er vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Notlage des Flughafens infolge der Coronapandemie eine Aufhebung der Nachtflugbeschränkung fordert und das damit begründet, dass er mit seiner Familie in der südwestlichen Einflugschneise des Flughafens wohnt und ihn nächtliche Starts und Landungen nicht stören würden. Das, liebe Kollegen und Kolleginnen, würde voraussetzen, dass die Aufhebung des Nachtflugverbots den Flughafen sanieren könnte. Welch irriger Gedanke!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

In Bremen wie auch an den meisten anderen Flughafenstandorten gibt es sogenannte Fluglärmkommissionen, die wie ein runder Tisch funktionieren und in denen vor allem auch die Belange der Bürger und anderer Betroffener berücksichtigt werden. So sind in Bremen die Beiratsmitglieder der angrenzenden Stadtteile und die Ratsmitglieder der Nachbargemeinden genauso Mitglied in dieser Kommission wie die betroffenen Ressorts, die Deutsche Flugsicherung, der Flughafen selbst und diverse andere Personen. Es ist also gut und klar geregelt, und wir sehen da einfach keinen Veränderungsbedarf.

Zum Schluss möchte ich aber noch einmal die Gelegenheit dazu nutzen, die wirtschaftliche und infrastrukturelle Bedeutung unseres Flughafens herauszustellen! Herr Bücking ist leider nicht da, er will ihn ja eigentlich immer abschaffen. Als der größte Flughafen im Nordwesten Deutschlands hat er eine enorm wichtige Bedeutung für die Wirtschaft, die global aktiv und unterwegs ist, genauso wie für den Tourismus, der unsere Urlauber aus dem Nordwesten Deutschlands in ihre Erholungsziele fliegt.

Auch wenn wir alle gerade spüren, dass sich die Welt verändert und sich auch nach Corona Dinge dauerhaft verändern werden, möchte ich an dieser

Stelle doch noch einmal herausstellen, dass für den Wirtschafts-, Wissenschafts- und Tourismusstandort Bremen ein Flughafen unverzichtbar ist und dass wir natürlich alle darum bemüht sein müssen, seine Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit zu erhalten und zu stärken. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür Abgeordneter Peter Beck [LKR], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-i-Pads

**Antrag des Abgeordneten Peter Beck (LKR)
vom 21. Juni 2021
(Drucksache [20/469 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Jan Stöß.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Peter Beck.

Abgeordneter Peter Beck (LKR): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin über meinen Sohn darüber in Kenntnis gesetzt worden, dass er mit seinem schulischen iPad auf jegliche Pornochatseiten kommt, die es so im Internet gibt.

(Heiterkeit und Zurufe CDU – Abgeordnete Sofia Leonidakis [DIE LINKE]: Ganz ohne Anlass wohl kaum!)

Nein, er hat mir das auch gezeigt! Das ging da in der Klasse herum, und darum habe ich jetzt auch den Antrag gestellt. Ich hatte mich auch mit der Schulleitung auseinandergesetzt, aber vermutlich politisch durften sie sich dazu nicht weiter äußern. Deshalb jetzt auch mein Antrag, der auch schon wieder ein bisschen älter ist, „Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-iPads“!

Sachverhalt: Am 14. Juni 2021 erschien der „Weser-Kurier“-Artikel mit dem Titel „Schüler können Jugendschutzfilter umgehen“. Explizit geht aus diesem Artikel weniger die mögliche Gefährdung unserer Schulkinder zum Schutze des Kindeswohls hervor, sondern dass es unseren Schulkindern „nur“ gelingen könnte, den Jugendschutz zu umgehen. Diesem ist eindeutig nicht so, da die Schüler und Schülerinnen durch einfaches Klicken auf Links von bestimmten Pornoseiten und Pornochats sofortigen Zugang zu diesen haben – und das mit den offiziellen Schul-iPads.

Bei den von mir beschriebenen Seiten handelte es sich um pornografische Hardcoreseiten sowie Chats, die für unter 18-jährige Bremer Schüler und Schülerinnen definitiv nicht zugänglich sein dürfen. In dem „Weser-Kurier“-Artikel wurde die Sprecherin der Bildungssenatorin wie folgt zitiert: „Unangemessene Inhalte werden bestmöglich durch einen zentral verwalteten Filter gesperrt, der regelmäßig aktualisiert wird, heißt es seitens der Schulbehörde.“ Als Abgeordneter und als Familienvater habe ich für solche lapidaren Kommentare der Sprecherin der Bildungssenatorin, wie zum Beispiel, „Wenn Eltern mitbekämen, dass ihre Kinder auf unangemessenen Seiten mit unangemessenen Inhalten gelandet seien, sollten sich diese direkt bei der Schule melden, empfiehlt Annette Kemp“, keinerlei Verständnis.

Gegenüber den Eltern und Erziehungsberechtigten sehe ich diese Aussage als Affront an, da die Pflicht, solches mit einer qualifizierten Software zu verhindern, in diesen Fällen eben nicht bei den Eltern und Erziehungsberechtigten liegt, sondern bei der zuständigen Bildungsbehörde, die für die Installation und regelmäßige Wartung einer professionellen Jugendschutzsoftware auf den Schul-iPads Sorge zu tragen hat. Die einschlägigen Internetseiten möchte ich an dieser Stelle nicht weiter benennen, da diese nicht nur unangemessen sind, son-

dern zu einer Gefährdung des Wohles unserer Kinder führen können, wenn sie allgemein bekannt werden.

Deshalb meine Beschlussempfehlung: „Die Stadtbürgerschaft möge beschließen: Erstens, die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die ausgegebenen iPads über die Sommerferien“ – wie gesagt, mein Antrag ist schon ein bisschen älter, ich kam wieder einmal nicht an die Reihe – „und wenn nötig, auch darüber hinaus einzusammeln, um auf diesen eine adäquate Jugendschutzsoftware aufzuspielen beziehungsweise diese upzudaten.

Zweitens, die Stadtbürgerschaft fordert die Senatorin für Bildung auf, eine Statistik zu erstellen, in der alle Fälle von unangemessenen und mittels der Schul-iPads aufgerufenen Seiten beziehungsweise bekannt gewordenen Porno- wie auch Chatseiten erfasst werden. Durch solch eine Statistik kann die Sicherheitssoftware der Schul-iPads regelmäßig hinsichtlich des Jugendschutzes aktualisiert werden.“ – Vielen Dank, meine Damen und Herren!

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Gönül Bredehorst.

Abgeordnete Gönül Bredehorst (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Heute spreche ich nicht nur in meiner Funktion als bildungspolitische Sprecherin der SPD, sondern für alle demokratischen Fraktionen dieses Hauses.

„Mögliche Kindeswohlgefährdung durch Schul-iPads“ heißt die Überschrift des Antrags. Ja, die Welt hat sich verändert, sie findet nicht nur analog statt, sondern auch in zunehmendem Maße digital. Wir haben durch die Pandemie einen Quantensprung in Sachen Digitalisierung gemacht. Positiv betrachtet haben unsere Schulen diesen Quantensprung sehr zügig vollziehen müssen, aber wie bei allen anderen Dingen auch gibt es immer zwei Seiten einer Medaille: Es ist ein Segen, dass wir jetzt während der Pandemie die Möglichkeit hatten und haben, dass unsere Kinder digital in Distanz unterrichtet werden konnten und weiterhin können. Die andere Seite der Medaille ist, dass natürlich neue Herausforderungen und Gefahren durch die Nutzung digitaler Medien zutage getreten sind und sicherlich auch noch weitere hinzukommen werden. Damit müssen wir als Gesellschaft verantwortungsvoll und lösungsorientiert umgehen und richten dabei natürlich auch unseren Blick auf staatliche Institutionen wie unsere Schulen.

In die an Schülerinnen und Schüler ausgegebenen iPads sind automatische Inhaltsfilter eingebaut, das hat ja Herr Beck schon richtig erkannt. Das heißt, wenn man über die Schul-iPads versucht, direkt auf die Seiten eines einschlägigen Anbieters zu gehen, dann kann man darauf nicht zugreifen.

(Zuruf Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich habe es selbst mit einem Schul-iPad meiner Kinder ausprobiert, es funktioniert einfach nicht, Herr Beck! Der Inhaltsfilter funktioniert und wird übrigens laufend aktualisiert.

(Beifall SPD)

Damit ist aber das grundsätzliche Problem noch nicht gelöst oder gar angesprochen, dass nämlich neben den schulischen iPads von den Kindern und Jugendlichen laut einer JIM-Studie 99 Prozent der Sechs- bis 13-Jährigen zu Hause einen Internetzugang haben und über mindestens einen Computer oder ein Smartphone verfügen. Die 12- bis 19-Jährigen besitzen laut dieser Studie zu 95 Prozent ein eigenes Smartphone. Das heißt, auch ohne schulische iPads haben die Kinder und Jugendlichen Zugang zum World Wide Web, und man kann davon ausgehen, dass sie im privaten häuslichen Bereich den ungeschützten Zugang auch wahrnehmen können, denn viele private Geräte werden vermutlich keinen Inhaltsfilter und einen Jugendschutz aktiviert haben. Deshalb muss ein Kind oder ein Jugendlicher befähigt werden, einzuschätzen, welche Internetseiten gut für sie oder ihn sind.

Ich möchte das unter dem Stichwort „Medienkompetenz“ zusammenfassen. Dazu gehört nicht nur, altersgerechte Seiten aufzurufen, sondern auch wachsam zu sein und zu wissen, welche Gefahren mit der Mediennutzung im Internet verbunden sind, was man tun kann, wenn man doch einmal auf unangemessene oder verstörende Seiten stößt oder wie man sich zum Beispiel vor Bedrängung oder sexueller Belästigung von Erwachsenen, die sich als Minderjährige ausgeben, vor Cybermobbing oder Sexting schützen kann. Also müssen wir doch das Problem an einer anderen Stelle angehen, und das tun wir in Bremen auch.

In der KMK-Strategie von 2016 – als Bremen den Vorsitz hatte – wurde genau dies als schulisches Lernen beschrieben und ist seitdem ein fester Bestandteil im schulischen Erlernen von Medienkompetenz. Aktuell werden die Bildungspläne dahingehend in den einzelnen Fächern überarbeitet, um noch mehr Medienkompetenz zu schaffen.

Zusammengefasst kann ich auf Ihren Antrag antworten: Wir gehen einen anderen Weg als Sie. Wir tun alles dafür, dass unsere Kinder den Umgang mit digitalen Medien lernen und mündige digitale Nutzerinnen und Nutzer werden. Unser Ziel ist es, unsere Kinder und Jugendlichen selbst zu befähigen, um nicht auf Pädophile, Rassisten, Rassistinnen, Sexistinnen, Sexisten, Rechtsextreme, Hassprediger, Hasspredigerinnen

(Abgeordneter Peter Beck [LKR]: Und Linksextreme!)

und andere unsere Kinder und demokratische Ordnung gefährdende Personen in der digitalen Welt hereinzufallen.

Wie im analogen Leben auch müssen sie Medienkompetenzen erwerben, um Gutes von Schlechtem zu unterscheiden. Dabei begleiten wir unsere Kinder. Die dürftige Forderung, alle iPads einzusammeln und einen anderen Jugendschutzfilter aufzuspielen und eine Statistik darüber zu führen, welche Seiten angespielt wurden und werden, um dann regelmäßig Sicherheitssoftware daraufzuspielen, Entschuldigung, das wird ohnehin gemacht, und ich wiederhole es gern noch einmal: Das Stichwort heißt Medienkompetenz. Wir lehnen Ihren Antrag ab. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Personalsituation im Gesundheitsamt Bremen – Besserung in Sicht?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 31. Mai 2021

(Drucksache [20/463 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Juli 2021

(Drucksache [20/479 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Senatorin Claudia Bernhard.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Frage, die wir gestellt haben, ist, ob wir bei der personellen Situation, die wir im Gesundheitsamt haben, auf dem Weg der Besserung sind, weil es uns einfach interessiert, und zwar nicht, weil wir die Pandemie erlebt haben, sondern weil wir schon vor dieser Pandemie einen großen Personalbedarf im öffentlichen Gesundheitswesen gesehen haben. Es gab etliche Stellen, die nicht besetzt waren und insofern dann bei der Pandemie dazu führten, dass dort natürlich die Personalnot noch größer wurde. Da spreche ich nicht von den Menschen, die die Kontaktverfolgung geleistet haben, sondern ich spreche über die Menschen, die die reguläre Arbeit im Gesundheitsamt, in unserem öffentlichen Gesundheitswesen hier in der Stadtgemeinde Bremen leisten.

Im Jahr 2018 und im Dezember 2019 waren zwischen, ich sage einmal, rund zwölf Stellen und 20 Stellen vakant. Im Jahr 2020 ist die Zielzahl erhöht worden, weil wir erkannt haben, auch aus den Diskussionen, die wir ja vor der Bürgerschaftswahl 2019 geführt haben, dass dort eigentlich mehrere Stellen fehlen, und damals waren 24 Stellen vakant. Jetzt sind aktuell 33 Stellen vakant und – wie

die Berichtsbitte der CDU in der Gesundheitsdeputation hervorbrachte – im gesamten Ressortbereich, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, 45 Stellen.

Es ist also festzustellen, wir haben nicht das Problem im Gesundheitsamt auf der einen Seite, dass wir dort zu wenig Personal haben, sondern wir haben die Stellen und können sie nicht besetzen, und an der Stelle ist doch tatsächlich die Frage, warum es nicht gelingt, was man daran tun kann, und ehrlich gesagt frage ich mich dann, ob eine Personalstelle von vier Menschen dafür ausreicht, die wir im Gesundheitsamt haben. Da ist, glaube ich, ein wesentlicher Ansatz, dass hier die Menschen, die das abwickeln müssen, befähigt werden, das zu machen.

Die Analyse, die wir gern weiter vorgenommen hätten, ist, weil die Antwort da ungenügend ist, nicht ganz nachvollziehbar, weil wir mit Hinweis auf die Personenbezogenheit von Bewerbungsdaten nicht einmal herausbekommen, wie viele Leute sich beworben haben.

(Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Ich weiß nicht, warum diese Metadaten nicht erhoben worden sind, vielleicht hat man es einfach schlichtweg vergessen in dem Arbeitstrubel dort, aber diese Liste ist eben nicht personenbezogen, und es wäre schon spannend gewesen zu wissen, wie viele Menschen sich auf Stellen bewerben, um zu beurteilen, wie denn der Fachkräftemangel an der Stelle ist.

Wir alle, die Gesundheitspolitik machen, haben noch die Diskussion von 2019 im Gesundheitsamt vor der Wahl in den Ohren, als wir mit den Mitarbeitenden diskutiert haben, wie die Situation ist, und wir hatten alle die Einschätzung, nach dem Motto, die Sache mit den Legionellen haben wir bewältigt, damit ist das Gesundheitsamt zurechtgekommen, aber wenn eine Pandemie kommt oder etwas Größeres, dann sieht es knapp aus. Das war ja auch so, und dankenswerterweise ist das ja auch bewältigt worden.

Wir haben aber eben die Frage: Ist denn angesichts dieser Situation eine Ausschreibung im „Weser-Kurier“, bei „Monster.de“ und wenigen anderen ausreichend, um die Stellen zu besetzen? Ist denn das Vorgehen – das „Ärzteblatt“ und Karriereportal waren noch dabei! –, Einzelausschreibungen zu machen, wirklich richtig? Ehrlich gesagt muss man

sich dann ja die Frage stellen: Kann man da nicht Gruppen-/Sammelausschreibungen machen?

Man muss sich einmal vorstellen, es waren neun Stellenausschreibungen im Jahr 2018 für sechs Vollzeitäquivalente, dafür hat man neun Stellenausschreibungen gebraucht. Im Jahr 2020 gab es dann zwei Stellenausschreibungen für 1,25 Ärztstellen. So kann man doch nicht vorgehen, wenn man die Menge von Menschen für die verschiedenen Tätigkeiten braucht! Da muss man über Kontingentausschreibungen oder anderes nachdenken! Dankenswerterweise ist das ja dann im letzten Jahr und auch in diesem Jahr endlich angegangen worden, sodass man größere Ausschreibungen vorgenommen hat. Doch eigentlich braucht man angesichts dieser Personalsituation quasi so etwas wie eine Dauerausschreibung.

Wenn man dann sieht, dass 25 Ärztinnen und Ärzte und elf Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter dort über 50 Jahre alt sind und wir dann rechnen müssen, dass wir einen Personalabgang aus dieser qualifizierten Gruppe in der Größenordnung von fünf in den nächsten Jahren haben, dann müssen wir uns doch sagen: Hier wird der Personalmangel, die Schere weiter aufgehen. Die Menschen sind schon sehr belastet, was fast 9 000 Überstunden beweisen. Hier muss dringend gehandelt werden. Hier muss dann auch dafür gesorgt werden, dass die Stellenausschreibungen und -besetzungen schnell kommen, damit hier Abhilfe geschaffen wird und wir den öffentlichen Gesundheitsdienst nicht nur mit dem Gesundheitspakt des Bundes, sondern auch durch eigenes Handeln und eigene Stellenbesetzungen besser aufstellen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber.

Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Buhlert, Sie haben gerade erzählt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort im Gesundheitsamt Ihnen 2018 erzählt hätten, dass es knapp ist, und wenn noch was passiert, sie nicht wüssten, wie sie das bewältigen sollen. Dann kam Corona, und dann kam die Krise, und sie haben es bewältigt.

Sie haben recht damit, dass Sie heute noch einmal nach dieser Personalsituation im Gesundheitsamt

fragen, denn ich glaube, es war in der Osterzeit dieses Jahres, dass mir dort Mitarbeiterinnen erzählt haben, dass sie bis dato keinen Tag Urlaub gemacht hätten. Sie haben einmal einen Tag frei gehabt, weil sie viele Überstunden gemacht haben, um diese Pandemie zu bewältigen und zu bearbeiten und an den vielen Einsatzorten, wo sie gefragt sind, gute Lösungen zu finden, und sie haben und teilweise sechs bis sieben Tage in der Woche durchgearbeitet. Dafür müssen wir erst einmal Respekt und unsere Anerkennung zollen, nach wie vor. Das wiederhole ich in jeder Rede.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

In unserem Antrag vom Dezember 2020 zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes haben wir noch einmal ganz klar gefordert, dass es eine Strategie zur Weiterentwicklung der Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes geben soll, zum Beispiel in den einzelnen Stadtteilen, aber auch allgemeingemeinschaftlich. Wir wollten, dass es ein Konzept gibt zu den personellen Bedarfen, die es überhaupt gibt, und zu den strukturellen Bedarfen, wir möchten wissen, wie Fachkräftebindung passieren kann und Digitalisierung ausgebaut werden kann. Dafür stehen Bundesmittel zur Verfügung und eben auch Mittel aus Bremen.

In den letzten Monaten ist immer wieder deutlich klar geworden, wie konträr Corona zu anderen Themen gesetzt wurde. Wir haben das gerade noch einmal gehört in der Antwort in der Fragestunde von meiner Kollegin: Drogen/Präventionsmaßnahmen versus Corona. So könnte ich jetzt eine ganze Reihe von Themen aufzählen, die in dieser Zeit immer wieder zu Corona gesetzt wurden, und oft musste die Entscheidung für diese Krise in der Pandemie getroffen werden.

Jetzt ist es aber so, dass natürlich der Senatorin und der Behörde durchaus klar ist, erstens, dass es diesen Antrag gibt, und zweitens, dass alle Maßnahmen gemacht werden müssen, um ein gutes Konzept zu finden und das Gesundheitsamt so aufzustellen, dass es einmal durchleuchtet wird und so aufgestellt wird, dass es wirklich auch der Bevölkerung hilft. Dass das getan werden muss, ist allen klar. Es ist eine Taskforce eingerichtet, die jetzt genau das prüft, nämlich: Was brauchen wir für einen öffentlichen Gesundheitsdienst, um zukünftig Krisen bewältigen zu können? Das muss nicht gleich eine Pandemie sein, das können auch kleinere Krisen sein, da geht es um Themen wie: Wie gestaltet

man Schuluntersuchungen, wie macht man Aufklärung in allen Bevölkerungsbereichen und so weiter.

Noch etwas ist mir wichtig, an dieser Stelle zu sagen: Wir können immer nur dafür werben – und so verstehe ich auch die Fragen der FDP –, dass wir die Bedeutung des öffentlichen Gesundheitswesens immer wieder hervorheben. Das ist uns allen klar geworden. Damit einhergehen muss aber auch eine Wertschätzung sowohl in diesem Haus, in der Gesellschaft und weiter gefasst, als auch die monetäre Anerkennung derjenigen Berufsgruppen, die dort arbeiten und ihren Dienst leisten.

Ich hoffe sehr, dass wir zügig zu einem Ergebnis kommen. Das ist für mich wichtig, und ich gehe davon aus, dass allen Beteiligten auch durchaus klar ist, dass wir zügig zu Lösungen und einem Konzept kommen, dass wir unser Gesundheitsamt gut aufstellen, dass es arbeitsfähig ist und dass vor allen Dingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort vor Ort tätig sind, ihre Anerkennung finden und ihre Zufriedenheit in dem, was sie tun. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Wenn der Drucker funktioniert hätte, müsste ich jetzt nicht mit diesem iPad hier vorn stehen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Erlauben Sie mir eine nicht mit dem Thema in Verbindung stehende Vorbemerkung. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich mein iPad zum Aufspielen irgendwelcher Software jemals irgendwo hintragen musste. Das machten die immer von Weitem. Also iPads einzusammeln und Schutzsoftware aufzuspielen, ist ein Zeichen von mangelnder Medienkompetenz.

(Heiterkeit)

Kommen wir zum Thema. Es gibt eine große Anfrage seitens der FDP hinsichtlich der Personalsituation im Gesundheitsamt. Ich habe mich ehrlich gesagt gefragt oder offen gesagt gefragt: Was macht eigentlich das Gesundheitsamt? Wusste ich nicht. Wissen viele nicht, aber sie machen reisemedizinische Beratung, Gelbfieberimpfungen. Sie führen

Impfaktionen durch. Sie machen Hygieneüberwachung zum Beispiel in Pflegeheimen. Sie machen kinder- und jugendpsychiatrische Beratungen. Sie machen kommunale Gesundheitsberichterstattung sowie Beratung zu sexuell übertragbaren Infektionen und sie machen Schuleingangsuntersuchungen - was auch Gegenstand der Anfrage ist. Es stellt sich heraus: Trotz angespannter Personallage sind die Schuleingangsuntersuchungen, die hochgradig wichtig sind, insbesondere für Kinder mit besonderem Förderbedarf, weitgehend durchgeführt worden, auch im Pandemiejahr 2020.

Trotzdem, diese Anfrage macht klar: Es gibt ein Problem mit der Besetzung von Stellen im Gesundheitsamt und das nicht erst seit gestern. Das ist offensichtlich. Ich habe mir einmal angesehen, wie sich das entwickelt hat. Im März 2018 fehlten uns 19 Stellen. Das waren 16 Prozent. Im Dezember 2019 fehlten uns noch zehn Prozent, also elf Stellen und im März 2021 wieder 21 Prozent. Das wirkt auf den ersten Blick absurd. Wenn man genauer hinsieht, ist es so, dass uns gelungen ist von März 2018 bis Dezember 2019 5,5 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen – das sind 21 Monate –, von Dezember 2019 bis März 2021 immerhin 18 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das sind 16 Monate. Mir liegen Zahlen vor, dass sich die Situation in den letzten Monaten, also nach März 2021, auch noch einmal deutlich verbessert hat.

Trotzdem haben wir ein Problem. Es gibt nach wie vor eine Differenz zwischen dem Stellenplan und den besetzten Stellen, und es gibt auch eine Differenz in den vergangenen Quartalen zwischen der Anzahl der offenen Stellen und der Anzahl der Ausschreibungen. Das ist für mich vordergründig auch noch nicht logisch. Ich denke, da muss man einmal hinschauen: Warum ist das so? Wenn im ersten Quartal 16 Stellen fehlen, und dann sind da nur 14 Ausschreibungen – komisch. Trotzdem, es ist noch nicht gelungen, diesen Unterschied zu schließen.

Meines Erachtens gibt es da verschiedene Dinge. Das eine ist, natürlich gibt es da einen angespannten Arbeitsmarkt. Menschen, die in diesem Bereich arbeiten könnten – das sind Ärzte und Ärztinnen, Pflegekräfte, Sozialarbeiterinnen und ähnliche mehr –, die sind in anderen Bereichen auch gesucht. Der zweite Punkt ist, dass selbst, wenn wir alle Möglichkeiten ausreizen, selbst auf Zuschläge von 1 000 Euro, sind diese Stellen offensichtlich für Ärzt:innen auch nicht so interessant im Vergleich beispielsweise zu Krankenhausstellen.

Da müssen wir etwas tun. Wir müssen schon schauen, dass wir diese Stellen attraktiver machen. Zum Zweiten hat sich bei näherer Betrachtung auch herausgestellt, dass das Verfahren, bis man dann Ausschreibungen veröffentlicht hat, auf die sich Menschen bewerben können, wahrscheinlich auch ein bisschen zu lange dauert, also dass es da Potential gibt, das zu beschleunigen, das irgendwie zusammenzufassen. Da sind die Vorschläge des Kollegen Buhlert natürlich mittlerweile auch schon in die Prozesse eingegliedert.

Deswegen gibt es die Frage: Wie schaffen wir es erstens, das Berufsbild oder die Berufsbilder, die wir dort haben, zu attraktivieren? Über die Zulagen hinaus: Geht da noch etwas? Wie schaffen wir es auch, Karrierechancen aufzubauen? Offensichtlich ist es so, wenn man im Gesundheitsamt anfängt, dann ist irgendwann Ende der Fahnenstange. In anderen Bereichen hat man Karrierechancen. Ich habe gelesen, dass es eben auch Weiterbildungsmöglichkeiten gibt.

Wir müssen die Stellenzuschnitte anpassen. Wir müssen die Ausschreibungsvorgänge organisieren. Die Frage: Ist das Problem erkannt und wird es ernst genommen? Ja, das ist es. Wird mit tauglichen Mitteln an der Überwindung des Problems gearbeitet? Ja. Ist das Problem schon gelöst? Nein. Gibt es eine Chance, das Problem in absehbarer Zeit zu lösen? Ja. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ute Reimers-Bruns.

Abgeordnete Ute Reimers-Bruns (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Personalsituation im Gesundheitsamt Bremen ist - wie im Eingangstext der großen Anfrage der FDP zu Recht angemerkt - ein in der vergangenen Legislaturperiode vielfach und in der jetzigen Legislaturperiode auch thematisiertes Problem.

Seit Jahren gibt es Personalengpässe in den Gesundheitsämtern. Dieses Problem der unzureichenden Personalausstattung der Gesundheitsämter – und das möchte ich auch noch einmal grundsätzlich betonen – das ist keine Bremensie, denn es ist bundesweit festzustellen, dass wir hier einen Personalmangel haben. Durch die Corona-Pandemie sind die Personalengpässe noch einmal drastisch

verstärkt worden. Der öffentliche kommunale Gesundheitsdienst ist durch die Pandemie stärker in den Blick der Öffentlichkeit gerückt. Mit der Pandemie wurde der öffentliche Gesundheitsdienst vor ungeahnte zusätzliche Herausforderungen gestellt.

Die Arbeitsbelastung im Infektionsschutz hat sich potenziert, während die anderen Aufgabenbereiche, zum Beispiel Kinder- und Jugendgesundheitsdienst, Schuleingangsuntersuchung – Herr Rupp hat es schon genannt – oder sozialpsychiatrischer Dienst nicht an Bedeutung verloren haben, sondern - im Gegenteil - dieser Aufgabenbereich verstärkt in den Fokus der öffentlichen Diskussion gelangt ist.

Bereits vor der Pandemie herrschte häufig chronischer Personalmangel. Nicht überall ist es gelungen, den Personalbestand nachhaltig und breit auszubauen. Die Bedeutung des dringenden Handlungsbedarfes, den öffentlichen Gesundheitsdienst für künftige Herausforderungen zu wappnen, wurde Ende letzten Jahres mit unserem koalitionsären Antrag „Den öffentlichen Gesundheitsdienst nachhaltig stärken“ intensiv diskutiert. In der Debatte damals wurde schon darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit einer umfangreichen Reform der Gesundheitsbehörden auf Landes- und Bundesebene erkannt worden ist.

Mit der Verabschiedung des ÖGD-Paktes im letzten Jahr sind finanzielle Mittel in Höhe von rund vier Milliarden Euro zur Verfügung gestellt worden, um die Gesundheitsbehörden personell aufzustoßen, zu modernisieren und stärker zu vernetzen. Für Bremen stehen aus dem Gesamtbudget circa 31 Millionen Euro zur Verfügung. Ein konkretes Personalaufwuchsprogramm für die Gesundheitsämter Bremen und Bremerhaven ist auf Basis der Erfassung des Ist-Zustandes und organisatorischer und fachlicher Ziele der beiden Ämter in diesem Jahr zu erarbeiten.

Das bedeutet, Geld liegt jetzt bereit. Das Problem besteht jetzt darin, entsprechendes Personal, Fachkräfte zu finden und einzustellen. Dass dies keine leichte Aufgabe ist, zeigt die Antwort des Senats auf die große Anfrage. Zwar sind das 21 Punkte gewesen. Ich möchte mich in diesem Fall noch einmal ganz besonders bedanken, dass so ausführlich auf diese 21 Fragen der FDP geantwortet worden ist. Was Herr Rupp eben noch einmal angesprochen hatte, dass bestimmte Stellenausschreibungen dann vielleicht nicht so umfangreich waren, beziehungsweise sollten 16 ausgeschrieben werden, es

sind dann nur 14: Woran hat es denn wohl gelegen? Am fehlenden Personal.

Ich denke, dass wir hier nicht etwas miteinander vergleichen sollten oder annehmen sollten, was eigentlich gar nicht zu vergleichen ist. Wenn die Menschen im Gesundheitsamt fehlen und dort nicht erarbeiten können, wie eine Ausschreibung auszusehen hat, dann können auch nicht so viele Ausschreibungen in die Medien, die es dafür gibt, eingestellt werden. Ich denke, das muss noch einmal berücksichtigt werden.

Hier darf es nicht zu einer Schelte derjenigen kommen, die bisher sehr gute Arbeit geleistet haben und, wie es eben auch schon gesagt worden ist, 9 000 Überstunden erarbeitet haben. Deshalb möchte ich noch einmal einen herzlichen Dank an die Mitarbeitenden des Gesundheitsamtes Bremen richten.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Auch wo es möglich war, kosteten Personalgewinnung und damit verbundene Umstrukturierungen zusätzliche Kraft. So wurden, wie ich erwähnt habe, unzählige Überstunden geleistet. Genau wie die gesamte Bevölkerung leiden aber auch die Mitarbeitenden – das darf man auch nicht einfach nur geringschätzen und nicht weiter erwähnen – im ÖGD natürlich unter den persönlichen Belastungen, wie wir alle auch. Ich denke, es wird oftmals vergessen, dass wir ja immer noch in der Pandemie stecken und was das für uns bedeutet hat.

Eineinhalb Jahre sind eine lange Zeit, aber ich denke, uns ist allen noch nicht klar, was es bei uns, bei jedem Einzelnen und bei der jeder Einzelnen auch selbst psychisch noch für Schäden hinterlässt, was wir irgendwann auch dann einmal bearbeiten werden müssen. Ich denke, es ist auch ganz wichtig, dass wir hier noch einmal schauen, dass die Menschen, die dort arbeiten, im Gesundheitsamt und im Gesundheitsressort, auch nur Menschen sind. Deshalb, finde ich, sollten wir ganz darauf verzichten, eine Schelte in diesem Zusammenhang mit einfließen zu lassen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ich höre jetzt erst einmal auf, damit ich dann im zweiten Teil noch etwas dazu sagen kann. – Dankeschön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rainer Bensch.

Abgeordneter Rainer Bensch (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als CDU-Fraktion wollen dieses Thema „Personalnotstand bei den Gesundheitsämtern“ – das ist ja nicht nur das Gesundheitsamt Bremen, sondern die Gesundheitsämter – in einem viel größeren gesellschaftspolitischen Kontext debattieren.

Ich möchte mich an dieser Stelle zu allererst, so, wie es die Vorredner teilweise auch gemacht haben, bei den vielen, vielen Mitarbeitenden der Gesundheitsämter bedanken für ihren unwahrscheinlich herausragenden Einsatz der letzten eineinhalb Jahre während der Corona-Pandemie. Ihr seid wichtig, wir haben euch im Blickpunkt, wir haben euch lange Zeit stiefmütterlich behandelt. Damit ist Schluss. Ihr seid systemrelevant, und wir werden ein waches Auge auf euch haben, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall CDU)

Wenn ich in diesem Zusammenhang, sage größerer gesellschaftspolitischer Kontext, dann möchte ich den September 2020 hervorheben. Ende September vor einem Jahr ist der sogenannte Bund-Länder-Pakt zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes verabschiedet worden. Das bedeutet, in den nächsten Jahren bis 2026 über vier Milliarden Euro Investitionen, Stärkung der Prozesse und Strukturen, Stärkung der Digitalisierung in Ämtern und Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes und – und darum geht es ja hier und heute in der Debatte – eine Personalaufstockung, wie man sie schon lange Zeit nicht mehr bei den Gesundheitsämtern hatte.

Wir als CDU-Fraktion sagen – und da spielt keine Rolle, wer im Bund regiert und es spielt auch keine Rolle, wer in den Bundesländern und auch hier in Bremen regiert – es gilt, diesen Pakt und das Leitbild des Paktes zu verstehen und sehr langfristig und sehr nachhaltig in die Gesundheitsberufe des öffentlichen Gesundheitsdienstes zu investieren. Dafür stehen wir als CDU, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wenn wir uns die Antwort des Senats anschauen auf die Fragen der FDP und einmal ganz wenige Zahlen heraussuchen, dann sehen wir: Der ohnehin

deutschlandweit festzustellende Ärztemangel, wenn wir uns einmal nur die Ärzte anschauen, der bereitet uns wirklich Sorgen. Wir können freie Stellen hier in Bremen nicht besetzen. Bis heute ist auch die Amtsleitungsstelle des Gesundheitsamtes nicht besetzt. Wo sollen denn die ganzen Ärzte herkommen? Die sollen in anderen Bundesländern ausgebildet werden.

Jetzt spreche ich von politischer Verantwortung, die wir auch hier in Bremen haben, weit über den Tag und weit über diese Legislaturperiode hinaus. Wir sind nach wie vor das einzige Bundesland in Deutschland ohne Mediziner Ausbildung. Wir sind das einzige Bundesland, das keine Ärztinnen und Ärzte ausbildet, aber wir haben den Anspruch, dass die anderen Bundesländer Ärzte ausbilden. Das ist unsolidarisch, und das ist nicht im Sinne des Bundesländer-Paktes. Hier ist es Zeit, die Weichen zu stellen für eine medizinische Fakultät, in welcher Kooperation und in welcher Trägerschaft auch immer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wenn Sie sich einmal vor Augen führen, beim schulärztlichen Dienst: Fünf von 21 fehlen. Sieben Ärztinnen und Ärzte gehen in den nächsten zwei Jahren rein altersbedingt in den Ruhestand. Das zeigt: Wo sollen die denn alle herkommen? Die anderen Länder, die anderen Städte sind doch auch alle dabei, um die besten Köpfe zu werben. Das heißt, wir müssen noch ganz, ganz andere Anstrengungen vornehmen, als nur diese Personalsachbearbeitungsstelle, die Herr Buhler kritisch angemerkt hat, zurecht kritisch angemerkt hat, zu verstärken. Um einmal zu schauen: Sag einmal, wie geht es denn bei euch zu? Dann kommt als Antwort: Das sind so wenige, wir können aus Datenschutzgründen noch nicht einmal sagen, wie da der Krankenstand ist. Das kann es nicht sein. Das ist nicht der Anspruch, den wir hier haben. Wir müssen den Anspruch haben, dass nicht nur im Sinne des Bund-Länder-Paktes der öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt wird. Wir müssen auch den Anspruch haben, dass man hier in Bremen aufholt. Die Vorredner haben es alle gesagt. Liebe Ute Reimers-Bruns, die SPD – wieder politische Verantwortung, einer meiner Lieblingsbegriffe – hat jahrzehntelang dieses Ressort geführt. Das heißt, gerade die SPD sollte innerhalb der Koalition auch einmal ihre Anstrengungen verstärken, Druck zu machen, damit wir zum Beispiel eine medizinische Fakultät oder irgendwas anderes bekommen.

Die SPD ist politisch dafür verantwortlich, dass das Gesundheitsamt da steht, wo es jetzt steht, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das heißt, das ist immer der erste Schritt auf dem Weg zur Besserung: Eingestehen, man hat das Gesundheitsamt stiefmütterlich behandelt. Damit wird Schluss gemacht, und dann geht man in eine Offensive. Das erwarte ich insbesondere von der großen ruhmreichen Volkspartei namens SPD, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf SPD)

Lassen Sie mich noch einmal zum Schluss sagen, ich habe es ja eben angedeutet, Frau Senatorin Bernhard: Alle Anstrengungen, die unternommen werden im Sinne des Bund-Länder-Pakts, die auch Geld kosten, die bekommen die Unterstützung der CDU. Es muss nachhaltig für eine Attraktivitätssteigerung des gesamten öffentlichen Gesundheitsdienstes gesorgt werden. Jede Debatte, die dazu beitragen kann, ist eine wertvolle Debatte, so wie heute. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Ute Reimers-Bruns.

Abgeordnete Ute Reimers-Bruns (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ja, sicher, die SPD hier in Bremen hat das Gesundheitsressort über Jahre oder Jahrzehnte geleitet. Es wurde auch, denke ich, eigentlich klar, das habe ich auch am Anfang meiner Rede gesagt, dass es keine Bremensie ist, dass wir dieses Problem haben, die Fachkräftegewinnung auch für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu aktivieren, noch weiter zu verstetigen und zu steigern, sondern es ist ein bundesweites Problem. Das heißt ja im Umkehrschluss, Herr Bensch, dass die Verantwortlichen, die im Bundesgesundheitsministerium sitzen, es in den letzten Jahren auch nicht geschafft haben, etwas dafür zu tun, damit mehr Fachkräfte gewonnen werden können.

Auf der anderen Seite ist es so, dass die Solidarität, die hier angesprochen worden ist, völliger Unsinn ist, weil wir als kleinstes Bundesland doch nicht das leisten können, was große Bundesländer einmal eben mit links aus dem Portemonnaie, aus dem kleinen Taschengeld-Portemonnaie, bestreiten. Da muss man doch wirklich einmal die Kirche im Dorf lassen.

(Beifall SPD)

Es liegt nicht daran, dass wir hier keine medizinische Fakultät haben, dass wir deshalb einen Fachkräftemangel haben. Denn dann hätten ja im Umkehrschluss alle anderen Bundesländer, die jetzt jede Menge medizinische Fakultäten haben, gar kein Problem, überhaupt irgendwelche Stellen mit Fachkräften zu besetzen. Ich finde, Ihr Argument und Ihre angeblich logische Herleitung hinken ganz gewaltig. Ich muss sagen, ich freue mich sehr, dass unsere Partei, die SPD, auch tatsächlich noch eine Volkspartei ist und – das haben Sie ja schon erwähnt – dass wir auch noch so viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben und dass wir auch am 26. September

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Jawohl, vorwärts immer, rückwärts nimmer!)

sicherlich ganz gut dastehen werden, im Gegensatz zu Ihrer Partei, Herr Bensch.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Der Beitrag des Abgeordneten Bensch hat mich doch einmal bewogen, zwei Sachen zu erwähnen. Er sagt, es wäre solidarisch – –. Sie wollen sich das wirklich antun, mich so ohne Maske zu sehen? Ja, gut, okay! Sie sind es gewohnt!

(Heiterkeit – Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Wir wollen, dass die Lippenleser kommen!)

Okay, ich fange noch einmal von vorn an! Die Einlassungen des Abgeordneten Bensch haben mich dann noch einmal bewogen, zwei Sachen zu sagen! Ich habe den Solidaritätsbegriff, den er erwähnt hat, tatsächlich nicht verstanden, wir würden uns angeblich das, was andere Bundesländer an Ärztinnen und Ärzten ausbilden, in irgendeiner Weise missbräuchlich aneignen und ihnen das wegnehmen. Da kann ich mich nicht erinnern, dass alle Absolventinnen und Absolventen der Universitäten und Hochschulen im Bundesland Bremen auch hier im Bundesland Bremen bleiben und arbeiten, also es gibt da schon ein bisschen ein Geben und Nehmen!

(Zuruf Dr. Magnus Buhlert [FDP])

Ja, der Arbeitsmarkt kann da eine Rolle spielen, das stimmt schon, aber zu sagen, wir haben deswegen keine Ärzte, weil wir keine Ärztinnen und Ärzte ausbilden, ist, glaube ich, ein bisschen zu kurz gedacht, sondern ich befürchte, dass das Problem tatsächlich eher auf der Flanke der Arbeitsbedingungen und der Entgeltbedingungen liegt als auf der Frage der Fachkräfte, die zur Verfügung stehen.

In dem Zusammenhang will ich auch noch einmal sagen, dass wir tatsächlich hinschauen müssen, inwieweit wir die Arbeitsbedingungen der Menschen, die im Gesundheitsamt und in der Pflege und so weiterarbeiten, tatsächlich effektiv und materiell verbessern, sonst wird jedes Schulterklopfen und jeder Händedruck und jede lohnende Erwähnung in Reden dann irgendwann etwas fahl. Deswegen finde ich, dass wir da schauen müssen. Allein die Tatsache, dass es genügend Leute gibt, die die Arbeit machen, ist möglicherweise schon eine Entlastung für die Beschäftigten, wenn sie keine Überstunden mehr machen müssen. Die Anzahl der Überstunden ist ja auch gesunken, wie in der Antwort erwähnt wird, deshalb gibt es da Wege der Besserung.

Wie ich die Zahlen interpretiere, gibt es tatsächlich im Vergleich von März 2018 zu heute auch entscheidende Verbesserungen. Die Anzahl der gewonnenen Mitarbeiter:innen pro Monat ist gestiegen, auch der Gap, die Lücke, wird schneller geschlossen. Deshalb kann man sagen, denke ich einmal, dass die jetzigen Maßnahmen greifen, dass es da Fortschritte gibt, positive Entwicklungen, aber es ist immer so in der Politik, und man darf es vielleicht nicht immer so sagen, aber man muss selbstverständlich hinschauen, dass man nicht auf seine eigene Propaganda hereinfällt, sondern den kritischen Blick für reale Entwicklungen bewahrt.

Ich sage es einmal so: Ich bin ziemlich sicher, weil ich meine Gesundheitssenatorin seit Jahren kenne, das ist etwas, was sie gut kann, also einen kritischen Blick auf die Verhältnisse zu wahren und gegebenenfalls auch einzuschreiten. Es wird also auch eine neue Amtsleitung im November dieses Jahres geben, das ist auch ein Schritt, der offensichtlich notwendig war. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als ich vor gut zwei Jahren dieses Amt übernommen habe – es war auch ungefähr im September –, habe ich mich als Erstes mit dem Personalrat des Gesundheitsamtes getroffen, um mir einmal die Lage schildern zu lassen, auch mit Leitung im übrigen. Ich muss sagen, ich war einigermaßen erschüttert. Das Gesundheitsamt ist eine der Baustellen, der beiden Baustellen gewesen, die dieses Gesundheitsressort zu bewältigen hat.

(Präsident Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Die zweite ist wahrscheinlich nicht so schwer zu erraten, das ist natürlich der Krankenhauskonzern, die GeNo. Die Ausgangslage, die vor zwei Jahren dort in diesem Gesundheitsamt war, war mir ehrlich gesagt in der Härte gar nicht bewusst gewesen. Wir hatten jahrelange Sparpolitik hinter uns. Wir haben keine Führung gehabt, die in irgendeiner Weise die Strukturen optimal im Griff gehabt hat. Insofern hat es auf sehr vielen Ebenen letztendlich ein einziges Brachliegen gegeben.

Ich muss sagen, als wir dann – –. Dann kam eben diese Pandemie, und mir wurde angst und bange, als ich gedacht habe: Dieses Gesundheitsamt in genau der Verfassung, wie sollen wir das denn einigermaßen hinbekommen? Ich hatte wirklich schlaflose Nächte als wir dann im Februar und März 2020 mit diesen Inzidenzen zu tun hatten, mit dem, was gesundheitspolitisch im Grunde genommen nötig gewesen wäre. Wir kannten die Bilder aus den umliegenden europäischen Zusammenhängen und Ländern, und ich habe gedacht: Um Himmels willen, wie können wir das hier einigermaßen bewältigen?

In kürzester Zeit die Kontaktnachverfolgung, das Testen, Testen, Testen, wenn Sie sich erinnern, wir brauchten die mobilen Teams und so weiter und so weiter. Wir wurden uns dann relativ schnell dieser exorbitanten Herausforderung bewusst. Dieses Gesundheitsamt hat es trotzdem bewältigt.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Das muss ich sagen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die haben bis zur Erschöpfung gearbeitet. Ich habe selbst Szenen miterlebt, die möchte ich Ihnen hier gar nicht schildern. Das ist etwas, was man aus Fürsorgegründen überhaupt gar nicht beantworten kann. Trotzdem sind wir durchgekom-

men. Wir haben letztes Jahr keinen Impfstoff gehabt. Wir mussten es im Grunde genommen auf der Kontaktnachverfolgung – –. Wir mussten letztendlich sehen, dass wir die Quarantäne-Maßnahmen, wir mussten die Hygiene-Maßnahmen – –. Die sind überall hingelaufen.

Wir können keinen Haken an Corona machen. All diese Maßnahmen machen sie nach wie vor, obwohl wir inzwischen ein Impfzentrum haben, geimpft haben et cetera. Diese Herausforderung war uns mehr als bewusst. Ich finde es auch bedauerlich, dass wir im Grunde genommen eineinhalb Jahre Zeit verloren haben, um das entsprechend verantwortlich umzusetzen. Wir haben jetzt - endlich - diese Schritte ergriffen. Wir haben diese Task-Force „Personal“ eingesetzt. Wir haben die Interessensvertretungen mit einbezogen. Wir haben tatsächlich – –. Und es ist in den letzten zwei Monaten, nachdem diese Anfrage auch schon veröffentlicht wurde, natürlich zu Stellenbesetzungen gekommen. Wir haben von den 33 offenen Stellen tatsächlich auch zehn besetzt, also VZÄ, das sind letztendlich mehr Köpfe.

Wir haben – –. Da bin ich auch sehr dankbar, dass es den ÖGD-Pakt gibt. Es wurde ja bundesweit erkannt, was für eine Situation in den Gesundheitsämtern vorherrscht. Das ist auf der anderen Seite vielleicht auch der Vorteil will ich nicht sagen, aber eine Lehre aus der Pandemie, die uns dazu befähigen wird, tatsächlich diese Strukturen besser auszubauen.

Wir haben im Vorgriff auf diesen ÖGD-Pakt 21 Stellen geschaffen. Davon sind letztendlich inzwischen auch 14 besetzt worden. Für nächstes Jahr wird es 28 geben. Auch die werden wir besetzen, weil es wichtig ist, dass wir diese Strukturen letztendlich ausbauen, und zwar nicht nur für all die Aufgaben, die notwendig sind, sondern auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vorhanden sind. Das ist ja kein Spaß, wenn man sich unter solchen Bedingungen engagiert.

Wir konnten von diesen Überstunden – das ist schon erwähnt worden, es sind 8 000, also knapp 9 000 Überstunden – tatsächlich auch 2 400 abbauen. Es sind immer noch 6 200. Ich möchte ja auch nichts beschönigen, das ist kein Zustand, den man irgendeiner Weise positiv finden kann, weil – und das ist auch die Wahrheit – die Attraktivität unseres Gesundheitsamtes nach innen und außen nicht so ist, wie sie sein sollte.

Mir wurde gesagt: Bevor ich bei euch im Gesundheitsamt anfangen würde, das würde ich ja niemals machen wollen, für das doppelte Geld und für die Hälfte an Arbeitszeit. Das sind natürlich auch Fragen und eine gewisse Art von Signal und Image, die wir dringend verändern müssen. Das ist doch vollkommen klar. Es ist ein umkämpftes Terrain, dieser Arbeitsmarkt, und das hat schonungslos natürlich auch genau diese Zusammenhänge offengelegt. Wir haben diese Task-Force eingesetzt. Wir haben natürlich auch eine Prozessanalyse vorgenommen. Die Ergebnisse liegen jetzt vor, und die werden wir jetzt auch nach und nach einfließen lassen und abarbeiten.

Es gibt auf der anderen Seite: Wir müssen ein Stückweit aus diesem, wie soll ich einmal sagen, Katze-in-den-Schwanz-Problem herauskommen. Wenn man kein Personal hat, kann man kein Personal besetzen und umgekehrt. Das muss aufgebrochen werden. Ich muss sagen, trotzdem hat der ÖGD auch, wie soll ich sagen, Vorteile. Es gibt Menschen, die eben keine Lust mehr auf Schichtdienst haben. Es gibt Menschen, die durchaus anerkennen können, dass es Vereinbarkeiten gibt, die ich sonst nirgends bekomme. Es ist eine große Herausforderung mit Ärzten und Ärztinnen. Die haben tatsächlich keine große Affinität, um in einem Gesundheitsamt zu arbeiten. Das hat mit Bezahlung zu tun. Aber ich habe es gerade erwähnt, es gibt auch durchaus Einstellungen, die uns die Möglichkeit schaffen, auch attraktiver zu werden.

Selbstverständlich müssen wir eine ganz andere Botschaft nach außen bringen. Ich bin sehr froh, dass wir jetzt eine Gesundheitsamtsleitung gewinnen konnten. Der Prozess hat auch viel zu lange gedauert. Die wird ab dem 1. November tatsächlich eingesetzt. Wir werden diese Leitung auch entsprechend flankieren müssen, um eine ganz andere Strahlkraft zu bekommen, weil es so etwas ist wie – –. Der ÖGD braucht im Grunde genommen diese Unterstützung. Wir brauchen es für die Stadtteile, für die Menschen, die letztendlich darauf angewiesen sind.

Stichwort Schulärztlicher Dienst: Das ist so bitter. Oder psychiatrischer Krisendienst, das ist das Nächste. Da sind riesige Lücken. Wir bekommen es inzwischen tatsächlich hin, dass wir mehr Zuspruch erreichen. Es gibt ein Feedback. Es sind zarte Pflänzchen, aber es beginnt. Ich glaube, in dem Kontext sind wir tatsächlich weitergekommen, um so etwas wie auch dieses Signal fühlbar zu machen. Ich kann nur sagen, ich möchte auf jeden Fall, auch

mit Ihrer Unterstützung – und so habe ich die Debatte hier auch wahrgenommen – das Signal zurückgeben: Liebe Leute, ihr habt euch in den letzten zwei Jahren nicht umsonst hereingehangen. Es gibt auch die Entwicklung dahin, dass sich diese Arbeitsverhältnisse ändern werden und dass wir das entsprechend aufstellen, sodass es inklusive der Tranchen und der Stellen, die es jetzt für den ÖGD geben wird, eine ganz andere Welt ist, wenn wir uns das nächste Mal hier sehen, glaube ich.

Ich kann Ihnen überhaupt nicht versprechen, wie schnell das geht, aber ich denke, wir sind immerhin auf einem Entwicklungspfad, den wir jetzt eingeschlagen haben und ich glaube, dass wir dem Gesundheitsamt jetzt wieder eine gewisse positive Grundhaltung zuteilwerden lassen. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, es ist löblich, wie die Krise bewältigt wurde, und wir können auch nur danken. Das ging natürlich sehr zu Lasten des Personals, das ist hier geschildert worden, und wir sind dankbar dafür, dass sie bewältigt wurde. Das ging zulasten anderer Dinge. Im schulärztlichen Dienst, das wurde schon gesagt, hier waren fünf von 21 Stellen unbesetzt, und die Ärzte waren teilweise auch im anderen Bereich eingesetzt, weil sie eben im schulärztlichen Dienst dann nicht so wichtig waren wie in der Pandemiebekämpfung, weil da eine Abwägung getroffen wurde, die ich sogar nachvollziehen kann.

Im Effekt hat das aber dazu geführt, dass 276 Schülerinnen und Schüler von 5 112 Schulanfängern eben nicht untersucht werden konnten. Ich hoffe, das waren diejenigen, bei denen keine Probleme vorlagen. Aber wir brauchen diese ganzen schulärztlichen Untersuchungen, auch für die Förderung von Menschen mit Beeinträchtigungen, von Schülerinnen und Schülern mit Beeinträchtigungen. Andere Dinge konnten auch nicht gelöst werden in der Zeit, genau Gesundheitsberichterstattung, Präventionssteuerung, Katastrophenschutz, Controlling sind angesprochen, und in der Führungs- und Organisationsstruktur konnte etliches nicht passieren. Das kann hoffentlich passieren, wenn die Amtsleitung dann endlich besetzt ist, was vielleicht auch eine andere Strahlkraft für den Arbeitgeber,

Gesundheitsamt hat, wenn dort nicht so eine unklare Führungssituation herrscht und dort entsprechend diese Dinge geklärt sind und vielleicht auch die Personalstelle besetzt ist.

Das ist sicherlich nicht alles. Aber eines ist doch klar: Wir brauchen einen vernünftig aufgestellten Gesundheitsdienst, wenn wir Resilienzvorsorge machen wollen, wenn wir uns für die nächsten Katastrophen besser aufstellen wollen und wenn wir daraus gelernt haben wollen. Ich will auch auf eines noch hinweisen: Wir müssen auch mehr denken. Professor Ansgar Gerhardus war im Weser-Kurier dazu zu vernehmen. Er hat darauf hingewiesen, dass wir erstklassige Menschen im Bereich Public Health in Bremen ausbilden, natürlich auch um für seinen Studiengang zu werben. Ich glaube aber, dass man auch da neu denken muss, ob man solche Menschen, die in diesen Fragen ausgebildet sind, neben Ärztinnen und Ärzten genau im öffentlichen Gesundheitsdienst breiter einsetzen kann, sodass wir dort einen anderen Personalmix haben.

Genauso wie wir im Krankenhaussektor in der Psychologie, in der Psychiatrie offener werden für andere Personalmodelle, muss man das hier vielleicht auch tun, um die letzten jetzt verbliebenen 23 Vollzeitäquivalente, wie Frau Senatorin Bernhard berichtet hat, anzugehen. Ja, ich bin gespannt, wie die ganze Geschichte ausgehen wird. Wir werden das weiter diskutieren und beobachten. Wir haben im Dezember einen Antrag beschlossen, auf Antrag der Koalition. Der umfasste eine auf sechs Monate befristete Berichtsbitte. Die sind um. Insofern, ehrlich gesagt, haben wir dort auch wiederum – sicherlich haben wir im Dezember nicht mit einer so langen Pandemie gerechnet – eine Frist, die wir versäumt haben. Wir müssen das aber klären.

Es ist dringend, das zu klären, weil wir die Menschen im Gesundheitsamt sehen. Das haben ja alle gesagt. Wenn wir sie aber sehen, bleibt es nicht nur beim Anschauen, sondern es muss auch gehandelt werden. Ich hoffe, wir kommen bald dazu, dass wir hier Antworten bekommen, damit wir das Gesundheitsamt entsprechend gut aufstellen, damit es uns durch weitere Krisen führen kann. Denn diese Katastrophenschutzvorsorge, die – so haben wir gelernt – diese Lesson learned, nehmen wir mit in die Zukunft. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die

Aussprache ist geschlossen. Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats mit der Drucksachennummer 20/479 S auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion Kenntnis.

171. Ortsgesetz über eine Veränderungssperre nach dem Baugesetzbuch für ein Gebiet in Bremen-Vegesack innerhalb des Geltungsbereiches der 4. Änderung des Bebauungsplanes 984 nördlich der Hammersbecker Straße, von Hausnummer 161 bis 193, westlich des Spielplatzes an der Johann-Jansen-Straße und südlich der Bahntrasse der Regio-S-Bahn

Mitteilung des Senats vom 10. August 2021 (Drucksache [20/484 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Bebauungsplan 2515 für ein Gebiet in Bremen-Obervieland zwischen Habenhauser Landstraße, Friedrich-Engels-Straße und Steinsetzerstraße (zum Teil beiderseits)

Mitteilung des Senats vom 24. August 2021 (Drucksache [20/492 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2515 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Vorkaufsortsgesetz „Alte Süßwarenfabrik“ Mitteilung des Senats vom 31. August 2021 (Drucksache [20/493 S](#))

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Vorkaufsortsgesetz beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD], Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

**Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) durch das Ordnungsamt Bremen als nach § 47 Abs. 2 Bremisches Landesstraßengesetz (BremLStrG) für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 BremLStrG zuständige Ortpolizeibehörde
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021
(Drucksache [20/494 S](#))**

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD])

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD], Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Sondernutzungskonzept zu.

**Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 20
vom 10. September 2021
(Drucksache [20/499 S](#))**

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen Abgeordneter Uwe Felgenträger [AfD], Abgeordneter Frank Magnitz [AfD], Abgeordneter Heinrich Löhmann [AfD])

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [LKR])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Sitzung der Stadtbürgerschaft angekommen. Ich bedanke mich recht herzlich und ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18:00 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 14. September 2021

Anfrage 11: Weitergabe diskriminierender Mietangebote durch die Zentrale Fachstelle Wohnen
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE
vom 4. August 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Weitergabe eines Mietangebots eines Maklerbüros durch die Zentrale Fachstelle Wohnen, in dem eine offene Diskriminierung gegen People of Color bei der Wohnungsvergabe angekündigt und praktiziert wird (vergleiche „taz“ vom 4. August 2021)?
2. Sind dem Senat bereits vergleichbare Fälle bekannt geworden, und wenn ja, wie wurde darauf reagiert?
3. Welche Konsequenzen werden aus dem Fall für die Zukunft gezogen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Grundlage der Anfrage ist ein Mietangebot, das ein Makler der Zentralen Fachstelle Wohnen zur Vermittlung an wohnungslose Menschen unterbreitet hat. Neben den Eckdaten der Wohnung und den Vermittlungsmodalitäten enthält das Angebot im unteren Bereich die Bitte, keine Mieterinteressenten aus dem, Zitat: „Afro-Bereich“ zu vermitteln. Zur Begründung wird angegeben, hier habe der Vermieter häufig Ärger gehabt.

Grundsätzlich ist zu betonen, dass Diskriminierung von Menschen in der Zentralen Fachstelle Wohnen, der ZFW, weder gelebt noch geduldet wird. Die Weitergabe des angesprochenen Mietangebotes hätte demnach in dieser Form nicht erfolgen dürfen. Im vorliegenden Fall hat die ZFW die Eckdaten der Wohnung vor der Weitergabe bewertet und dabei die nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz diskriminierende Einschränkung bedauerlicherweise übersehen.

Wohnungslose Menschen machen vielfach die Erfahrung von Ausgrenzung und Chancenlosigkeit bei der Wohnungssuche. Die ZFW unterstützt wohnungslose oder von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen, angemessenen Wohnraum zu finden. Dazu kooperiert sie mit Wohnungsbaugesellschaften, Privatvermieterinnen und Privatvermieteten sowie Maklerinnen und Maklern.

In letzter Instanz besteht im Privatrecht jedoch kein Kontrahierungszwang, sodass schlussendlich Vermieterinnen und Vermieter entscheiden, mit wem sie einen Mietvertrag abschließen – oder wem sie ihre Wohnung nicht überlassen möchten. Im Rahmen der Bestimmungen des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes können sie gegenüber der ZFW angeben, an welche Mietinteressentinnen oder -interessenten sie mit dem Ziel stabiler Bewohnerstrukturen, ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse bevorzugt vermieten würden. Diese Wünsche werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten berücksichtigt. Davon zu unterscheiden sind aber diskriminierende Einschränkungen, die von der ZFW entschieden zurückgewiesen werden.

Zu Frage 2: Vergleichbare Fälle sind nicht bekannt.

Zu Frage 3: Für die Zukunft ist in der Zentralen Fachstelle Wohnen das bestehende Verfahren speziell für Fälle diskriminierender Angebote weiter konkretisiert worden.

Im ersten Schritt wird geprüft, ob es sich um eine nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz ausdrücklich gerechtfertigte Einschränkung handelt oder um eine diskriminierende Benachteiligung. Falls eine diskriminierende Einschränkung vorliegt, erfolgt ein ausdrücklicher schriftlicher Hinweis an den Anbieter oder die Anbieterin, und das Wohnungsangebot wird nicht an Interessentinnen oder Interessenten weitergegeben.

Anfrage 12: Erschwerter Führerscheinumtausch für Bremen-Norder?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU
vom 23. August 2021

Wir fragen den Senat:

1 Welche Umstände führen dazu, dass der notwendige Umtausch von Führerscheinen im BürgerServiceCenter in Bremen Vegesack nicht stattfinden kann und die Bürger stattdessen nach Bremen-Hemelingen fahren müssen?

2. Welche Voraussetzungen müssten grundsätzlich erfüllt werden, damit der Umtausch von Führerscheinen zukünftig auch wieder in Bremen-Nord durchgeführt werden könnte, und inwieweit ist dies vom Senat geplant?

3. Wie will der Senat sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Bremens fristgerecht den erforderlichen Umtausch ihres Führerscheins realisieren, und wie tritt er mit den Bürgerinnen und Bürgern diesbezüglich in Kontakt?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1 und Frage 2: Vor der Entscheidung, den Pflichtumtausch nur zentral in der Führerscheinstelle im Behördenzentrum an der Stresemannstraße anzubieten, wurden die Möglichkeiten einer dezentralen Lösung geprüft. Ein Pflichtumtausch im BürgerServiceCenter-Nord ist derzeit aus Kapazitätsgründen nicht möglich, da zum einen eine Personalaufstockung aus Platzgründen nicht umsetzbar ist und zum anderen eine verlässliche Aufgabenwahrnehmung mit einem ausreichenden Terminangebot nicht gewährleistet wäre.

Für die Aufgabe sind derzeit insgesamt fünf Vollzeiteinheiten vorgesehen. Um die Leistung in Bremen-Nord anbieten zu können, müsste mindestens eine Person dorthin versetzt werden und ein:e Vertreter:in vorgesehen sein. Die Verschiebung wäre damit im Hinblick auf die Verteilung der in der Stadtgemeinde Bremen zu erwartenden Fälle aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll und würde voraussichtlich dazu führen, dass die vorhandenen personellen Kapazitäten nicht optimal eingesetzt werden könnten.

Der Senat erhofft sich von der voranschreitenden Digitalisierung eine Entlastung der Bürgerämter, sodass temporäre Dienstleistungen wie der Führerscheinumtausch an allen Standorten angeboten werden können. Die Leistungen der Bürgerämter wurden zu diesem Zwecke im Rahmen der OZG-Umsetzungsstrategie priorisiert.

Eine Ausweitung der OZG-Leistungen im Bereich des Meldewesens ist für 2022 geplant und wird aller Voraussicht nach zu einer erheblichen Entlastung führen.

Zu Frage 3: Die Informationen zum Pflichtumtausch wurden bundesweit kommuniziert. Ein weiterer Aufruf in den Medien für einen zeitgerechten Umtausch ist für Mitte September geplant. Die Führerscheinstelle bietet ausreichend Termine für den Pflichtumtausch an. Die Vorgesprachen sind mit einer Dauer von 15 Minuten hinterlegt, der neue Führerschein wird den Bürger:innen von der Bundesdruckerei zugeschickt.

Anfrage 13: Aktueller Stand der Stellenbesetzung beim „Aktionsplan 2025 – Gesunde Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung der Stadtgemeinde Bremen“

Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. September 2021

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Stand bei der Ausschreibung beziehungsweise Besetzung der für die Senatorin für Kinder und Bildung aus dem Handlungsfeld Klima bereitgestellten 1,5 Vollzeitäquivalente (VZÄ), die unter dem Titel „kitchen Fair – klimagesunde Ernährung“ für die Umsetzung des Aktionsplans 2025 zur Verfügung gestellt wurden?

2. Welches sind die konkreten Aufgaben, die von den Stelleninhaber:innen erfüllt werden sollen?

3. Wann ist mit der Besetzung dieser 1,5 VZÄ zu rechnen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Ausschreibungen für zwei Stellen mit insgesamt 1,5 Vollzeitäquivalenten befinden sich aktuell im Mitbestimmungsverfahren. Es handelt sich um eine Referent:innenstelle TV-L 14 mit einem Vollzeitäquivalent und eine Sachbearbeitungsstelle TVL 12 mit 0,5 Vollzeitäquivalent. Von einer zeitnahen Veröffentlichung der Ausschreibung ist auszugehen.

Zu Frage 2: Der Arbeitsplatz der Referent:innenstelle umfasst im Wesentlichen die Projektleitung von „kitchenfair“ und die Vertretung der

Ernährungsbildung nach innen und außen. Inhaltlich steht damit einerseits die Entwicklung verbindlicher Qualitätsstandards und die Erarbeitung einer darauf bezogenen Umsetzungsstrategie mit Vertragsmanagement, Controlling und der Evaluation des Projektes im Mittelpunkt. Andererseits geht es um die pädagogische Stärkung der Schnittstelle klimagesunde Ernährungsversorgung und Ernährungsbildung. Darüber hinaus gehört – wie bei allen vergleichbaren Stellen – Gremienarbeit und die Bearbeitung besonderer Aufgaben des Referats zu den Aufgaben.

Der Arbeitsplatz der 0,5 Sachbearbeitung umfasst im Wesentlichen die Aufgabe der Bearbeitung aller soeben genannten Angelegenheiten des Projekts „kitchenfair“ und – wie bei allen vergleichbaren Stellen – die Bearbeitung besonderer Aufgaben des Referats und Projektarbeit.

Zu Frage 3: Die Besetzung der Stellen hängt von der Bewerbungslage und den jeweils individuellen Voraussetzungen der Bewerber:innen ab, zum Beispiel von zu berücksichtigenden Kündigungsfristen. Das Ausschreibungsverfahren selbst wird nach derzeitigem Kenntnisstand zum Jahresende 2021 abgeschlossen sein.

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 28. Sitzung nach interfraktioneller Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
9.	<p>Bebauungsplan 1270 für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen Verbindungsweg Friedensheimer Straße – Grönlandstraße, Friedensheimer Straße rückwärtig Nr. 21-43, Weyerdeelenstraße rückwärtig Nr. 5-11 und Grönlandstraße rückwärtig Nr. 20 (Dreiha Werke) (Bearbeitungsstand: 27.04.2021) Mitteilung des Senats vom 10.08.2021 (Drucksache 20/485 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 1270.</p>
10.	<p>24. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen – Gröpelingen (Errichtung Toom Bau- und Heimwerkermarkt) (Bearbeitungsstand: 19.11.2020) Mitteilung des Senats vom 24.08.2021 (Drucksache 20/490 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt die 24. Änderung des Flächennutzungsplanes.</p>
11.	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 154 für ein Gebiet in Bremen – Gröpelingen, Ortsteil Oslebshausen teilweise zwischen Schragestraße und Bundesautobahn 27 (BAB 27) mit beiliegendem Vorhaben- und Erschließungsplan (Bearbeitungsstand: 17.05.2021) Mitteilung des Senats vom 24.08.2021 (Drucksache 20/491 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 154</p>
15.	<p>Vorhabenbezogener Bebauungsplan 111 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) für die Errichtung von Wohn- und gemischtgenutzten Gebäuden in Bremen-Vegesack zwischen der Gerhard-Rohlfis-Straße, der Albrecht-Roth-Straße und der Schulkenstraße (Bearbeitungsstand: 10.06.2021) Mitteilung des Senats vom 31.08.2021 (Drucksache 20/495 S)</p>	<p>Die Stadtbürgerschaft beschließt den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 111.</p>

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
16.	Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Stadtgemeinde Bremen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023; Finanzplanung 2021 bis 2025 Mitteilung des Senats vom 02.09.2021 (Drucksache 20/496 S)	<p>Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze 2022 und 2023, die Haushaltspläne für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Produktgruppenhaushalte, kamerale Haushalte einschließlich der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung, produktgruppenorientierte und kamerale Stellenpläne, Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe, Sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts sowie Haushalte der unselbständigen Stiftungen und Vermächtnisse) zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), den Ausschuss für Angelegenheiten der stadtbremischen Häfen den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte und den städtischen Controllingausschuss.</p> <p>Die Stadtbürgerschaft überweist die Übersicht zu den Anträgen der Ortsämter zur Aufstellung der Haushalte 2022 und 2023 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend) und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte.</p> <p>Die Stadtbürgerschaft überweist den Finanzplan 2021 bis 2025 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.</p>
17.	Mitgliedschaft in parlamentarischen Gremien Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 09.09.2021 (Drucksache 20/497 S)	<p>Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Präsidenten Kenntnis.</p>

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft